Heft 6 Juni 1997 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Schröder, der deutsche Tony Blair?
- Allensbach: Volksaufklärung & Propaganda
- Zaire: Who the fuck is Kabila?
- Hamburger Rassenkunde
- Täterrenten: Jedem das Seine
- Shakespeare im Kino
- Altlast Adorno

Klemperer, Goldhagen und die Wehrmachtsausstellung:

Ist jetzt alles wieder gut?

in konkret Juni 1997

hier Konkret von Helmut Richter

von Konkret

an Konkret

Abschied von der Linken von Karl Pawek

Herrschaftszeiten

KONKRET-Debatte: Wessen Schuld? von Michel Friedmann, Hannes Heer, Reinhard Kühnl, Tjark Kunstreich, Hermann L. Gremliza

Michel Friedmann, Mitglied der CDU und des Zentralrats der Juden in Deutschland, Hannes Heer, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Leiter der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, Reinhard Kühnl, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, und Tjark Kunstreich, Autor und Mitarbeiter im Auschwitz-Komitee der Bundesrepublik diskutierten auf Einladung von KONKRET in der Uni Hamburg über Deutschland noch Goldhagen, Klemperer und der Wehrmachtsausstellung

What's new, Labour? von Joachim Bischoff, Richard Detje

Tony Blairs Wahlsieg markiert den Abschied der westeuropäischen Sozialdemokratie von sozialdemokratischer Politik

Hungern für den Sozialismus? von Rainer Werning

Nordkorea steckt in der schwersten ökonomischen Krise seit Gründung der Volksrepublik

Siegt Deng am Kongo? von Jürgen Ostrowsky

Mobutus Regime in Zaire ist passe. Was aber will Laurent- Desiré Kabila? Die Auseinandersetzungen über den zukünftigen Kurs des Landes beginnen erst mit seinem Sieg

Saubere Aktion von Joachim Rohloff

Der Sieg des peruanischen Präsidenten Fujimori über die Botschaftsbesetzer von Lima war Mord. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wer nun ganz oben auf der Liste der Guerilla steht

Prof. rer. rass. von Jakob Michelsen, Robert Boltin

Der Neger ist naiv, Verbrecher heben flache Schädel, um Antisemitismus sind die Juden selber schuld: Das Humanbiologische Institut der Uni Hamburg forscht in der Tradition der NS-Rassenlehre

Im Auftrag des Führers von Karl Unger

Wie ihr Umgang mit den Entschädigungs- und Rentenansprüchen der Opfer und Täter des Nationalsozialismus zeigt, gilt das Hauptinteresse bundesdeutscher Behörden den »Opfern« der Entnazifizierung

Meldungen aus dem Reich von Otto Köhler

Sie war nur durch eine Krankheit gehindert, Goebbels-Adjutantin zu werden. Sie hat die CDU-Kanzler der Bundesrepublik von Anfang bis heute propagandistisch betreut. Ohne Elisabeth Noelle-Neumanns Rat und Tat wäre die Bundesrepublik Deutschland eine etwas andere Republik

»Sie sehen uns lieber tot als lebendig« von Irmgard Möller, Oliver Tolmein

Was geschah in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim?Teil 2 einer KONKRET-Serie mit Auszügen aus einem Gespräch, das Oliver Tolmein mit dem ehemaligen RAF-Mitglied Irmgard Möller geführt hat und das gerade im Konkret Literatur Verlag erschienen ist (»RAF - das war für uns Befreiung«, 272 Seiten, 32 Mark)

Freiheit? Gleichheit? von Oliver Tolmein
Neue gesetzliche Regelungen und Gerichtsurteile in den USA und Australien haben die Kontroverse um die »Sterbehilfe« neu entfacht

Tödlicher Liberalismus von Alexander Bogner

In diesem Sinne - Ein kleines Jalta von Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - O-Töne, Steine, Scherben von Holm Friebe

In diesem Sinne - Deep Schmu von Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe von Knud Kohr, Gerhard Henschel, Jan Pehrke

Der Jargon an sich von Carsten Otte

Shakespeare und sein Ende von Rayk Wieland
Über einen allerneuesten Kinoboom und was davon zu halten ist

Wagner-Märlein von Eckhard Henscheid
Zum neuesten Trouble im Hause Wagner und um es herum

»Ach, Adolf!« von Joachim Rohloff
Die beliebte »Querdenkerin« Sibylle Tönnies, ehemals RAF-Anwältin und jetzt Rechtsprofessorin in Bremen, plädiert für einen starken Staat, Arbeitslager und »echte Ethik«

Buch & Deckel von Michael Hahn
Claus Leggewie: America first? Der Fall einer konservativen Revolution. Fischer Taschenbuch, Frankfurt a.M. 1997, 319 Seiten, 19,90 Mark

Buch & Deckel von Ralf Schröder
Noam Chomsky / Heinz Dieterich: Globalisierung im Cyberspace. Märkte, Demokratie und Erziehung. Horlemann Verlag, Bad Honnef 1996, 213 Seiten, 24 Mark

Buch & Deckel von Martin Krauß
Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden. VSA Verlag, Hamburg 1997, 208 Seiten, 34,80 Mark

Charmante Kritik! Räuberpistole! von Jens Hoffmann
Zwei Autoren haben Wolfgang Pohrts Bandenstudie »Brothers in Crime« gelesen. Und sind nicht einer Meinung

Charmante Kritik! Räuberpistole! von Jan Pehrke
Zwei Autoren haben Wolfgang Pohrts Bandenstudie »Brothers in Crime« gelesen. Und sind nicht einer Meinung

Fame, money and beautiful lovers von Boris Gröndahl
Die Kommunikationsguerilla will die herrschende Ordnung untergraben. Entsprechende Anleitungen dazu gibt es jetzt im Handbuch

Melodie & Rhythmus von Ralf Punkenburg

Versch.: El Che Vive! 1967-1997; Last Call Records, Arcade (Zusammenstellung: Egon Kragel, 1997)

Melodie & Rhythmus von Jürgen Roth
John Lee Hooker: Don't look back; Pointblank/Virgin

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
Body Count: Violent Demise: The Last Days; Virgin

Melodie & Rhythmus von Gerhard Fischer
J. Roth (Hg.): Wir rufen Günther Koch! Ausgewählte Radioreportagen; Rough Trade/Hörsturz

Melodie & Rhythmus von Christian Schmidt
Bianca Shomburg: Zeit, Zeit, wo bleibt nur die Zeit; Grand Prix Eurovision

In der Geisterbahn von Stefan Ripplinger
Peter Handke ist geheilt und dichtet wieder, wie es sich gehört

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Max Annas

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/97, S. 3

Helmut Richter

hier Konkret

Die Fraktionen von CDU und SPD im Leipziger Stadtrat drängen gemeinsam auf die Umbenennung des Georgi-Dimitroff-Platzes vor dem ehemaligen Reichsgericht. KONKRET sprach mit Helmut Richter, von 1990 bis 1992 Direktor des Instituts für Literatur »Johannes R. Becher«, über die Hintergründe des neuesten Geschichtsrevisionismus

konkret: Von wem ging die Initiative zur Umbenennung des Georgi-Dimitroff-Platzes in Leipzig aus und warum?

Richter: Bekanntlich wird in das Gebäude des ehemaligen Reichsgerichts in Leipzig demnächst das Bundesverwaltungsgericht einziehen. Das Museum der bildenden Künste, das nach dem Krieg dort untergebracht war, wird ausziehen müssen, und das Dimitroff-Museum, das vierzig Jahre lang in den historischen Räumen des Reichstagsbrandprozesses arbeitete, und das von Millionen Besuchern aus dem In- und dem Ausland besucht wurde, ist längst abgewickelt. Der Vorplatz heißt aber immer noch Georgi-Dimitroff-Platz, und nun hat die Leipziger Stadtratsfraktion der CDU am 4. Oktober 1996 einen Umbenennungsantrag eingebracht. Man könne den Richtern des Bundesverwaltungsgerichtes nicht zumuten, an einem Ort zu arbeiten, der den Namen eines »führenden bulgarischen Stalinisten« trägt. Zu DDR-Zeiten nannte man dergleichen »vorauseilenden Gehorsam«. Und das allererste Schaustück dieses weltstädtischen Zeitgeistes war die eilige Rückbenennung des Karl-Marx-Platzes in Augustusplatz: Ein Trottel für ein Genie.

konkret: Welche Argumente führen die Umbenenner hauptsächlich ins Feld?

Richter: Hauptsächlich ist es der schon erwähnte Vorwurf, Dimitroff sei Stalinist gewesen. Das ist ja gegenwärtig einer der wirkungsvollsten Faustkeile. Hierzu genügt es, zwei Stellen aus Hans Mayers Buch *Der Turm von Babel* anzuführen. Zunächst beschreibt er da die sonderbare Mannschaft, die damals auf die Anklagebank geschickt worden war: »Den auf frischer Tat ertappten jungen Holländer Marinus van der Lubbe, (und) drei unbekannte Bulgaren, von denen man später erfuhr, daß sie bei Stalin längst in Ungnade waren und hier in Deutschland darauf warten sollten, bei irgendeiner Konspiration gefaßt und unschädlich gemacht zu werden.« Und eine Seite später: »Held des Leipziger Prozesses wurde der unbekannte Bulgare Georgi Dimitroff, wie man weiß... Dimitroff war ersichtlich kein Stalinist, daher die Ungnade. Doch er mußte mit Stalin rechnen, und Stalin nunmehr auch mit Dimitroff.« Man könnte aber natürlich auch darauf hinweisen, daß Dimitroff nach dem Krieg einen Balkanpakt plante (ein Zusammengehen mit Tito!) und daß sein Tod in Moskau im Jahre 1949 möglicherweise keine natürlichen Ursachen hatte.

konkret: Nun war ja Dimitroff als KI-Generalsekretär und späterer bulgarischer Ministerpräsident an der Deformation des real existierenden Sozialismus maßgeblich beteiligt...

Richter: Zweifellos. Die Oktoberrevolution war durch die Schuld Stalins längst weit hinter ihre Ideale zurückgegangen. Aber Dimitroff war eben auch ein Kind der Zeit. Der Faschismus hatte unendliches Leid über die Welt gebracht, entsetzliche Greuel verübt, und die Abrechnung mit politischen Gegnern, zumeist Kollaborateuren, war ja auch in den westlichen Ländern ziemlich rigoros. Aber es geht ja in diesem Streit jetzt darum, das Andenken an eine Weltsekunde wachzuhalten, in der die Menschheit und das deutsche Volk noch vor dem Gemetzel des Krieges und noch vor dem Holocaust durch einen Mann namens Dimitroff erfahren hat, worauf man zugeht. Kein Deutscher war es, sondern ein Bulgare, und wir sollten uns hüten, durch ein Auslöschen dieses Namens Goldhagens generalisierendem Buch *Hitlers willige Vollstrecker* allzu bereitwillig zuzustimmen. Noch etwas sollten wir erinnern: Als Stalin den Irrsinn der Schauprozesse auch in den entstehenden Volksdemokratien in Gang setzte, war Dimitroff bereits tot, er starb ein halbes Jahr vor Traitscho Kostoff, der zuvor sein Stellvertreter gewesen war. Und vielleicht war Dimitroff, wie gesagt, sogar das erste Opfer dieser neuen Schreckenswelle.

konkret: Kürzlich hat die Stadt Leipzig ein Stück des Rings, auf dem die Montagsdemos stattfanden, nach Carl Friedrich Goerdeler (von 1930-37 Leipzigs Oberbürgermeister, 1945 als Kopf der nichtkommunistischen Widerstandsbewegung hingerichtet) getauft. Das bedeutet, ein langjähriger Nazi und seine Verstrickung in den Faschismus wird nachsichtiger beurteilt als Dimitroffs Verantwortung?

Richter: Man muß es wohl so sehen. Die Geschichte der Bundesrepublik hält viele solcher einseitigen Nachsichten fest. Das läuft freilich darauf hinaus, das öffentliche Bewußtsein um die Hälfte seiner Erinnerungen zu betrügen, ihm sozusagen die linke Hirnhälfte einfach zu klauen.

Konkret 06/97, S. 4

von Konkret

23 Jahre lang um letzten Tag der KONKRET-Herstellung dasselbe Ritual: Morgens, als vorletztes Manuskript, erreicht Gremlizas Express die Redaktion; am Nachmittag, drei Minuten vor der vereinbarten Zeit, die politische Kolumne. Einmal mußte es schiefgehen. Die Express-Datei war pünktlich wie stets, aber statt Gremlizas Kommentar in die Redaktion kam Gremliza unters Messer (nicht schlimm, aber eilig). Deshalb erscheint auf Seite 9, anstatt der geplanten (und auf der Titelzeile angekündigten) Kolumne über Schröder, den deutschen Tony Blair (Arbeitstitel: »Anton, der Bläher«), ein Plädoyer gegen die politische Gesäßgeographie von Karl Pawek.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe stand der Termin noch fest: Mittwoch, 28. Mai 1997, 9. 10 Uhr, Saal 222, 11. Stock, Landgericht Köln, Luxemburger Straße 101. Verhandelt wird die Klage der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH und ihres Mitarbeiters Dr. Udo Ulfkotte gegen den Journalisten Karl Rössel. Rössel soll zur Unterlassung der Behauptung verurteilt werden,

der Berichterstatter der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« für Nigeria sei bei seiner jüngsten Reise nach Nigeria für eine firmenfreundliche Berichterstattung von Shell geschmiert worden. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« habe sich damit für Shell prostituiert.

Den Fall hatte Rössel in KONKRET 1/97 ausführlich dargestellt: Shell hatte die Journalistenreise bezahlt, Ulfkotte in der »FAZ« entsprechend darüber berichtet, ohne mit einem Wort zu erwähnen, auf wessen Kosten er unterwegs war. Diesen Vorgang kann man werten, wie man will, und es mag Leute geben, die daraus Schlüsse ziehen wie die in der Unterlassungsklage der »FAZ« und ihres Berichterstatters genannten. Karl Rössel hat das in seinem KONKRET-Beitrag nicht getan. Er soll es aber mündlich getan haben, bei einer Diskussion im Rahmen der Ken-Saro-Wiwa-Woche im November 1996 in Köln. Dafür haben die »FAZ« und ihr Ulfkotte in ihrem Schriftsatz einen Zeugen benannt: »Rainer Winzenried, zu laden über die Presseabteilung der Deutschen Shell AG, Überseering 35, 22297 Hamburg«. Er ist der Pressesprecher der Deutschen Shell, der den Ulfkotte eingeladen hat und dafür, wie das unter besseren Leuten üblich ist, jetzt von Ulfkotte geladen wird.

Ab sofort hat KONKRET eine e-mail-Addresse: konkret@t-online.de, und ab September gibt es die letzten zehn Jahre KONKRET auf CD-Rom. Bis 30. Juni gibt es die CD als Prämie für den Werber von zwei Jahresabos (kein Coupon, bitte formlos bestellen), vom 1. Juli bis 30. September (Poststempel) zum Subskriptionspreis von 120, danach zum Preis von 150 Mark.

Auch diese Ausgabe hat weniger Seiten als in Seitenzahlen angegeben. Grund: Die Post verlangt, daß Beiheftungen, auch wenn es nur Bestellkarten sind, als Seiten mitgezählt und numeriert werden. Also bitte keine weiteren Reklamationen in dieser Sache.

Die von Peter 0. Chotjewitz und Gremliza eingeläutete Stalinismus-Debatte geht erst ab Juli in KONKRET los: mit Beiträgen von Georg Fülberth, Gerhard Scheit, Manfred Behrend und Klaus Gietinger. Außerdem im nächsten Heft: ein weiterer Beitrag zum Streit über die Globalisierung, von Peter Decker.

Als Mitveranstalter des Benno-Ohnesorg-Kongresses, der vom 30.5. bis 1.6. an der Technischen Universität in Berlin abgehalten wird, ist KONKRET mit einem Stand vertreten. An den Debatten und Arbeitsgruppen nehmen die KONKRET-Autoren Pascal Beucker, Joachim Bruhn, Thomas Ebermann, Jürgen Elsässer, Karl-Heinz Roth und Rainer Trampert teil.

Unter dem Titel »Dichter und Prawda« lesen Horst Tomayer und Gremliza gemeinsam am 12. Juni um 20 Uhr im Haus 3, Hospitalstr. 107, in Hamburg-Altona.

Zum Thema »Deutscher Herbst und die Linke - Ist alles wieder gut?« findet am 18. Juni, 19.30 Uhr, im Hörsaal der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, eine Podiumsdiskussion statt. Veranstalter sind der AStA HWP, KONKRET und der Konkret Literatur Verlag, in dem soeben Oliver Tolmeins Buch *RAF - Das war für uns*

Befreiung. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und Linke erschienen ist. Die genaue Teilnehmerliste wird plakatiert und in den örtlichen Medien angezeigt.

Konkret 06/97, S. 6

an Konkret

Kulturelle Wurzeln

KONKRET 5/97: »Terror mit Gefühl« von Hermann L. Gremliza

Jetzt habe ich ein Problem mit HLG! Ich halte den Massenmord der Nazis, insbesondere an den Europäern jüdischer Religion und Herkunft, für das größte Verbrechen der Weltgeschichte, da gibt es nichts zu relativieren und auch nichts zu verzeihen. Schlimm aber ist, daß ich diese Erklärung über eine selbstverständliche Haltung abgeben muß, um eine politische Auffassung zu kritisieren, die ich für falsch, ungerecht und unbedacht halte.

Israel ist ein Staat, in dem Menschen jüdischer Religion und Kultur endlich in einer nationalen Gemeinschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung und mit der jedem Volk dieser Erde zustehenden Würde leben kann und soll. Wäre dies in Frage gestellt, wäre ich in jeder Form bereit, dies zu verteidigen.

Allerdings bin ich auch der Meinung, daß *jedem* Volk das Recht auf Würde und Respektierung seiner religiösen und kulturellen Wurzeln zusteht. Auch den Semiten arabischer Herkunft. Daß ein ehemaliger Karikaturist des »Völkischen Beobachters« statt »jüdische Krummnasen« mit zusammengewachsenen Augenbrauen nach dem Krieg in der »Welt« bei Springer »arabische Krummnasen« mit zusammengewachsenen Augenbrauen zeichnete, war nur sichtbarster Ausdruck eines unveränderten Antisemitismus in anderer Verpackung.

Wer Netanjahu, nur weil er Ministerpräsident in Israel ist, nicht als einen erzreaktionären, korrupten Politiker betrachtet und dies nicht auch sagt, verliert die Glaubwürdigkeit bei der Beurteilung der Situation in Palästina und Israel. Daß Iraks Hussein ein faschistoider Herrscher und Arafat nicht gerade das Muster eines fortschrittlichen Demokraten ist, kann die kolonialistische und rassistische Politik Amerikas und die Unterstützung durch Israel in keiner Weise rechtfertigen. Daß Israel sich in seiner Politik mit den Palästinensern der gleichen Home-Land-Methoden wie seine einstmals von ihm geförderten südafrikanischen Freunde bedient, verpflichtet uns, Partei zu ergreifen, oder wir haben das Absurdum eines positiven - weil Israel - und negativen - weil im früheren Südafrika - Rassismus akzeptiert.

Peter Lorscheidt

Monheim/Baumberg

Richtigstellung

KONKRET 3/97: »Ethnische Ordnung« von Walter von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow

Tatsächlich habe ich beim »Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen« (EZM) um einen Gesprächstermin gebeten und diesen auch erhalten, um als schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete der absolut unzureichenden Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen EZM zu begegnen. Bei diesem Gespräch hat es von meiner Seite keinerlei Zusagen zu irgendeiner Zusammenarbeit mit dem EZM gegeben. Die von Goldendach und Minow zitierte Passage des »Nordschleswigers«, nach der ich eine Kooperation mit diesem Institut angeboten hätte, basiert auf einer Presseerklärung von Stefan Troebst, dem Direktor des EZM, die von mir nicht autorisiert war. Auf diese falsche Veröffentlichung im »Nordschleswiger« vom 6.2.1997 habe ich mit einer Gegendarstellung reagiert, die dort am 11.2.1997 vollständig abgedruckt wurde.

Es ist bedauerlich und ärgerlich zugleich, daß Goldendach und Minow zwar aus einer Erklärung des EZM via »Nordschleswiger« zitieren, die scheinbar ihre These der »parteiübergreifenden Gemeinsamkeit« in Sachen Minderheitenpolitik belegt, aber meine Gegendarstellung, die das manipulative Verhalten von Troebst kritisiert, geflissentlich übersehen. Das ist nicht nur eine unsaubere Recherche, sondern schwächt darüber hinaus eine fundierte und wirkungsvolle Kritik an der politischen Ausrichtung des EZM.

Angelika Beer, MdB

Neumünster

Durch ein bedauerliches redaktionelles Versehen kommt diese Erklärung, die bereits in Heft 4/97 erscheinen sollte, erst jetzt zum Abdruck.

Phantasmen

KONKRET 5/97: »Auf eigene Rechnung« von Conrad Schuhler

Mit großem Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen. Aber mit einigem Erstaunen mußte ich feststellen, daß es zwei verschiedene »Varaderos« gibt, einmal das von Herrn Schuhler geschilderte und dann das wirkliche. Sicher ist die Prostitution in Kuba pro forma verboten, aber auch nicht mehr. Es mag stimmen, daß man auf der Halbinsel selbst und besonders in den Hotels keine Prostituierten findet (in der Landessprache Chicas genannt), wenn man aber diese Scheinwelt des Wohlstandes verläßt und sich in den Ort Varadero selbst begibt, der natürlich ganz nach den Belangen westlicher Touristen ausgestattet ist, dann bietet sich dem interessierten Besucher ein anderes Bild des »real existierenden Sozialismus«. Hier ist es fast unmöglich, in einer Bar oder Disco in Ruhe ein Bier zu trinken, ohne auf das Penetranteste von den Töchtern des Landes, die wirklich alles für den sozialistischen Aufbau des Landes leisten, angemacht zu werden. Ich kann mir deshalb nur vorstellen, daß die »heftigen Klagen deutscher Männerrudel« ausschließlich in der Phantasie des Autoren bestehen, denn es gibt für sie keinen Grund zur Klage, weder in Varadero noch an irgendeinem anderen Punkt der touristisch erschlossenen Insel. Stand meiner Information: Januar 97. Aber wahrscheinlich läßt sich das Wunschbild des »real existierenden Sozialismus« nicht mehr anders aufrechterhalten als mit solchen Phantasmen.

Thomas Lamneck

Frankenthal

Höhe der Löhne

KONKRET 4/97: »Neoliberaler Neomarxismus« von Rolf Blendowske

»Neoliberaler Marxismus« ist weder marxistisch noch neu, was zu beweisen auch Ralf Blendowskes Absicht gewesen sein dürfte. Der schillernde Begriff von den Reproduktionskosten der Arbeitskraft entzieht sich ohnehin exakter Berechnung, da er konstitutiver Bestandteil der Werttheorie und somit eine abstrakte Größe ist. Wenn also Jürgen Elsässer Reproduktionskosten und Arbeitslöhne unmittelbar in Beziehung zueinander setzt und ein Mißverhältnis zugunsten letzterer behauptet, entspringt dies einer gewissen Mutwilligkeit. Insofern hat Blendowske leichtes Spiel und kann zurecht auf die Marxsche Bestimmung der Lohnhöhe verweisen, wenngleich er selbst die Bedeutung der Einkommensentwicklung für die Lohnhöhe unterschätzt.

Denn Jürgen Elsässers lohntheoretische Überlegungen greifen stillschweigend auf eine Denkfigur zurück, die als das »eherne Lohngesetz« von Lassalle propagiert wurde. Nach dieser Theorie des Existenzminimums pendelt sich der Arbeitslohn immer um die einfachen Lebenshaltungskosten ein, weil jede Lohnerhöhung die Produktion verteuere und letztlich Arbeitslosigkeit und starke Konkurrenz unter den Arbeitnehmern erzeuge. Diese wiederum erzwinge ein Sinken der Arbeitslöhne, woraufhin die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erneut stimuliert wird, bis das Unterangebot an Arbeitskräften die Löhne wieder in die Höhe treibt und so weiter und so fort.

Dennoch ist die Höhe der Löhne bei weitem nicht so willkürlich festgelegt, wie Ralf Blendowske unterstellt. Daß zweistellige Lohnzuwachsraten Anfang der 70er Jahre ein System ökonomischer Regulation beendeten und insofern »zu hoch« waren, läßt sich kaum bestreiten. Eine expansive Einkommenspolitik war bis dahin Geschäftsgrundlage industrieller Massenproduktion und wurde politisch flankiert von antizyklischer Konjunkturpolitik und kaufkraftstabilisierendem Sozialstaatsausbau. Sobald die Renditeaussichten jedoch hinter der Dynamik der Massennachfrage zurückblieben, war der Grenznutzen des fordistischen Akkumulationsregimes erreicht. Der Wachstums- und Gewinneinbruch im Gefolge der »Ölkrise« 1973 markierte die Trendwende: Eine neue internationale Arbeitsteilung (sprich: Globalisierung), enorme Produktivitätsfortschritte und eine bis heute andauernde Deregulierungs-, Privatisierungs- und Flexibilisierungsoffensive lassen die Reallohnentwicklung stagnieren bzw. drücken die Lohnquote auf den Stand der 60er Jahre. In diesem Zusammenhang ist Elsässers Bemerkung von den zu hohen Löhnen alles andere als eine »langweilige und unsinnige Behauptung«. Sie reflektiert vielmehr die Systemgrenzen eines Regulationstyps, dessen Heil in der breitenwirksamen Umverteilung des gesellschaftlich hergestellten Reichtums zu Konsumzwecken lag.

Andree Slickers

Berlin

Brillant

KONKRET 5/97: Gremlizas »Express«

KONKRET ist ein Magazin der Aufklärung, das die Verhältnisse in Staat und Gesellschaft schonungslos aufdeckt und mir immer wieder die Augen öffnet. Besonders gelungen in jüngster Zeit: die brillante Entlarvung der »Bild«-Zeitung als Busenblatt. Ich mochte es kaum glauben, konnte mich aber den in KONKRET dokumentierten Fakten nicht verschließen. Danke, KONKRET!

Stephan Linck

Kiel

Konkret 06/97, S. 9

Karl Pawek

Abschied von der Linken

Veranstaltungsbesucher können sich, was strategisch immer klug ist, an die Ausgänge setzen, in die vorderen oder hinteren Reihen, in die Mitte oder - falls vorhanden - auf die Ränge. Hätten die Monarchiegegner in der französischen Nationalversammlung 1789 z.B. die hinteren Reihen besetzt, würde jene Gruppierung, die wir Linke nennen, seither Hinterbänkler heißen. Denn damals kannte man noch keine Parteien, der politische Wille manifestierte sich in der Sitzgemeinschaft. So entschieden sich die radikaleren Mitglieder des revolutionären Konvents für die Rangplätze und wurden daher der »Bergpartei« zugerechnet, während die Gemäßigten im Parkett der »Ebene« angehörten, doch in der Restaurationszeit setzte sich das Links-Rechts-Schema durch.

Wer auch immer von den »Partisanen der Monarchie« auf die Idee gekommen sein mag, sich und seine Mitstreiter in der französischen Nationalversammlung links - vom Versammlungspräsidenten aus gesehen - zu plazieren, muß entweder an Magie geglaubt haben oder ein Atheist oder ein

erzogener Kleinbürger gewesen sein. Wahrscheinlich trifft letzteres zu, denn die Wahl eines minderwertigen Platzes entsprach dem Selbstbewußtsein dieser doch sehr maßvollen Revolutionäre. Fatal war daran nur, daß die Entscheidung für links einer politischen Bewegung für nun schon 200 Jahre ihren unsinnigen Namen gab.

Mit links vollbringt man Kleinigkeiten, aber gewinnt kaum die Macht. Es gibt wenige Begriffe, die ähnlich durchgängig negativ besetzt sind. Man läßt etwas links liegen, macht linksum (norddt. = davonlaufen), als Linksmacher oder Linksanwalt wurde ein betrügerischer Advokat bezeichnet, links waschen heißt, die weniger schöne Seite - z.B. bei Jeans - nach außen zu wenden, wer linke Werke tut, vollbringt Unsittliches, zur linken Hand geht der gesellschaftlich weniger Geltende, jemanden linken bedeutet ihn betrügen, und linkisch nennt man ein ungeschicktes Verhalten. Gefahr droht jedem, der mit dem linken Bein aufsteht.

In vorwissenschaftlichen (matriarchalischen?) Zeiten war links die günstigere Seite, so beim Deuten des Vogelfluges oder bei der Opfergabe. Es mag sein, daß die auch in der Frühgeschichte der Menschheit überwiegende Rechtshändigkeit (an der die linke Gehirnhälfte nicht ganz unbeteiligt ist) bereits eine gewisse Präferenz für rechts bewirkte, aber die Entwertung, Verächtlichmachung der Linken setzte erst mit dem Christentum ein. Der Apostel Matthäus beschrieb das »Jüngste Gericht« unter dem Vorsitzenden Jesus: »Alle Völker werden vor ihm versammelt werden. Er wird sie voneinander scheiden, wie der Hirte die Schafe von den Böcken scheidet. Die Schafe wird er auf seine rechte Seite stellen, die Böcke aber auf die linke.« Zu den Schafen rechts wird Christus dann sprechen: »Nehmt in Besitz das Reich, das euch seit Grundlegung der Welt bereitet ist.« Die linken Böcke aber wird er verdammen: »Hinweg von mir, Verfluchte, in das ewige Feuer, das dem Teufel samt seinen Engeln bereitet ist. «

Diese eindeutige Zuordnung von rechts = gut und links = böse prägt seither die Hierarchie der Seiten. Ganz nebenbei bedeutet sie freilich auch, daß ein Gläubiger bestenfalls ein linkes Schaf, aber niemals linker Christ sein kann.

Während also »links« höchstens noch bei Magiern (Kastanien in der linken Tasche helfen als Mittel gegen Rheuma) oder Religionsverächtern in Ehren steht, kommt seit dem Triumph des Christentums alles Gute von rechts. Nicht genug damit: Wußten die Römer noch zwischen rechts und Recht zu unterscheiden, vermischten sich die Begriffe in den christlich geprägten Sprachen. Alles Rechte wurde zum Recht, eine Bedeutungsangleichung, von der sogar die braven Brüder Grimm ahnten: »Es muß ein verhältnismäßig spät aufgekommenes Wort sein, welches auf eine dem allgemeinen Bewußtsein durchgedrungene gegliederte gesellschaftliche Ordnung fußt und als Schlagwort die feste Stellung eines jeden innerhalb solcher Gliederung anzeigt.« Das Recht als Ortsbestimmung erklärt auch die Erfahrung, daß man als »Linker« vor dem »Rechter« (nhd. Richter) selten »Recht« bekommt.

Im Gegensatz zu »link« gibt es keinen Begriff von »recht«, der im allgemeinen Sprachgebrauch negativ besetzt wäre, aber häufig beinhaltet die eigentlich nur seitenbezogene Bezeichnung »recht« einen höheren er . i Rechte (»So reich ich diesem Jüngling meine Rechte, die freie Schweizerin dem freien Mann!« Schiller, Tell 5/3) ist eben mehr als nur eine von zwei Händen. Und den »rechten Weg« zu finden, fällt gewiß leichter, wenn man sich rechts hält, wie auch ein »rechter Mann«, also ein altväterlicher Macho, wohl meist ein Rechter ist. Schon Goethe wußte: »Mit rechten Leuten wird man was.«

Dem linken linkisch entspricht das rechte richtig. Wäre rechts nicht das höhere Prinzip, die richtigere Seite, hätte es die verbissensturen, wahrscheinlich erst nachchristlichen Umerziehungsversuche an Linkshändern nicht gegeben. Vor allem in den USA ist seit einiger Zeit eine Zunahme der Linkshändigkeit zu beobachten. Ob dies nun auf ein Ansteigen des Androgenspiegels bei weiblichen und dessen Abnahme bei männlichen Föten und damit auf einer Homosexualisierung der amerikanischen Gesellschaft beruht (Lesben und Schwule sind signifikant häufiger linkshändig, ihre cerebralen Funktionen wohl weniger stark lateralisiert) oder nur auf eine größere Akzeptanz der Linkshändigkeit in der Gesellschaft

zurückzuführen ist, scheint politisch irrelevant. Wenn Bill Clinton seine Gesetze linkshändig unterschreibt, ändert dies nichts an ihrem reaktionären Charakter. Eine Umwertung oder auch nur Neutralisierung der Begriffe links und rechts ist zumindest in der kapitalistischen Glaubensgemeinschaft nicht zu erwarten. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft darf jede Ungleichwertigkeit von rechts und links keine Rolle mehr spielen.

Doch sollten Sozialisten schon heute aufhören, ihre politische Haltung nach einer autoritären Sitzordnung zu benennen. Lange gaben sich viele von uns der Illusion hin, sie wären als Teil einer irgendwie linken Bewegung nicht so wenige, wie es Sozialisten nun einmal sind. Wir wurden in den letzten Jahren eines Besseren belehrt. Von einer Linken zu sprechen ist nur mehr lächerlich. Links von der SPD sitzen die Grünen, sitzt die PDS, beides staatstragende Parteien, die einen als Modernisierer, die anderen als Nationalkonservative. Sie in einen »linken« Konsens einbinden zu wollen, entlarvt links als die Leerformel, die es immer war. (Selbstverständlich gab es auch linke Nazis, Faschisten und Falangisten, denn links ist ein relativer Begriff, definiert nicht aus sich selbst, sondern durch den rechten Nachbarn.)

Überlassen wir also das Linkssein der kleinbürgerlichen Opposition und bekennen wir uns - auf welchem Platz auch immer - zu der immer noch und trotz alledem einzigen politischen Haltung, die Vernunft und Menschlichkeit verbindet, dem Sozialismus. Denn - wie Jürgen Kuczynski uns Jüngere beschämend erinnert - : Die Alternative heißt nicht links oder rechts, sondern Sozialismus oder Barbarei.

Konkret 06/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Wo bleibt Zülch?

Erinnern Sie sich an den Serben Dusan Tadic, den »Schlächter von Omarska«, das »Monster«, das einer Frau ihr Baby »aus der Hand gerissen und gegen einen Lastwagen geschleudert hat, daß sein Kopf platzte«? Der sich ein 18 Monate altes Kind hat zuwerfen lassen, um es mit seinem Bajonett aufzuspießen? Der dessen Mutter dann »vom Schritt bis zum Bauch hinauf« aufgeschlitzt hat? Der einem Häftling befohlen hat, zwei anderen Häftlingen die Hoden abzubeißen? Es war einer der Berichte, der Deutschlands Wiedergeburt als kriegsfähige Weltmacht vorbereitet hat. Jedes Blatt und jeder Sender hat ihn zu Schlagzeilen verarbeitet. An immerhin einer Stelle war jetzt ein Widerruf zu lesen. Unter der Zeile »Zeugen logen, Greuelberichte erwiesen sich als Propaganda«, heißt es im »Spiegel« 20/97:

Im Urteilsspruch aus Den Haag wird der Angeklagte für schuldig befunden, sich an Vertreibungen, Mißhandlungen und Mord an Zivilisten beteiligt zu haben. Aber das sind Vergehen, wie sie Tausende von Serben, Kroaten und Moslems vorgehalten werden könnten ... Alle anderen Horrorgeschichten über Tadic, der nach seiner Festnahme durch die Münchner Polizei im Februar 1994 zum »Moslem-Schlächter« stilisiert wurde, wies das Tribunal als haltlos zurück. Darin steckt auch ein schwerer Rüffel gegen die deutsche Bundesanwaltschaft ... Die Deutschen stützten sich im wesentlichen auf Aussagen von fünf ehemaligen Lagerinsassen. Doch spätestens nach der peinlichen Entlarvung von Dragan Opacic war das Tribunal überzeugt, daß die vermeintlichen Augenzeugen vermutlich Gewährsleute der moslemischen Regierung in Sarajevo waren . - Aus solch dubiosen Quellen stammten die schlimmsten Anschuldigungen gegen das »Monster« Tadic. Damals zitierte die deutsche Presse - auch der »Spiegel« - ohne Argwohn aus den deutschen Aktenvermerken.

KONKRET schon damals nicht. (Nachzulesen in KONKRET-Texte 12: *Bei Andruck Mord - Die deutsche Propaganda und der Balkankrieg.* Siehe Seite 17.)

Da ist er ja

Tilman Zülch, der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, ist in Sarajevo von der bosnischen Regierung mit dem Landeswappen in Silber ausgezeichnet worden - für sein außergewöhnliches Engagement beim Sammeln und Veröffentlichen von Tatsachen über den Genozid in Bosnien-Herzegowina und andere hodenlose Gemeinheiten.

Friedensdividende

Nach Zählung der Hamburger »Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung« haben 1996 weltweit 28 Kriege und 21 »bewaffnete Konflikte« stattgefunden. Die Gesamtzahl der Opfer wird seit dem jeweiligen Kriegsbeginn auf 6,7 Millionen Tote und ein Vielfaches an Verwundeten, 18 Millionen Flüchtlinge und 24 Millionen im eigenen Land Vertriebene geschätzt.

Shoot the press

Nach Angaben des Vereins »Reporter ohne Grenzen« sind 1996 genau 29 Journalisten getötet worden, acht davon in Algerien.

Perestroika

Zehn Jahre nach der Umgestaltung des Systems gibt es in Rußlands Städten eine Million obdachloser Kinder, 50.000 davon allein in Moskau. Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks Unicef leben in den 18 Staaten Osteuropas eine weitere Million Kinder in Heimen. Die Selbstmordrate bei Jugendlichen sei seit 1989 »dramatisch gestiegen«. Weil in Rußland die Reallöhne seit 1989 um mehr als die Hälfte gesunken sind, leben zwei Drittel der Familien mit Kleinkindern in Armut; fünf Prozent der Kinder gehen nicht mehr zur Schule. In Rumänien endet der Schulbesuch für 25 Prozent der Kinder mit der vierten Klasse. Die Selbstmordraten männlicher Jugendlicher in Litauen, Lettland, Rußland und Slowenien gehören zu den weltweit höchsten, in Rußland hat sich die Zahl der Suizide seit 1989 verdoppelt.

Strecke

Im Jahr 1996 haben deutsche Polizisten nach Angaben der Innenminister-Konferenz 2.595mal mit ihrer Dienstwaffe geschossen. Sie haben dabei neun Menschen getötet und 43 verletzt.

One world

585.000 Frauen sterben jährlich während der Schwangerschaft oder bei der Geburt, 99 Prozent von ihnen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Stalinismus

Bei der Vorstellung des Abschlußberichts der Kommission zur Untersuchung von Mißbrauch in der Psychiatrie im sächsischen Gebiet der ehemaligen DDR sagte Sachsens Sozialminister Hans Geisler (CDU), einen systematischen Mißbrauch der Psychiatrie habe es in der DDR nicht gegeben. Zu diesem Ergebnis seien auch die Kornmissionen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg gekommen.

Mauerschützer

Zur Gestaltung der »Mauergedenkstätte« an Berlins Bernauer Straße sollten zwei Drittel des letzten komplett erhaltenen Abschnitts der Schandmauer abgerissen und die übrigen 70 Meter in ein künstlerisch gestaltetes Mahnmal eingebracht werden. Der Auftrag war vergeben und finanziert, und als Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und sein Senat »einhellig« beschlossen, ab sofort alle Reste der Mauer zu erhalten, hatte ein Bautrupp mit dem Abriß schon begonnen - und zwar auf Anordnung einer Beamtin im Bezirk Mitte, von der es heißt, sie stehe der PDS nahe. Senatssprecher Butz (CDU) kündigte an, man wolle die abgerissenen Abschnitte wieder aufrichten.

Alphabetismus

Neues von der Kulturnation: Die »Bild«-Zeitung hat 1996 mit täglich 11,27 Millionen Lesern und Leserinnen ihren ersten Platz als meistgelesene deutsche Tageszeitung um 20.000 ausgebaut.

Ethik

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat die Bundesregierung aufgefordert, den nach dem MykonosUrteil abgebrochenen kritischen Dialog wieder aufzunehmen, und zwar aus ethischen Gründen. BDI-Sprecher Dieter Rath: »Die Zahlungsmoral des Iran ist gut.«

Allensbacherei

Die Wahrsagefirma Forsa hat ermittelt, daß 6~ Prozent der SPD-Wähler glauben, ein Kanzlerkandidat Schröder habe bessere Chancen als Lafontaine (26 Prozent). Sie wurden freilich nicht gefragt, ob sie den Chancenreicheren auch für den Besseren halten. So wären viele tolle Fragen für viele tolle Umfragen offen geblieben, hätte nicht Helmut Kohl kurz darauf den 27. September 1998 als Tag seiner Wiederwahl zum Bundeskanzler festgelegt.

Staatl. gepr.

Offen ist nur noch, wer - nach dem Ausscheiden der FDP - Kohls Koalitionspartner wird. Die SPD möchte, aber die Grünen dürfen jetzt auch. Weil die einstigen Ökopaxe »auf dem derzeit wichtigsten Gebiet«, nämlich der Steuerpolitik, »die SPD überrundet« haben, hat die »FAZ« der CDU/CSU in einem Leitartikel ganz offiziell grünes Licht für eine Koalition mit Fischers Friends gegeben:

Wer vor 15 Jahren, als die Grünen mühsam zur Partei wurden, in ihnen trotz alledem eine Kraft der Zukunft sah, kann anfangen, sich bestätigt zu fühlen. Sch wer wird es den Grünen, die alten emanzipatorischen Fixierungen von einst abzulegen. Auf dem heute zentralen Gebiet von Steuern und Finanzen haben die Grünen jetzt im Konzert der Parteien eine gleichwertige Stimme. Die Koalitionsfolgen, also die Fragen der Machtpolitik, werden damit offener.

Kompetenz

Im Jahr 2010 werden in den neuen Bundesländern 144.000 Kinder geboren werden. Das hat die zuständige Behörde ermittelt: das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Jobsiade 1

Alle weisen auf das »Jobwunder« bei den Nachbarn. Vor allem Großbritannien und Holland hätten die Arbeitslosigkeit mit großem Erfolg bekämpft. Die Hongkong and Shanghai Bank Corporation hat etwas genauer hingesehen und festgestellt,

daß von den 22 Millionen Arbeitsplätzen in Großbritannien 5,5 Millionen Teilzeitjobs sind. Zur Senkung der Arbeitslosenzahl hat die Regierung das britische Statistik-Gesetz insgesamt 32mal geändert. Jetzt wird schon eine Stunde Arbeit pro Woche als Teilzeitjob gezählt. Nach dem alten Gesetz wären statt 1,7 Millionen 3 Millionen Briten arbeitslos, nach deutschen Maßstäben sogar 4 Millionen - das sind 14 Prozent.

Jobsiade 2

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Lage in den Niederlanden untersucht: Nach den Standards der OECD liegt die dortige Arbeitslosigkeit bei 27,1 statt den angegebenen 6,8 Prozent.

Scientology

In Civitavecchia steht eine Madonnenstatue, die bisher vierzehnmal blutige Tränen geweint hat. Nachdem Wissenschaftler die Statue im Auftrag des Vatikans untersucht und dabei nichts Verdächtiges festgestellt haben, hat der Vatikan das Madonnenwunder offiziell anerkannt.

Akustikterror

Siegmar Faust, Stasi-Beauftragter des Landes Sachsen, plant Projekttage mit Kindern in ehemaligen DDR-Haftanstalten. Auf der Reise sollen in den Bussen »ehemalige oppositionelle und repressierte Liedermacher eingespielt« werden.

Reformstau

In einem Schreiben an die Mitglieder der Koalitionsfraktionen hat Sozialminister Norbert Blüm die Erfolge seiner Politik vorgerechnet: Deutschland liege in Tempo und Ausmaß des Sozialabbaus im Vergleich weit vor seinen europäischen Nachbarn. Beim Verhältnis von Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt werde Deutschland nur noch von Italien unterboten.

Moderne Post

Michael Scharang

Wien, 28. April 97

Offener Brief an die Veranstalter des »Menschenrechts- Tribunals«, das im Juni in Wien stattfinden soll

Ich bin von Mitte Mai bis August nicht im Land, kann also an Ihrer Veranstaltung nicht teilnehmen.

Schade. Gewiß hätte auch mein Herz höher geschlagen, hätte ich einmal im Leben einem Tribunal angehören dürfen. Bislang beschied ich mich mit der Hoffnung, nie vor ein solches gezerrt zu werden.

Ebenso gewiß hätte es mir unbändige Freude bereitet, einmal im Leben »in geschlossener Sitzung« tätig zu sein. Hatte ich mich doch bislang damit begnügen müssen, das, was ich zu sagen habe, zu veröffentlichen.

Wie gesagt: schade. Gern hätte auch ich einmal »das Gewissen des Gemeinwesens« repräsentiert, und sei es im Verein mit Menschenrechtsaktivisten, die mir versichern: »Eine besondere Vorbereitung für das Tribunal ist nicht notwendig.«Hatte ich doch eine solche Haltung bislang vor meinem Gewissen nicht verantworten können.

Ich bedaure es also außerordentlich, an Ihrer Veranstaltung gegen Fremdenfeindlichkeit nicht teilnehmen zu können: Meine Inländerfeindlichkeit hätte dort Nahrung für ein ganzes Jahr gefunden.

Mit freundlichen Grüßen

Scharang

Prost-Moderne

Weil die Mainzer Landtagsabgeordnete N. Morsblech von der FDP gesagt hat:

In einem Staat, in dem Alkohol und Nikotin akzeptiert wird und dessen Weinbau sogar subventioniert wird, ist es schwer nachvollziehbar, wenn Haschisch und Marihuana kriminalisiert werden,

haben der CDU-Abgeordnete Michael Billen (»ernsthafte Schädigung eines bedeutenden rheinland-pfälzischen Kulturguts«) und sein Kollege Dieter Schmitt einen Aufstand der Alkoholiker ausgerufen:

Wer Wein und Drogen auf eine Stufe stellt, vergißt die unverzichtbare Bedeutung der rheinland-pfälzischen Weinbergslagen für die Sicherheit und Erhaltung der Kulturlandschaft und damit einer entscheidenden Voraussetzung für die

Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs, die Sicherung der Siedlungsstrukturen und der Stabilisierung des ländlichen Raums,

hicks.

Sahra in Weimar oder Die Revolution unter der Haube: »Filmreif war der Kuß zwischen Sahra Wagenknecht, links, Aushängeschild der Kommunistischen Plattform der PDS, und dem Filmproduzenten und Journalisten Ralph-Thomas Niemeyer, nach deren Hochzeit am Montag mittag, 5. Mai 1997, in Weimar. Beide traten in der deutschen Klassikerstadt vor den Standesbeamten. Symbolisch auch der Hochzeitstermin der 27jährigen, der 5. Mai, Geburtstag ihres großen Vorbilds Karl Marx« (AP-Meldung). Marx? Aus dem »Manifest der Kommunistischen Partei« (London, 1848): »Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunisten... Die Familie des Bourgeois fällt natürlich weg.«

Strafbarkeit von Vergangenheitsbewältigungsbußrausch

Heinz Rudolf Kunze, Schlagersänger, auf die Frage noch seinen Wünschen

Die wachsen doch mit dem Messer im Kreißsaal auf und stehen auf dem Friedhof immer noch mit dem Messer da

---

Erich Riedl, Mitglied des Bundestages, über die Bewohner des Balkons

-

Konkret 06/97, S. 12

Michel Friedmann, Hannes Heer, Reinhard Kühnl, Tjark Kunstreich, Hermann L. Gremliza

KONKRET-Debatte: Wessen Schuld?

Michel Friedmann, Mitglied der CDU und des Zentralrats der Juden in Deutschland, Hannes Heer, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Leiter der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, Reinhard Kühnl, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg, und Tjark Kunstreich, Autor und Mitarbeiter im Auschwitz-Komitee der Bundesrepublik diskutierten auf Einladung von KONKRET in der Uni Hamburg über Deutschland noch Goldhagen, Klemperer und der Wehrmachtsausstellung

Gremliza: Wir sind hier in Hamburg und nicht in München, bei KONKRET und nicht bei »Focus«, brauchen also nicht darüber zu debattieren, ob die Wehrmacht vielleicht doch eine ehrenwerte Organisation war, oder ob eines von 5.000 Bildern, die das Gegenteil beweisen, vielleicht falsch beschriftet ist.

Ich will mit der Frage beginnen, warum 50 Jahre nach dem Sieg über Nazi-Deutschland die Bewältigung der Vergangenheit Konjunktur hat wie nie zuvor. Die Bücher von Goldhagen und Klemperer stehen auf Bestsellerlisten, jede Stadt, die etwas auf sich hält, lädt die Ausstellung der Wehrmachtsverbrechen ein. Prominenz sonder Zahl wetteifert um das schönste und größte Holocaust-Mahnmal. Politiker, Schauspieler, Professoren und andere bekannte Personen treten zu allerlei Gedenkveranstaltungen zusammen, in jedem Gemeindesaal und jedem Klassenzimmer wird die Vergangenheit durch Projektwochen, bildnerische, szenische und musikalische Darstellungen bewältigt. Warum jetzt und warum nicht 1960, 1970 oder 1980?

Friedmann: Wenn man begreift, daß Geschichte auch immer was mit Familiengeschichte zu tun hat, dann kann man sich vorstellen, daß in den 50er und 60er Jahren Eltern eine Blockade hatten gegenüber einem sehr persönlichen und intimen Umgang mit Geschichte. Die Kinder und Jugendlichen der damaligen Zeit haben deswegen Bücher gelesen, Seminare, Symposien veranstaltet, ungeheuer viele Filme gesehen, sich aber nie mit der wichtigsten Aufgabe beschäftigt: Vater und Mutter, Onkel, Tanten, Großeltern zu fragen, was sie denn eigentlich gemacht haben. Diese Frage war in der damaligen Zeit eine ungeheuer schwierige. Wie soll ein junger Mensch diese grausamen Bilder des Versagens von Menschlichkeit mit den Menschen zusammenbringen, die man liebt, wenn man Kind ist, nämlich den Eltern? Das ist in der jetzigen Zeit durch eine dritte Generation ein Stück, nur ein Stück leichter.

Es stimmt übrigens nicht, daß Entscheidungen wie die für ein Mahnmal oder eine Gedenkstätte für Holocaust-Überlebende politische Konjunktur hätten. Wir streiten in Berlin vordergründig über die Ästhetik des Mahnmahls für Holocaust-Opfer - in Wirklichkeit geht es um das Ob und nicht um das Wie. Es hat über 50 Jahre gebraucht, bis der Bundestag einen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus beschlossen hat - im Gegensatz zu vielen Feiertagen, die sie ganz entspannt beschlossen haben, ist dies kein gesetzlicher Feiertag. Wenn man in der offiziellen Politik unterwegs ist, spürt man doch sehr viele Widerstände.

Gremliza: Goldhagen hat, was die Bewältigung der Vergangenheit angeht, Deutschland seinen Nachbarn als »Modell« empfohlen. Sie, Herr Heer, haben in einem Interview gesagt: »Rühe ist, wie ich finde, ein sehr realistischer Politiker. Das zeigt sein Traditionserlaß, der nach meiner Einschätzung alles ausdrückt, was man als verantwortlicher Verteidigungsminister dazu sagen kann.« Warum schlägt ein Teil des politischen und publizistischen Establishments diese generösen Angebote aus? Warum beispielsweise verhöhnt die »FAZ« in ihrer heutigen Ausgabe - indirekt, aber sehr gezielt - wieder auch Goldhagen und Sie als »Aufklärer«, die dabei seien, »den Deutschen die nächste Lektion, die nächste Mahnwache, die nächste Ausstellung et cetera und so weiter zu verpassen«?

Heer: (Johannes Heer hat die Verbreitung seiner Aussagen konkret nachträglich untersagt)

Gremliza: Im oft verhüllten Mittelpunkt der Kontroverse über die deutsche Vergangenheit steht die Frage, wer für die in den Jahren 33 bis 45 begangenen Verbrechen verantwortlich zu machen ist. Die Antworten reichen von 1. der Versailler Vertrag über 2. Hitler und seine engsten Helfer, 3. die SS, 4. die Nazis, 5. die Wehrmachtsgeneräle, 6. die Wehrmacht, 7. die Bourgeoisie oder das Kapital, 8. der Mittelstand, 9. die breite Masse bis zu 10. die Deutschen und schließlich 11. das Böse im Menschen. Goldhagen sagt: die Deutschen. Und diese Antwort ist vor allem bei einigen ehemaligen Linken ziemlich beliebt geworden. Was an ihr ist richtig, was ist falsch?

Kühnl: Wissenschaft fängt bekanntlich dort an, wo Kausalbeziehungen offengelegt werden und man sich nicht damit begnügt, die Ereignisse nachzuerzählen. Es ist historisch eindeutig, daß die bestimmenden Kräfte, die diese Politik ausgearbeitet, organisiert und durchgeführt haben, die Machteliten aus Wirtschaft, Militär, Gesellschaft und hoher Staatsbürokratie waren - in marxistischer Terminologie: die herrschende Klasse. Und eben aus diesem Grunde sind ja als Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschheit nicht nur die Führer der Nazipartei angeklagt worden, sondern auch die Führungsgruppen aus der Großwirtschaft, aus dem Militär, aus der hohen Bürokratie. Es waren die Machteliten,

die eine sehr ähnliche Politik schon im Ersten Weltkrieg zu realisieren versucht haben. Es sind das die Kräfte, die seit 1930 fest entschlossen waren, die Demokratie zu liquidieren als politische Form, und die Arbeiterbewegung zu liquidieren als soziale Kraft, um einen neuen Anlauf zur Weltmacht unternehmen zu können. Die Interessen, die Ziele, die dabei zugrunde liegen, sind bekannt. Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat schon im Jahr 31 formuliert: Was wir brauchen, ist ein einheitlicher Wirtschaftsraum von Bordeaux bis Odessa. Und die Reichswehr beginnt bereits im Jahre 26 mit der Planung eines neuen großen Krieges.

Nur die Frage, ob man die faschistische Bewegung, ob man eine rechtsgerichtete Volksbewegung dazu braucht oder nicht, die war lange Zeit umstritten. Allerdings kommt man im November 1932 dann zu dem Ergebnis: Ja, man braucht sie, weil nämlich die Reichswehrführung sagt, das Militär kann das alleine nicht machen - dabei waren die Erfahrungen mit dem Militärputsch 1920 präsent - man braucht eine Verankerung in den Massen. Und dann fiel die Entscheidung, daß man die Führungsgruppe der Nazipartei an die Spitze bringen muß.

Die Teile der Bevölkerung, die sich quergestellt hatten, und die Organisationen, von denen da Widerstand zu erwarten war, wurden unter Einsatz von härtestem Terror liquidiert. Zu diesem Zweck werden im Jahr 33 die Organisationen zerschlagen und die Konzentrationslager gebaut. Es ist wahr, daß wachsende Teile der deutschen Bevölkerung bereit waren, da mitzumachen, aber die andere Hälfte der Wahrheit ist, daß erhebliche Teile der Bevölkerung im Jahre 33 gegen dieses System standen und eben deswegen terroristisch unterdrückt werden mußten.

Gremliza: Geschichte findet über die Fachwissenschaft hinaus immer dann öffentliches Interesse, wenn die Beschäftigung mit der Vergangenheit politische Bedeutung für die Gegenwart und die nähere Zukunft hat. Welche Rendite kann sich die Bundesrepublik vom derzeitigen Bewältigungsaufschwung versprechen? Nutzt Deutschland auch hier endlich seinen Standortvorteil? Ist, wenn Klemperer gelesen, Goldhagen zugestimmt und die Wehrmachtsausstellung besucht ist, alles wieder gut?

Kunstreich: Es wird, gerade seit 1989, behauptet, das neue Deutschland sei nicht mehr das alte Deutschland. Wir haben das ja schon von Herrn Friedmann und Herrn Heer gehört. Alles habe sich geändert, es sei eine junge Generation da, die sich mit den deutschen Verbrechen auseinandersetze. Ich sehe das ein bißchen anders, und an Goldhagens Metamorphose vom Scharfrichter zum Kronzeugen deutschen Wandels läßt sich das ganz gut beschreiben: Zuerst gab es die große Befürchtung, Goldhagens Behauptung, das Motiv der Täter sei ein eliminatorischer Antisemitismus gewesen, werde die Frage nach der Kontinuität über 1945 hinaus stellen. Solange man das gedacht hat, war das Geschrei groß. Es hörte erst auf, als Goldhagen jede derartige Kontinuität bestritt.

Ich denke, daß es mit der gegenwärtigen Gedenkoffensive darum geht, sich frei zu machen von der Last, die ja vor allem gegenüber dem Ausland noch als solche empfunden wird. Theo Sommer hat in der »Zeit« formuliert: »Hinschauen macht frei.« Man will sich befreien. Und dazu behauptet man diese Diskontinuität. Dafür aber gibt es überhaupt keinen Grund, schon gar nicht, was die erwähnten Machteliten angeht.

Worum es geht, ist die Durchsetzung einer außenpolitischen Linie, die durchaus wieder da anknüpft, wo 1945 aufgehört wurde. Dazu wird das nationale Bekenntnis gebraucht, und zwar das nationale Bekenntnis von allen Teilen der Bevölkerung, und ein wesentlicher Teil dieser Bevölkerung sind diejenigen, die sich jetzt mit der Vergangenheit so auseinandersetzen sollen, daß sie daraus lernen, daß heute alles ganz anders ist.

Friedmann: Also ich gehöre zu denen, die Leute, die sich engagieren, auch ernst nehmen. Wenn das Hamburger Institut die Wehrmachtsausstellung gemacht hat, dann hat es mit Sicherheit nicht im Auftrag des Bundesaußenministers die deutsche Außenpolitik verschönern oder verinnerlichen wollen. Ich gehöre zu denen, die Goldhagen kennen, und weiß, daß weder Kohl noch Kinkel noch sonstjemand ihn gebeten hat, dieses Buch zu schreiben und eine deutsche Reaktion dahingehend zu erreichen, daß diese dann wieder außenpolitisch instrumentalisiert werden kann.

Und deswegen glaube ich, daß das, was Sie außenpolitisch angesprochen haben, gar nicht mehr das Prioritäre ist - was mich übrigens beunruhigt. Wie würde ich mir wünschen, daß die deutsche politische Elite stolz darauf ist, daß Tausende und Abertausende junge Leute solche Ausstellungen besuchen. Damit arbeiten die gar nicht.

Gremliza: Klaus Frühaber, Generalmajor der Bundeswehr und Befehlshaber der deutschen Truppen in Bosnien, hat gesagt: »Die Bevölkerung dieses Landes«, also Bosniens, »soll erkennen, daß diese deutschen Soldaten andere Soldaten sind als die des Zweiten Weltkriegs.« Um das sagen zu können, muß man vorher, und gerade in solchen Ländern, gesagt haben, daß die Soldaten von damals Verbrecher waren. Und Jürgen Koppelin, Wehrexperte der FDP, hat gefragt: Wenn wir nicht zugeben, daß das, was die Wehrmacht getan hat, Verbrechen waren, wie können wir dann DDR-Grenzsoldaten vor Gericht stellen und die Bundeswehr an Orte schicken, an denen die Wehrmacht einmal war? Man kann den Gedanken auch umkehren: Um DDR-Grenzsoldaten vor Gericht stellen zu können und die Bundeswehr überall auf der Welt, insbesondere in Ländern einsetzen zu können, wo die Wehrmacht schon einmal war, müssen deren Verbrechen jetzt eingestanden werden.

Heer:

Gremliza: Ich möchte die »Tiefenströmung« ein bißchen materialistisch ausloten: Da lesen Prominente aus Politik, Wirtschaft und Kulturbetrieb tagelang auf öffentlichen Plätzen die Namen ermordeter Juden vor - aber der Staat und die Konzerne dieser in Trauerarbeit versunkenen Prominenz weigern sich ungerührt, die osteuropäischen Juden zu entschädigen, die als KZ-Häftlinge für deutsche Konzerne Zwangsarbeit geleistet haben. Bei den Opfern der NS-Militärjustiz hat man so lange gewartet, bis nur noch 300 von ihnen leben.

In Lettland, Litauen und Estland leben noch 314 ehemalige jüdische KZ-Häftlinge. Ihnen hat die Bundesregierung jetzt eine Wiedergutmachung angeboten: 150.000 Mark - nicht für jeden, sondern für alle zusammen; zahlbar als monatliche Rente von 40 Mark pro Person. In einem Brief an die Bundestagspräsidentin schrieb der Sprecher der lettischen NS-Verfolgten: »Bis zuletzt erkannten wir nicht das Ausmaß unserer Niederlage und Erniedrigung.« Das großherzige Bonner Angebot schlug er aus: »Besser nichts als so wenig. «

Friedmann: Sie haben in vielem, was Sie sagen, recht. Aber es stimmt nicht, daß nichts geschieht. Was Sie beschreiben, ist eine Realität in diesem Land, die uns seit 1945 begleitet. Und glauben Sie mir, wenn ich das so in meiner ganz persönlichen Lebenswelt sehe, es gibt schon Situationen, wo man denkt: Genug, vergiß es. Nur das ist für mich nicht der Anlaß zu sagen, dann sollen die Leute auch nicht die Namen der Toten lesen. Daß nichtjüdische Deutsche zusammen mit jüdischen Deutschen diese Liste vortragen, ist ein kleines Mosaiksteinchen, aber ich bin nicht bereit, dieses Mosaiksteinchen anders zu bewerten, weil andere Mosaiksteine, ganz große übrigens, in der Untätigkeit verharren, die Sie eben beschrieben haben. Ich gebe auch offen zu, es würde meine eigene Aktivität, die ich seit Jahrzehnten in diesem Land betreibe, für mich null und nichtig machen, wenn ich das so sehen würde wie Sie. In einer Demokratie ist die Auseinandersetzung unterschiedlicher Strömungen ein Ewigkeitsprozeß. Aber Dinge haben sich auch verändert, und Dinge sind in den 90er Jahren möglich, die in den 60er, 70er Jahren unmöglich gewesen wären.

Heer:

Kühnl: Die Wehrmachtsausstellung und die Diskussion, die sich darüber entwickelt hat, die gibt schon Hoffnung. Andererseits ist es unzweifelhaft, daß seit 89 der Gegenwind stärker geworden ist. Ich nenne eine sehr symptomatische Gewichtsverlagerung: Der Bundespräsident Weizsäcker zum 8. Mai 1985, eingehend auf die Vorhaltung, was ist denn mit den Leiden der Deutschen nach 1945, sagt, diese Frage ist berechtigt. Nur muß man dann beim Jahr 1933 anfangen. Gehen wir 10, 12 Jahre weiter und schauen uns den neuen Bundespräsidenten an oder auch den Außenminister Kinkel, die sagen, gewiß, wir haben den Tschechen viel Leid zugefügt, aber die Tschechen haben auch den Deutschen viel Leid zugefügt. Was passiert hier eigentlich? Die Kausalfrage wird ausgeblendet und durch eine Analogiekonstruktion ersetzt.

Die Ersetzung von Kausalität durch Analogie kann man als eine geistige Verwahrlosung bezeichnen, aber sie hat eine konkrete politische Stoßrichtung, sie weist nämlich nach rechts. Und zwar weist sie deswegen nach rechts, weil maßgebliche Kräfte dieser Bundesrepublik auch sehr deutlich sagen, daß nationale Identität wieder in verstärktem Maße gebraucht wird für die neue Politik, daß Nation wieder stärker verstanden werden muß als eine Schicksalsgemeinschaft, wie Schäuble sagt, gerade dann, wenn man den Menschen Opfer auferlegen muß. Wenn man ihnen sozial immer mehr wegnimmt, muß man ihnen ideologisch um so mehr bieten, und dafür dient das Konzept des politischen Nationalismus natürlich. Und davon ist dann nicht mehr sehr weit entfernt die Konzeption von Nation als Kampfgemeinschaft.

Heer:

Friedmann: Die 50er, 60er und 70er Jahre bestanden in der Behauptung: Wir haben Lehren gezogen, und: Nie wieder, und vielen dieser Sätze. Und dann gibt es Widersprüche. Sind wir individuell so human, wie wir das wollen? Stimmen die Sätze »Nie wieder«, »wir haben gelernt«? Dieser Schmerz tritt natürlich besonders hervor, wenn wir nochmal nach hinten schauen müssen und uns dran erinnern müssen, daß Professoren weggeschaut haben, als Studenten nicht mehr kamen, weil sie jüdisch sind. Und daß Leute geschwiegen haben, wenn man Juden auf der Straße geschlagen hat. Schauen wir heute hin, wenn Ausländer geschlagen werden und setzen uns für sie ein? Ich behaupte also, das Zurückschauen ist auch deswegen so schwierig, weil wir merken: Moment, damals gab's sogar 'ne Diktatur, können wir's dann denen noch vorwerfen? Und dann müssen wir uns selbst einiges mehr vorwerfen. Das schmerzt, macht nicht unbedingt Freude. Und deswegen diskutiert man oft mit großen Widerständen über diese Zeit, wenn man das mal auf den Alltag heute zurückbringt, wo wir soviel mehr können und nicht soviel mehr tun.

Gremliza: Etwas haben die Deutschen aus der Geschichte doch gelernt: daß die Weltmacht auf den Wegen, die ihnen Wilhelm II. und die Nationalsozialisten gewiesen haben, nicht zu erobern ist, und daß sie es beim dritten Anlauf anders machen müssen. Ich bestreite nicht, daß das ein Fortschritt ist, auch für die Opfer deutscher Weltmachtpolitik. Wenn aber anhand der Gedenkkonjunktur behauptet wird, es habe im letzten Jahrzehnt einen Bruch gegeben in der Kontinuität deutscher Politik, dann besteht der vor allem darin, daß die Täter nicht mehr in den Ämtern, in den Ministerien, in den Gerichtssälen, in den Universitäten sitzen wie all die Jahrzehnte zuvor, sondern im Seniorenheim oder auf dem Friedhof...

Friedmann: Dafür haben wir 30 Jahre gekämpft.

Gremliza: Daß die alter werden und sterben?

Friedmann: Wir haben 30 Jahre dafür gekämpft, daß die nicht mehr in Funktionen sind.

Gremliza: Aber nicht wir haben sie daraus entfernt, sondern die Biologie hat das getan.

Friedmann: In Ordnung. Immer noch besser, als daß sie in ihren Funktionen wären.

Gremliza: Aber es muß doch gesagt werden, daß es den behaupteten Bruch nicht gab. Es ist ja nicht etwa so, als hätten die Söhne und Töchter das Erbe der Täter-Väter wirklich ausgeschlagen. Was sie ausgeschlagen haben, war bloß dessen politischer, ideologischer Teil. Mir ist so gut wie kein Fall bekannt, wo einer das materielle Erbe der Nazi-Eltern ausgeschlagen hat, wo er gesagt hat, ich will das arisierte Geschäft oder das Haus, das sich mein Vater bei der Legion Condor verdient hat, nicht erben, das stelle ich den Opfern zur Verfügung. Nicht der radikalste Achtundsechziger, der so einen Vater hatte, hat das je gemacht. Sie haben den Glauben verworfen, aber das Geld genommen.

Friedmann: Das korrumpiert.

Gremliza: Und es bestimmt irgendwann das Bewußtsein, das sich dann die politische Rechtfertigung zurechtlegt, und schließlich erdichtet man sich die Geschichte, wie wunderbar sich alles geändert hat und daß wir die deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben, und daß die alten Eliten abgelöst sind, und daß wir jetzt positive Tiefenströmungen haben und auch keinen Antisemitismus, weil nämlich keine Juden mehr da sind.

Friedmann: Moment, ich bin da.

Gremliza: Und 35 Prozent der befragten Deutschen sagen, daß sie lieber keinen Juden als Nachbarn hatten. Das ist die reale Kontinuität dieses Landes. Da hat gar nichts stattgefunden.

Friedmann: Es gibt Antisemitismus in Deutschland, natürlich.

Gremliza: Und zwar kaum weniger als vor 33, bei etwa noch einem Zehntel der Juden, die damals hier lebten.

Heer:

Gremliza: Ist man Verbrecher, wenn man kein Demokrat ist?

Heer:

Gremliza: Die Konjunktur der Bewältigung dient dem Zweck, daß das neue Deutschland sich seine Vergangenheit durch Einräumen fast aller seiner Verbrechen, die es fünfzig Jahre lang geleugnet hat, vom Hals schafft: Jawohl, es war so, es gab Auschwitz, es gab die Verbrechen der Wehrmacht - warum sollen wir weiter leugnen, was alle Welt weiß?

Dagegen gibt es eine Opposition, die sagt, das ist gefährlich. Sie wird repräsentiert durch Leute wie Dregger und Gauweiler. Nun sind die auch nicht einfach bekloppt, sondern die denken sich dabei was. Warum ist das auch gefährlich? Das ist - insbesondere bei den Verbrechen der Wehrmacht - deswegen gefährlich, weil deutsche Soldaten, wenn sie in Zukunft irgendwo tätig sind, vielleicht nicht mehr davon ausgehen können, daß alles, was sie im Interesse des Vaterlandes tun, juristisch und moralisch straffrei bleibt. Dregger sagt das ganz deutlich: »Ich befürchte, daß dieses pauschale Abstempeln einer deutschen Soldatengeneration negative Auswirkungen auf unsere Bundeswehr hat, denn schließlich wurde die Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtssoldaten aufgebaut.«

Friedmann: Aber wenn ich Ihre Analyse ernst nehme, dann gilt es um so mehr, Herrn Dregger zu verunsichern. Denn natürlich ist die Auseinandersetzung gleichzeitig auch eine Festlegung von Werten und Urteilen. Und der Satz, der ja schon viel früher gefallen ist, von einem anderen Ministerpräsidenten: »Was damals Recht war, kann doch heute nicht Unrecht sein«, ist die Zusammenfassung dessen, was Sie mir eben vorgelesen haben. Wir sollten nur lernen, es ist immer Unrecht, wenn man Kinder, Frauen, Zivilisten umbringt. Es gibt nie eine Phase, wo sowas Recht sein kann. Man kann es gesetzlich untermauern, aber Recht und gerecht ist es noch nie gewesen. Und rechtfertigbar auch nicht. Also gilt es, und das sage ich ganz persönlich, ununterbrochen zu versuchen, Legitimation von Gewalt durch herrschende Strukturen zu unterbinden und zu verunsichern, weil Menschen sich an solche Hilfskonstruktionen wie »Es steht doch im Gesetzbuch« gerne und lange klammern. Also müssen wir ein eigenes Orientierungsmodell schaffen für jeden einzelnen Menschen, indem wir ihn stören und mit dem Hinweis ärgern, daß solche Sachen eben nicht objektive Wahrheiten sind.

Konkret 06/97, S. 16

Joachim Bischoff, Richard Detje

What's new, Labour?

Tony Blairs Wahlsieg markiert den Abschied der westeuropäischen Sozialdemokratie von sozialdemokratischer Politik

Selbst der Vordenker der Liberalen, Lord Ralf Dahrendorf, der als Mitglied des britischen Oberhauses nicht stimmberechtigt war, hat öffentlich bekannt: »Nirgendwo hätte ich den Konservativen meine Stimme gegeben, denn ich wollte Blair als Regierungschef.« Auf eine Kurzformel gebracht, war der Regierungswechsel in, Großbritannien eine Abwahl der Politik, die mit den Namen Thatcher und Major verknüpft ist, jedoch kein in gleichem Maße positives Votum für New Labour. Begründung: »Der Kapitalismus ist zu subtil und zu komplex, als daß man ihn erneut diesen Leuten von der konservativen Partei anvertrauen könnte.«

Blairs »Reformer«-Crew hatte auf diese Stimmung im Lande konsequent ihre Wahlkampfstrategie ausgerichtet. New Labour tritt nicht mehr mit dem Anspruch einer »Programmpartei« auf. Die Erwartung, die Parteiführung versuche, auf neuen Wegen Mehrheiten für ein einigermaßen klar umrissenes Programm einer - auch noch so bescheidenen – Gesellschaftsreform zu organisieren, ist von außen an sie herangetragen worden. New Labours Politikangebot ist maßgeblich geprägt von der Meinungsforschung. Es wird der öffentlichen Meinung angeglichen, statt die vorherrschenden Mentalitäten und Alltagsanschauungen zu verändern. Wenn Meinungsumfragen zum Ausdruck bringen, daß irgendeine politische Forderung unpopulär ist, wird sie fallengelassen. New Labour unterläßt alles, was in den Print- und vor allem in den audio-visuellen Medien auf ein negatives Echo stößt. Und da in Presse, Funk und Fernsehen alles, was links ist, als rückwärtsgewandt und unmodern gilt, setzte Peter Mandelson, Blairs Wahlkampfmanager, alles daran, die Partei nach rechts zu treiben. Blair-Botschafterin Barbara Hewitt brachte es im September 1996 in einem Vortrag bei der Deutschen Bank in Frankfurt auf den Punkt: »Labour hat die Überzeugung völlig abgelegt, daß der Kapitalismus durch irgendeine sozialistische Strategie verändert oder gar überwunden werden könnte. Das Bekenntnis zur Dynamik der kapitalistischen Ökonomie und dem vorrangigen Ziel der Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit steht überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Der angestrebte Umbau des Wohlfahrtsstaates soll den Wirtschaftsstandort und die Konkurrenz verbessern und nicht in neue Belastungen umschlagen.«

Die Botschaft für eine bessere Verwaltung des Kapitalismus ist bei den internationalen Finanzkonzernen gut angekommen. Nach dem Wahlsieg erhöhte der neue Labour-Schatzkanzler Brown die Leitzinsen und stärkte die Position der Notenbank. Banker und Broker sind sich sicher, daß die Verwaltung des Kapitalismus bei Labour in den richtigen Händen liegt. Die brutale Sanierungskur durch Thatcher mußte sein, aber mit einer Fortführung dieser Konfrontationspolitik wäre das Risiko unkalkulierbarer sozialer Großkonflikte zu groß geworden. Dahrendorf: »Der Preis für das im Ansatz sicher notwendige Durchschütteln der britischen Gesellschaft durch Frau Thatcher ist sehr hoch gewesen, nach meiner Meinung zu hoch. In rund einem Fünftel der britischen Haushalte gibt es heute keinen einzigen Beschäftigten mehr - und das trotz der statistisch guten Zahlen auf dem Arbeitsmarkt. Der Mittelstand erodiert. Shareholder-value ist nicht alles, Unternehmen existieren nicht nur für ihre Aktionäre, und wenn sie nicht langfristig investieren, können kurzzeitige Rekordgewinne sogar kontraproduktiv sein. Deshalb wird Blair spätestens im zweiten Teil seiner Amtszeit einen Schritt vom Manchester-Kapitalismus weg und auf den rheinischen Kapitalismus hin machen - auf das deutsche Modell. «

Tony Blair übernimmt das Land in einer Zeit kräftigen Konjunkturwachstums: 4,3 Prozent sollen es im laufenden Jahr werden. Die offizielle Arbeitslosenquote wird mit 6,1 Prozent angegeben, aber allen Beobachtern ist die Verlogenheit dieser Maßzahl klar. Die Kriterien bei der Registrierung der Arbeitslosigkeit wurden mehr als ein Dutzend Mal geändert, so daß die offiziellen Zahlen nicht einmal Tory-Wählern imponierten. Die Regierung Major wurde in die politische Wüste geschickt, weil die gröbsten Sanierungsarbeiten am britischen Kapitalismus erledigt waren und nun die längerfristige Sicherung des sozialen Konsenses wieder auf der gesellschaftlichen Tagesordnung steht.

Jeder Tourist stolpert heute in den britischen Ballungsgebieten über die krassen sozialen Unterschiede. Als Frau Thatcher 1979 die Regierungsgeschäfte übernahm, lebte mehr als ein Drittel der Haushalte in Wohnungen, die sich in öffentlichem Eigentum befanden. Die Privatisierungspolitik trieb den Anteil des privaten Wohneigentums drastisch nach oben. Überschuldung vieler Privathaushalte, massiver Preisverfall bei bebauten Grundstücken und wachsende Obdachlosigkeit waren die Folge. Die Zahl der obdachlosen Haushalte ist selbst nach den geschönten Regierungsangaben zwischen 1984 und 1996 um 50 Prozent auf fast 150.000 gestiegen. Die Realeinkommen stiegen zwischen 1979 und 1994 im Durchschnitt um 38 Prozent. Während jedoch das oberste Zehntel um fast 60 Prozent zulegen konnte, mußte das ärmste Zehntel eine Kürzung um 6 Prozent hinnehmen.

New Labour hat einen politischen Wechsel herbeigeführt, nicht weil der Großteil ihrer Wähler die soziale Polarisierung grundsätzlich für unerträglich hält, sondern weil die Chancengleichheit verletzt ist, sich in diesem Regime sozialer Ungleichheit selbst ein warmes Plätzchen zu erkämpfen. Labour bekämpft selbst nicht mehr die extremen sozialen Formen der Klassenspaltung. Im Zentrum der Regierungspolitik sollen zukünftig stehen die Reform der Schul- und

Berufsausbildung, die Senkung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der Leistungen des Gesundheitswesens und eine Sanierung der Rentenversicherung, allerdings unter Rückgriff auf kapitalistische Anlageformen.

New Labour repräsentiert einen von traditioneller sozialdemokratischer Politik substantiell unterschiedenen Politikansatz. Eine - wie oberflächlich auch immer - an keynesianischer Wirtschaftssteuerung orientierte Politik hat zum Zentralinhalt die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch zielgerichtete öffentliche Nachfrage (investiv und konsumtiv), was gewisse Umverteilungen des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten (damit Senkung der Sparquote) unumgänglich macht. New Labour setzt die Prioritäten jedoch geradezu entgegengesetzt. Begründung: Keynesianische Vollbeschäftigungspolitik sei in einer globalisierten Wirtschaft unmöglich geworden, steigende öffentliche Ausgaben würden zwangsläufig in zunehmendem Inflationsdruck, Währungsturbulenzen und damit in einer Gefährdung des nationalen Wirtschaftsstandorts münden. Daher - so die Folgerung - könne nicht mehr aktive Beschäftigungspolitik, sondern müsse Inflationsbekämpfung an der Spitze der politischen Agenda stehen.

Preisstabilität und damit strikte Haushaltsdisziplin sind für New Labour die Schlüssel für ökonomische Erfolge auf den internationalen Märkten. Der wirtschaftspolitisch intervenierende Staat wird als wenig taugliches Instrument der Vergangenheit angesehen: »Makroökonomische Wirtschaftspolitik kann wenig zur Veränderung der gegebenen Wachstumsrate einer Volkswirtschaft beitragen« (Blair). Der »schlanke Staat« - die Verwandlung von öffentlicher Armut (sprich Verschuldung) in privaten Reichtum - ist an die Stelle des alten Leitbildes des Interventionsstaates getreten.

Dies ist auch der tiefere Grund für die Trennung der New Labour Party von den Gewerkschaften, stehen diese doch für die Verteidigung der Ansprüche der Lohnabhängigen auf Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum, was in der ökonomischen Gedankenwelt von New Labour eine fortwährende Gefahr an der Preisfront bedeutet. Wettbewerbsfähige Preise auch für die Ware Arbeitskraft erfordern eine moderate, die Lohnstückkosten auch durch Lohnzurückhaltung eher senkende Einkommenspolitik. Und wichtiger noch: Gewerkschaften gerade in nichtprosperierenden Wirtschaftsbereichen können sich nur bei Strafe ihres Untergangs vom absoluten Primat einer Politik der Arbeitsplatzschaffung absetzen, die - wie moderat auch immer - öffentliches Engagement und damit eine aktive wirtschaftspolitische Rolle des Staates erfordert.

Anders New Labour: Formen interventionistischer Politik mit dem Ziel, Investitionen durch Lenkung, staatliche Erleichterungen oder direkte Subventionen zu erhöhen, werden abgelehnt, da aus der Sicht der Modernisierer dies Angelegenheiten sind, die besser dem Urteil der privaten Unternehmer überlassen werden sollten. Aus makroökonomischer Perspektive liegt die Hauptverantwortung der Regierung darin, eine stabile und vorhersehbare Finanzpolitik zu betreiben.

Tony Blair und New Labour werden mit einer sozial moderaten Verwaltung des britischen Kapitalismus solange Erfolg haben, wie die weltwirtschaftliche Rahmenkonstellation stimmt. Einen Übergang zum »rheinischen« Modell des Kapitalismus wird es nicht geben, weil der bundesdeutsche Kapitalismus selbst im Prozeß der Transformation auf die Shareholder-value-Orientierung ist. Die aktuelle Frage lautet also nicht: Kann man die Politik des Tony Blair für die bundesdeutsche Sozialdemokratie nutzen? Es geht vielmehr darum, ob die bundesdeutsche Sozialdemokratie den von Kohl eröffneten Umbau des »rheinischen Kapitalismus« vollenden will.

Joachim Bischoff und Richard Detje sind Redakteure der Zeitschrift »Sozialismus«

Konkret 06/97, S. 18

Rainer Werning

Hungern für den Sozialismus?

Nordkorea steckt in der schwersten ökonomischen Krise seit Gründung der Volksrepublik

Wird die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) den 49. Jahrestag ihrer Staatsgründung am 9. September dieses Jahres noch erleben? Nähme man die Berichterstattung der bürgerlichen Medien über dieses Land und seine xenophobischen Staatsführer um Kim Jong-Il (55) für bare Münze, hätte die Volksrepublik als bestgehaßter Anachronismus längst kollabiert und von der Bildfläche verschwunden sein müssen. Nun häufen sich die Stimmen ausländischer Besucher (meist Vertreter internationaler Hilfsorganisationen), die das Land in eine Hungerkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes schlittern sehen. Von Armut und Not getriebene Nordkoreaner sollen bereits mehrfach des Nachts Tumen und Yalu, die beiden Grenzflüsse zu China, überquert haben in der Hoffnung, dort auf Eßbares zu stoßen. Die heranwachsende Generation, so Catherine Bertini, Geschäftsführerin des UN-Welternährungsprogramms, laufe Gefahr, aufgrund der akuten Nahrungsmittelknappheit zu »kleinen Kretins« zu verkümmern.

Zweifellos durchlebt Nordkorea seine bislang schwerste ökonomische Krise. Flankiert wird diese von der (offiziell) noch immer nicht geklärten Nachfolgeregelung in Pjöngjang seit dem Tod des »Großen Führers« und Vaters Kim-Jong-Ils, Kim Il-Sung, vor drei Jahren. Außenpolitisch ist nach Jahren der großen Erstarrung immerhin der Dialog mit Südkorea wieder aufgenommen und die Einbeziehung der VR China und der USA in den Prozeß der sogenannten Vierergespräche zustandegekommen. Ihre Absicht ist es, den seit dem Ende des Korea-Krieges (Juli 1953) bestehenden Waffenstillstand in ein Friedensabkommen zu überführen.

Eine um Objektivität bemühte Einschätzung der sozialpolitischen Verhältnisse in der Volksrepublik war in den vergangenen drei Jahren kaum möglich. Die Medien und eine Schar sogenannter Nordkorea-Experten sahen - so im Sommer 1994 - die Führer in Pjöngjang als Inkarnation des Bösen, die sich anschickten, in einem Anflug kollektiven Wahnsinns möglicherweise selbstgebastelte Atombomben zu zünden. Hingegen machte die im Frühjahr 1995 in Kuala Lumpur zwischen Pjöngjang und Washington getroffene Vereinbarung, Ober die Errichtung von Liaison-Büros in beiden Hauptstädten hinaus Nordkorea mit Leichtwasserreaktoren sowie Öllieferungen in Höhe von umgerechnet zirka vier Milliarden US-Dollar zu bedienen, keine Schlagzeilen.

Zumindest für Pjöngjang war das ein bedeutsamer Durchbruch, mit diesem Deal erfuhr die Volksrepublik eine politisch-diplomatische Aufwertung. Wenn wir schon in US-amerikanischer Sicht als Feinde gelten, so hochrangige nordkoreanische Funktionäre der herrschenden Partei der Arbeit damals, wollen wir zumindest nicht länger mehr als zweitklassiger Feind behandelt werden.

Als Kim Il-Sung am 8. Juli 1994 starb, reagierten die westlichen Medien mit hektischen Analogien. Wie bei den realsozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion stünde nunmehr unweigerlich auch die Erosion des »letzten stalinistischen Gulag-Staates« auf der Tagesordnung. Doch der Tod des 82jährigen Kim markierte keineswegs eine »Wende« im Sinne eines finalen Zusammenbruchs. Im Gegenteil bekräftigt jede öffentliche Äußerung des bereits in der Kim-Il-Sung-Ära präparierten Nachfolgers Kim Jong-Il und weiterer Führungskader das Festhalten an der »Juche«-Ideologie (des Besinnens auf die eigenen Kräfte) und - seit 1994/95 stärker als je - an »unserer Art Sozialismus«.

Innenpolitisch setzt auch die jetzige Führung auf die zentralistische Machtausübung unter Führung der Partei der Arbeit und die Mobilisierung der Werktätigen durch moralisch-politische Indoktrination. Außenpolitisch ist die Abkehr von der jahrzehntelangen Position eines einheitlichen Korea noch mit Kim Il-Sungs Zustimmung zum gleichzeitigen UN-Beitritt Nord- und Südkoreas im Jahre 1991 erfolgt. Der Obergang von ausschließlicher Konfrontation zu vorsichtiger Kooperation mit den USA begann bereits im Juni 1994, als Ex-Präsident Jimmy Carter in Pjöngjang mit Kim Il-Sung konferierte. Selbst die Liberalisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Firmen geht zurück auf das Jahr 1984, als Pjöngjang ein Gesetz über Joint ventures erließ. Im Grunde datiert die Kontinuität der politischen Führung aus den frühen siebziger Jahren. Ist auf den Parteitagen bis 1970 jeweils nahezu die komplette Führungsriege ausgewechselt worden, so haben sich seitdem im wesentlichen biologisch bedingte Veränderungen vollzogen, weil hochbetagte einflußreiche Politiker verstorben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv sind.

Ökonomische Schwierigkeiten wurden erstmals offiziell auf einer außerordentlichen Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit im Dezember 1993 eingeräumt. Das Ende der Sowjetunion ließ den vormaligen bilateralen Handel nahezu gegen Null schrumpfen, und selbst mit dem engsten Verbündeten China wurde der Güteraustausch fortan auf Devisenbasis abgewickelt. Als Reaktion darauf gestattete Pjöngjang Staatsbetrieben, direkte Außenhandelskontakte zu knüpfen, und es verstärkte seine Unternehmungen, im nordöstlichen Grenzgebiet zu China und Rußland sogenannte Wachstumsdreiecke zu schaffen. Diese Prozesse sollten zu einer Zeit greifen, da die Volksrepublik nicht nur ungewöhnlich kalte Winter erlebte, sondern vor allem an den Folgen der verheerenden Überschwemmungen in den vergangenen beiden Jahren trug. In

Nordkorea stehen gerade mal 20 Prozent der Landfläche für die agrikulturelle Nutzung und Ernährung der 24 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung zur Verfügung.

Intensive Bodennutzung, zentralstaatliches Kollektivwirtschaften und Neulandgewinnung garantierten zwar die ausreichende Versorgung der Bevölkerung. Doch die Resultate dieser Landwirtschaftspolitik nahmen in Verbindung mit den Flutkatastrophen desaströse Ausmaße an. Kim Jong-Il soll auf einem geheimen Parteitreffen im vergangenen Dezember die »herzzerreißenden« Hungerszenen offen angesprochen, sich jedoch dagegen verwahrt haben, dafür verantwortlich gemacht zu werden. Inzwischen sind die sog. Barter-Geschäfte - grenzüberschreitender Tauschhandel von Trockenfisch, Handwerkszeug, Kupfer u.ä. gegen Getreide - gestattet. Auch kleine Läden, Stände, Märkte sind inzwischen erlaubt. Große Staatsfarmen sollen in kleinere Einheiten aufgeteilt werden. Landwirtschafts- und Viehzucht-Institute versuchen, neue Samensorten zu entwickeln, die zwei Ernten pro Jahr ermöglichen, ohne die Böden weiter auszulaugen.

Den kolportierten Behauptungen, das Regime in Pjöngjang instrumentalisiere die Hungersnot für politische Zwecke und zum eigenen Machterhalt, steht entgegen, daß bereits vor geraumer Zeit mit der Cargill Inc. und mit Billigung aus Washington ein Abkommen über großangelegte US-amerikanische Getreidelieferungen nach Nordkorea zustandegekommen ist. Zudem hat Pjöngjang im Rahmen der vor wenigen Wochen offiziell aufgenommenen Vierergespräche die Lieferung von Hilfsgütern zu einem dringlichen Verhandlungspunkt gemacht. Eine staatlich gelenkte, gar nur geduldete Politik des Aushungerns der Bevölkerung hätte zumindest gezielten Aktionen oder gar Aufständen von Betroffenen gegen staatliche Einrichtungen Vorschub leisten müssen. Davon ist gegenwärtig ebensowenig bekannt wie von offen durchgeführten politischen Protestmärschen und Demonstrationen.

Rainer Werning schrieb zuletzt in KONKRET 3197 über die Verhältnisse In Nordkorea

Konkret 06/97, S. 22

J□ rgen Ostro□ sk□

Siegt Deng am Kongo?

Mobutus Regime in Zaire ist passe. Was aber □ ill Laurent- Desir□ Kabila? Die Auseinanderset□ ungen □ ber den □ uk□ nftige Kurs des Landes beginnen erst mit seinem Sieg

»In den meisten Orten des Kongo erhebt sich unisono ein Freudenschrei: >Es lebe Präsident Kabila, es lebe die Demokratische Republik Kongo!< Die Menschen befinden sich in einem Taumel. Wo immer Laurent-Desire Kabila oder seine wichtigsten Mitarbeiter auftauchen, strömen Tausende, was sage ich, Zehntausende Menschen ... zusammen, mit glücklichem Gesichtsausdruck. Es ist das Ende eines Alptraums, das Ende von 37 Jahren Diktatur, Repression, Ausbeutung und Korruption, von Elend, Hunger und Krankheit. Auch wenn man sich nicht täglich satt essen kann, auch wenn die Löhne dürftig bleiben, die Hoffnung beseelt die gesamte Bevölkerung. «

Der enthusiastische Korrespondentenbericht, den das Magazin »Afrique Asie« in seiner April-Ausgabe abdruckte, bezeugt vor allem eins: Die Parole »Weg mit Mobutu! « einte fast alle Kongolesen - ausgenommen diejenigen, die von der Despotie Mobutus profitieren und sie stützen. Und: Die umstandslose Wiederaufnahme des Namens des Kongo-Staates von 1960, dem Jahr der Unabhängigkeit von Belgien, macht deutlich, daß auch 36 Jahre nach seiner Ermordung (unter Mithilfe Mobutus) der Mythos des ersten Präsidenten, Patrice Lumumba, lebendig ist. Nicht von ungefähr knüpfte Laurent Kabilas Demokratische Allianz für die Befreiung des Kongo (ADFL) in ihrem Programm vom Januar 1997 an diese kurze Phase der Freiheit und Zukunftshoffnung an: »Da es sich um eine Redemokratisierung handelt, betrachtet die ADFL ihr politisches Vorgehen als Fortführung des Unabhängigkeitsprozesses, der 1960 durch den Sturz der ersten freigewählten Regierung unterbrochen wurde.«

Mit Kabila steht ein Politiker an der Spitze, der in jungen Jahren (sein Alter schwankt in den Medien zwischen 55 und 60) zu Lumumbas Anhängerschaft zählte, nach dessen Ermordung in einer der freilich rasch zersplitterten »lumumbistischen« Guerillagruppen aktiv war (dabei Che Guevara während seines Versuchs kennenlernte, 1964/65 am Kongo eine Aufstandsbewegung zu organisieren, sowie Unterstützung seitens der VR China erhielt) und allen Niederlagen zum Trotz 1967 mit der Partei der Volksrevolution (PRP) die Keimzelle der im Oktober des vorigen Jahres gebildeten ADFL gründete und am Leben erhielt. Der »Lohn« des beharrlichen Kampfes gegen das Terrorregime Mobutus: Was als Widerstand gegen »ethnische Säuberungen« in den östlichen Provinzen begann, weitete sich getreu der leninschen Erkenntnis, daß sich die Ereignisse mitunter unerwartet überschlagen können, zu einer Aufstandsbewegung aus, die Mobutu hinwegfegen wird (bei Redaktionsschluß hatte dieser formal noch nicht abgedankt).

Offen bleibt die Frage, inwieweit die Versuche Frankreichs und Belgiens, bis vor kurzem die beiden Patronatsmächte Mobutus, sowie der anderen EU-Regierungen, aber auch der USA, greifen werden, die den Übergangsprozeß manipulieren und auf die künftigen Entwicklungen Einfluß nehmen wollen. Ansatzpunkte hierfür gibt es reichlich: So riesig und unübersichtlich das Land im Kongobecken ist, so vielfältig und widersprüchlich stellt sich auch die politische Szene dar. Wie ein Wunder nimmt sich ohnehin aus, daß es Kabila gelang, die ADFL zusammenzubringen, denn die Zersplitterung der kongolesischen Opposition (womit nicht die in der Hauptstadt Kinshasa zwischen Scheinopposition und Kollaboration kungelnden Cliquen gemeint sind, die jetzt etwa seitens der Bundesregierung als »demokratische Kräfte« ins Spiel gebracht werden, mit denen Kabila zusammenarbeiten müsse) war legendär.

Die ADFL wendet sich gegen den »Tribalismus« und den separatistischen »Regionalismus«, die Mobutu als Herrschaftsinstrumente dienten und die der von den »Lumumbisten« angestrebten Zentralstaatsidee entgegenstehen. Inwieweit eine Balance dieser Interessen durch föderale Elemente geschaffen werden kann, oder ob es beim zentralistischen Ansatz bleibt, will die ADFL einer Volksabstimmung überlassen. Vorbedingung für jedweden Wandel, das betonte Kabila immer wieder, ist das Abtreten Mobutus - ohne daß ein »Nachfolger« aus den Kreisen seines Regimes an seine Stelle treten dürfe. Dem Rücktritt hätte zu folgen »die Auflösung seiner Präsidentengarde, sodann eine Einigung über eine neue Verfassung und eine Regierung der nationalen Einheit unter Ausschluß der Parteigänger Mobutus. Schließlich allgemeine, offene Wahlen, kontrolliert von Uno und OAU (Organisation für Afrikanische Einheit), aber ohne diejenigen Mächte und Staaten, die uns bekämpfen.«

Die ökonomische Basis des zu schaffenden, durch Gewaltenteilung zwischen Parlament, präsidialer Exekutive und unabhängiger Justiz gekennzeichneten Staates soll eine »soziale Marktwirtschaft« bilden. Den Marktliberalismus, der damit droht, sollen politische Bemühungen zügeln, den »Kongolesen die Autonomie über Produktion, Verteilung und Verbrauch« ihrer immensen Bodenschätze zurückzugeben.

Ähnliche Zielsetzungen finden sich in den politischen Programmen etlicher Regierungen vor allem des südlichen Afrika, von Angola über Südafrika bis Zimbabwe. Inwieweit sie realisierbar sein werden, ist offen; in Kabilas ökonomischen Expertenrunden finden sich jedenfalls mehr Absolventen der Harvard Business School als der (sowjetischen) Patrice-Lumumba-Universität.

Die bisherige Praxis in den befreiten Gebieten ist pragmatisch, dem Kriegszustand angepaßt. Obenan steht die Wiederherstellung eines funktionierenden Zivillebens. Die ADFL bildete eine Regierung, an deren Spitze sechs Generalbeauftragte stehen; die Verwaltungen wurden beibehalten - bis auf die höheren Chargen, die ohnehin zumeist geflohen waren, und solche Beamte, die der Korruption angeklagt sind. Schulen und Hospitäler wurden wieder geöffnet, der Müll eingesammelt; auf den Feldern wird wieder gearbeitet - erstmals seit langem in Sicherheit vor marodierenden Mobutu-Soldaten. Und: Löhne und Gehälter werden, soweit möglich, wieder gezahlt. Dafür wurde auch einmal kurzerhand ein Banktresor gesprengt. Um die Wirtschaft in Gang zu halten, wurden die meisten ausländischen Firmen angehalten, ihre Tätigkeit fortzusetzen, der Kontrakt mit dem südafrikanischen Diamantenmonopolisten DeBeers wurde jedoch aufgelöst und neu ausgeschrieben.

Mit allerhand Verdächtigungen wird eine Neuerung überzogen: die »chembe chembe« genannten Nachbarschafts- und Dorfkomitees, die Selbstverwaltungsaufgaben übernehmen und Regierungsmaßnahmen durchführen sollen. Sie würden auch Spitzendienste für Kabilas Geheimdienst leisten, mutmaßt beispielsweise der »Spiegel«. Ganz und gar unwohl fühlen sich »westliche« Beobachter angesichts der »ideologischen« Schulungen, die eine Art »Umerziehung« von Beamten darstellen sollen, wie das Magazin »New African« in seiner Mai-Ausgabe berichtet. Solche politischen Entwicklungen, gepaart mit wirtschaftlichem Pragmatismus, veranlaßten Francois Misser, Korrespondent der Zeitschrift, zu der Einschätzung, Kabila sei ein unbeirrter Marxist im Stil der sechziger Jahre. »Er glaubt an eine liberale Ökonomie, aber nach dem Vorbild Chinas mit einem autoritären Ein-Parteien-Staat.«

Die Entwicklung - vorausgesetzt, die ADFL erobert die ungeteilte Macht - bleibt abzuwarten. Es spricht jedoch einiges dafür, daß das China-Modell zu simpel, ja falsch ist. Zum einen wird die Frage »Demokratie oder neue Diktatur?« unzulässig verkürzt, so auch in der »jungen Welt«, die mit der Alternative »Demokratie nach westlichem Vorbild« oder »eine weitere Diktatur« hantierte. Länderbeispiele wie Uganda oder Ghana zeigen zum anderen, daß sich »Modelle« erfolgreich diesem schlichten Schema entziehen können. (Ihre kritische Betrachtung bleibt hiervon unberührt.)

Der Erfolg Ugandas etwa basiert wesentlich darauf, daß Eigeninitiative und -interesse unterstützt und die Zwänge des Weltmarkts akzeptiert, zugleich aber auch gesteuert und »sozialverträglich« kontrolliert werden; Parteien existieren nicht, gleichwohl gilt Yoweri Musevenis Regierung als demokratisch legitimiert; ähnlich verhält es sich in Ghana oder Zimbabwe. Weit entfernt von idealen Zuständen, repräsentieren diese Länder nicht von Westeuropa oder den USA diktierte Ansätze, der Entwicklungsprobleme Afrikas Herr zu werden. So äußerte Yoweri Museveni in einem »Spiegel«-Interview: »Ich bin ein progressiver Traditionalist hier in Afrika«, und: »Ich glaube daran, daß es für Afrika möglich ist, sich ohne fremde Hilfe zu entwickeln.«

Inwieweit die Durchkapitalisierung des Globus hierfür Raum läßt, bleibt abzuwarten. Bemerkenswert ist jedoch der Versuch, die Emanzipationsansprüche aus der frühen Unabhängigkeitszeit mit Konzessionen an den Weltmarkt auf spezifische Weise zu verbinden. Nicht von ungefähr sieht der »New African« beispielsweise ein Revival der Ideen Kwame Nkrumahs, des ghanaischen Unabhängigkeitskämpfers, oder entschied sich Madagaskar in offenen Wahlen für eine Rückkehr des früheren Vertreters eines madegassischen Sozialismus an die Regierungsspitze. Laurent Kabila, von den Kongolesen laut »Frankfurter Rundschau« als ein Politiker neuen Typs angesehen, von der »Süddeutschen« dagegen als »nicht dem Typ des Modernisierers« entsprechend abgewertet, nimmt möglicherweise eine Mittlerstellung ein zwischen den (wieder) verehrten Unabhängigkeitskämpfern Lumumba, Nkrumah oder Agostinho Neto und den jüngeren, vor allem unter den Bedingungen der Unabhängigkeit und des Neokolonialismus herangewachsenen Politikern wie Jerry Rawlings in Ghana, Thomas Sankara in Burkina Faso oder Paul Kagame in Ruanda.

Eine erfolgreiche Entwicklung des Kongo hätte außerordentliche Auswirkungen auf den gesamten subsaharischen Kontinentalteil. Allein Angola würde durch den Fortfall der destabilisierenden Politik Mobutus die Geißel der Terrororganisationen Unita und FLEC los, mit welch ersterer die Regierung in Luanda in eine Koalition gezwungen wurde. Desgleichen könnte dem Wüten der aus Ruanda vertriebenen Hutu-Milizen (die nach wie vor ihr Schreckensregiment über die zivilen Hutu-Flüchtlinge ausüben) ein Ende gesetzt werden. Ins Wanken gerieten aber möglicherweise auch Regimes wie das in Zentralafrika, das sich allein auf die Präsenz französischer Truppen stützt. Afrika vom Äquator bis zum Kap der guten Hoffnung erhielte ein neues Gesicht: Vorherrschend wären Regierungen, die aus Befreiungskämpfen hervorgegangen sind und sich bei allem Zwang zum Arrangement mit dem internationalen Kapital emanzipatorischen Zielsetzungen verpflichtet haben.

Soviel Eigenständigkeit, gepaart mit dem unverwüstlichen Beißreflex gegen alles, was vom »westlichen« Demokratiemodell abweicht (es sei denn, das Geschäftsinteresse überwiegt), motiviert anscheinend die in den BRD-Medien allgemein zunehmende Kritik an Kabila und der ADFL. Da wird von diktatorischem Regierungsstil gesprochen und die unsinnige Forderung erhoben, in den gerade befreiten Gebieten müßten unbedingt Parteien her, und da wird immer stärker versucht, die ADFL in eine Übergangskoalition ausgerechnet mit den Kollaborateuren des alten Regimes zu zwingen. Schärfste Waffe: Ein »Schlachthaus« sei das von Kabilas Leuten kontrollierte Ost-Zaire (EU-Kommissar Bonino), »Völkermord« finde dort statt. Sarajevo liegt jetzt am Kongo.

Beweise für die monströsen Behauptungen gibt es nicht; es genügt der Verdacht, etwa wenn ARD-Korrespondent Dreckmann mit gramzerquältem Gesicht von den »Greueln« der Kabila-Armee raunt. Was es mit den Terrorakten tatsächlich auf sich hat, soll die Öffentlichkeit nicht weiter behelligen, vor allem aber eine Tatsache nicht: Daß, was auch immer an Grausamkeiten geschieht, seine Wurzeln noch immer im Wirken der europäischen Mächte hat - von der »Humanitätsintervention« 1884, die das Kongobecken dem belgischen König zur Ausplünderung überließ, über den Uno-Einsatz gegen die Regierung Lumumba 1960/61, bis hin zum tatsächlichen Völkermord in Ruanda 1994. In seiner 1909 veröffentlichten Schrift Das *Kongoverbrechen* klagte Arthur Conan Doyle die Kolonialmächte an: »Der Fluch des Blutes, der Abscheu eines jeden ehrlichen Menschen lastet heute schon auf ihnen. ... Sie sind schuldig, ein Land geplündert, eine Nation zugrunde gerichtet zu haben, schuldig des größten Verbrechens in der menschlichen Geschichte, um so größer, als es im Namen der Menschheit ausgeführt wurde. Irgendwie und irgendwo muß sie die Vergeltung treffen! «

Jürgen Ostrowsky schrieb in KONKRET 5/94 über die Wahlen in Südafrika

Konkret 06/97, S. 24

Joachim Rohloff

Saubere Aktion

Der Sieg des peruanischen Präsidenten Fujimori über die Botschaftsbesetzer von Lima war Mord. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wer nun ganz oben auf der Liste der Guerilla steht

Der peruanische Präsident Fujimori zählt bisher wohl deshalb nicht zu den persönlichen Freunden Helmut Kohls, weil sein Land, verglichen mit Rußland oder Indonesien, nur geringe Wirtschaftskraft besitzt. Zwar hat er sich große Verdienste um die Bekämpfung des Terrorismus erworben, gelegentlich putscht er auch schon mal gegen das Parlament, und linke Oppositionelle läßt er ermorden oder von Militärgerichten aburteilen, aber einen Transrapid oder ein Kraftwerk will er partout nicht kaufen.

Überhaupt hört man wenig vom riesigen lateinamerikanischen Markt. Als größte Erfolge der siebenjährigen Präsidentschaft Fujimoris galten bis vor kurzem die Reduzierung der Inflation und der Sieg über die Guerilla. Tatsächlich sank die Inflationsrate von durchschnittlich 495 Prozent in den achtziger Jahren mittlerweile auf zehn Prozent, und ein Wirtschaftswachstum von zuletzt 6,5 Prozent scheint der neoliberalen Politik recht zu geben. Problematisch sind aber das 1995 um 100 Prozent gestiegene Handelsbilanzdefizit von rund 2,2 Milliarden Dollar und die staatlichen Auslandsschulden von 22,6 Milliarden Dollar.

Peru erfüllt also zwei der drei klassischen Kriterien, an denen man ein neoliberales Musterland erkennt: geringe Inflation, mindestens fünf Prozent jährlichen Wachstums, positive Außenhandelsbilanz. Über die wirkliche Lage der Menschen sagen diese Daten allerdings nichts aus - oder erst dann, wenn man beispielsweise bedenkt, daß die Peruaner beim gegenwärtigen Entwicklungstempo etwa vierzig Jahre bräuchten, um das heutige Niveau Brasiliens zu erreichen. Nach offiziellen Angaben leben elf Millionen, also 50 Prozent der Bevölkerung, unter der Armutsgrenze und vier Millionen in extremer Armut. Die einzige verfügbare Arbeitslosenstatistik weist für Lima zwar nur eine Quote von sieben Prozent aus, dennoch wird die »Unterbeschäftigung« landesweit auf fünfzig Prozent geschätzt.

Da Fujimori daran nichts ändern wird, hält sich inzwischen sogar die Weltbank für bemüßigt, sozialpolitische Maßnahmen anzumahnen. Die Regierung aber »plant, die erfolgreiche Politik marktwirtschaftlicher Reformen fortzusetzen, in deren Rahmen seit 1990 staatliche Kontrollen und Subventionen beendet, Zölle gesenkt und 51 Staatsbetriebe privatisiert wurden. Bis zum Jahr 2000 sollen alle übrigen Staatsbetriebe verkauft werden.« Außerdem erklärte Peru sich im Oktober 1995 bereit, den seit 1985 unterbrochenen Schuldendienst zugunsten ausländischer Banken wiederaufzunehmen.

»Weil der Modernisierer Inflation und Terror besiegte, folgt ihm das Volk«, überschrieb die »Zeit« unlängst ein Porträt Fujimoris. »Doch gegen die Armut hat der Technokrat noch kein Mittel gefunden.« Gemeinhin nennt man solche Leute Mörder; wenn aber Terroristen »Investoren vertreiben«, sind offenbar alle kriegerischen Mittel erlaubt. Mit Hilfe der »brutalen, meist korrupten Generäle«, schrieb der »Spiegel«, »zog er im April 1992 seinen >Eigenputsch< (autogolpe) durch und entmachtete das verachtete Parlament und die diskreditierte Justiz. Das war die Wende, die den Aufschwung der Wirtschaft und den Niedergang des Terrors einleitete.« Als im selben Jahr Abiniael Guzman, der »Präsident« des Sendero Luminoso, und zwei Führer der MRTA verhaftet wurden, rief Fujimori den endgültigen Sieg über den Terrorismus aus. Und 1995 leistete er seinen »Beitrag zum Friedensprozeß und zur nationalen Versöhnung«. Er ließ im Parlament ein Amnestiegesetz verabschieden, das alle seit 1980 von Angehörigen des Militärs und der Sicherheitskräfte begangenen Verbrechen von weiterer Strafverfolgung ausnahm. Laut amnesty international handelte es sich um mindestens 5.000 Fälle spurlosen Verschwindens und extralegaler Hinrichtung sowie um hundertfache Folter. Als einige Richter das neue Gesetz nicht auf schwebende Verfahren anwenden wollten, schickte Fujimori eilig ein weiteres hinterher, das die Anwendung der Amnestie zwingend vorschrieb. Die peruanische Bevölkerung allerdings wollte sich gar nicht versöhnen; in einer Umfrage votierte eine große Mehrheit gegen die Amnestie. Momentan verbüßen mindestens 5.000 politische Gefangene langjährige Haftstrafen, die nach unfairen Prozessen gegen sie verhängt wurden. Hunderte wurden als Terroristen vor Militärgerichten angeklagt.

Während in den sechziger Jahren die Kader der Guerilla vorwiegend aus kleinbürgerlichen oder studentischen Kreisen stammten, rekrutieren die MRTA und auch der Sendero Luminoso heute vorwiegend verarmte oder von ihrem Land vertriebene Bauern und die marginalisierte städtische Jugend. Die »prokubanische« MRTA, die Anfang der achtziger Jahre aus dem Zusammenschluß verschiedener linker Gruppen hervorging, tat sich fortan durch zahlreiche »bewaffnete Propaganda-Aktionen« hervor: Besetzungen von Radiosendern, Überfälle auf Waffenlager, Beschlagnahme von Lkw mit Lebensmitteln und deren Verteilung in Armenvierteln sowie eine Reihe von »Finanzierungsaktionen«. Daß man, ähnlich wie der Sendero, einträgliche Geschäftsbeziehungen zur Kokain-Mafia unterhalte, wird bis heute beharrlich dementiert. Nach der Verhaftung ihres Gründers, Victor Polay Campos (»Comandante Rolando«), und ihres militärischen Führers, des Chilenen Jaunie Castio, trat die MRTA einen strategischen Rückzug an. Von ihrer Legalisierung, die angeblich zu den Zielen der Botschaftsbesetzung zählte, wird unter der Präsidentschaft Fujimoris nicht zu reden sein.

Es traf Fujimori als persönliche Schmach, daß die MRTA überhaupt noch zu einer spektakulären Tat wie der Besetzung der japanischen Botschaft fähig war. Von Anfang an plante er eine gewaltsame Befreiungsaktion, und selbst als das Kommando nur noch die Freilassung zwanzig kranker Genossen forderte, zog er es vor, die japanische Regierung und die eigenen Verhandlungsführer zu düpieren. Es sei eine »saubere« Militäraktion gewesen, sagte er hinterher, in einer »kriegsähnlichen Situation« könne halt alles passieren. Die 140 Elitesoldaten hätten lediglich den Befehl erhalten, die Geiselnehmer zu »neutralisieren«.

Inzwischen weiß man, daß die Soldaten dem Befehl folgten, keine Gefangenen zu machen. Die Brutalität des Angriffs findet nicht die geringste Rechtfertigung im Verhalten der Besetzer. »Nach der ersten Explosion rannte ein Terrorist in unser Zimmer«, erzählte eine der Geiseln. »Er richtete seine Maschinenpistole auf mich und sah mir in die Augen. Dann senkte er den Blick, wandte sich ab und schloß die Tür.« Mehrere Geiseln berichteten, das MRTA-Mitglied Tito Cruz habe seine Weste, in deren Taschen mehrere Granaten steckten, sofort ausgezogen, als die Soldaten die Botschaftervilla stürmten. Er habe sich zu den Geiseln auf den Boden gelegt und sich ergeben. Darauf sei er von Soldaten gefesselt, in ein angrenzendes Gebäude gebracht und erschossen worden. Auch eine junge Frau sei festgenommen und später hingerichtet worden. Nestor Cerpa, der Anführer des Kommandos, wurde mit zwei Kopfschüssen hingerichtet, obwohl er unbewaffnet war und keinen Widerstand leistete. Mindestens acht Besetzer sollen während des Angriffs unbewaffnet gewesen sein.

So wie er vor Jahren den gefangenen Guzman in einem Käfig der Presse vorführte, so ließ Fujimori sich mit seinen toten Feinden fotografieren, bevor sie eilig in anonymen Gräbern verscharrt wurden. Die Geiselbefreiung verhelfe ihm und den Militärs, nach zahlreichen Korruptionsskandalen, zu einem dringend benötigten Triumph, heißt es. Der Guerillakrieg in Peru ist damit nicht beendet. Vielleicht wird Fujimori sein nächstes Opfer sein.

Konkret 06/97, S. 26

Jakob Michelsen, Robert Boltin

Prof. rer. rass.

Der Neger ist naiv, Verbrecher heben flache Schädel, um Antisemitismus sind die Juden selber schuld: Das Humanbiologische Institut der Uni Hamburg forscht in der Tradition der NS-Rassenlehre

Von der Veröffentlichung einer »Rassen«-Systematik, durchnumeriert von 1 (»Teutonordider Schwede«) bis 39 (»Fuegide Yamanafrau«), auf eine NS-Publikation zu schließen, liegt nahe; doch die Tabelle findet sich weder in einem nationalsozialistischen Propaganda-Werk noch dient sie zur ideologischen Schulung militanter Neo-Nazis - sie stammt aus einem 1996 veröffentlichten Lehrbuch des Geschäftsführenden Direktors am Humanbiologischen Institut der Universität Hamburg, Rainer Knußmann.

Knußmanns Buch *Vergleichende Biologie des Menschen* begleitet in zweijährigem Turnus die Lehrveranstaltung »Rassenkunde des Menschen«, die für alle Hamburger Studierenden der Anthropologie/Humanbiologie sowie für künftige Biologie-Lehrerinnen und -Lehrer an berufsbildenden Schulen Pflichtveranstaltung ist. Der Dozent dieses Seminars, Virendra Chopra, bezieht sich in seiner Veranstaltung nicht nur auf das Buch des Institutsdirektors Knußmann, er greift auch direkt auf das »Rassensystem« des NS-»Rassenkundlers« Egon Freiherr von Eickstedt zurück, das dieser 1934 in seiner *Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit* niedergelegt hat. Eickstedts Buch befindet sich auf der Literaturliste der letzten »Rassenkunde«-Vorlesung Chopras im Wintersemester 95/96, der seine Veranstaltung mit diversen Dias aus Eickstedts Fundus illustrierte, darunter auch Konterfeis dreier »Jüdischer Typen«. Knußmann selbst garniert seine Rasseneinteilung mit der rechtfertigenden Erwägung, die »Überlegenheit der Juden« könne durchaus zur Entstehung des Antisemitismus beigetragen haben: »Da die Juden ... immer wieder Verfolgungen und gesetzlichen Benachteiligungen ... ausgesetzt waren, konnten sich unter ihnen nur solche Erblinien halten, die besonderes Durchsetzungsvermögen ... gewährleisteten. Die Gesetzgeber haben nicht erkannt, daß sie ... eine Selektion auf optimale Leistung bewirkten - gleichsam die Heranzüchtung einer jüdischen Elite. ... Die Überlegenheit der Juden mag leicht Neid erweckt und es immer wieder begünstigt haben, Haß gegen diese Bevölkerungsminorität zu schüren.«

Seit 20 Jahren wird nun schon an der Hamburger Universität die »Rassenkunde des Menschen« unterrichtet - nahezu unbeanstandet. Erst durch eine Protestaktion der Hamburger Hochschul-Antifa im Februar 96 ist eine Kontroverse um das Institut in Gang gesetzt worden, die mittlerweile bis zum Uni-Präsidium vorgedrungen ist. Dieses hatte zunächst durch seinen Sprecher erklären lassen, daß es sich um einen »wissenschaftsinternen Streit« handele, zu dem es sich nicht äußern wolle, zumal der Hamburger Uni-Präsident ja auch zum Historikerstreit keine Stellungnahme abgegeben habe. Erst nachdem die inzwischen gegründete AG gegen »Rassenkunde« das Humanbiologische Institut in »Institut für Rassenkunde, Soziobiologie und Eugenik« umbenannt, damit eine Welle von Presseartikeln ausgelöst und Wissenschaftssenator Leonhard Hajen (SPD) veranlaßt hatte, eine Stellungnahme vom Uni-Präsidenten Jürgen Lüthje (SPD) sowie von Rainer Knußmann zu fordern, sah sich Lüthje genötigt, zu reagieren. Eine Kommission des Akademischen Senats wurde eiligst eingerichtet, um der aufmerksam gemachten Öffentlichkeit die Bereitschaft zu Konsequenzen zu signalisieren. Immerhin war der Senat angesichts des Vorwurfs der Rechtfertigung des Antisemitismus und einer direkten Bezugnahme auf Nazi-Literatur um das Ansehen der Universität besorgt. Das biologistische Menschenbild, das am Humanbiologischen Institut »gelehrt« wird, wurde dabei allerdings nicht angetastet. Die Kommission will zusammen mit dem Fachbereich Biologie, zu dem das Humanbiologische Institut gehört, eine Diskussionsveranstaltung initiieren, die laut Fachbereichssprecher Reinhard Lieberei, einem Knußmann-Verteidiger, dazu beitragen soll, die Auseinandersetzung zu »objektivieren« und »Mißverständnisse« zu beseitigen.

Lüthje rechnet die Lehrinhalte des Instituts unter »die Freiheit von Forschung und Lehre« und trennt damit den Begriff »Rasse« vom Rassismus und von seinem gesellschaftlich-politischen Zusammenhang scheinbar »wertfrei« ab. Darin geht er mit Virendra Chopra konform, der in seiner »Rassenkunde«-Veranstaltung lapidar abwiegelt: »Rassismus ist nicht mein Thema. « Mit dem Hinweis, er sei kein »Wissenschaftsrichter«, erklärt Lüthje die »Rassenlehre« zum Bestandteil von Wissenschaft und hofft sich so seiner Verantwortung entziehen zu können.

Der Rassebegriff, den Knußmann als Ausdruck von »Anpassungen an unterschiedliche geographische Räume mit unterschiedlichem Klima und unterschiedlichen jahrtausendelangen Krankheitsbelastungen« verteidigt, knüpft an den Biologismus, Kolonialismus und Rassismus des 19. Jahrhunderts an. Rassisten sind für Knußmann nur diejenigen, »die unter Rassen verschieden hoch evaluierte Gruppen verstehen«. Indes ist der Rassebegriff an sich längst eine unhaltbare Kategorie. Zahlreiche Humanbiologinnen und Genetiker leiten aus populations- und molekulargenetischen Untersuchungen die Folgerung ab, daß es zwar eine erhebliche genetische Variabilität bei Menschen gebe, sich diese aber in kein typologisches System, wie etwa das der »Rassen«, bringen lasse. Außerdem sei die Variation innerhalb einer Gruppe von größerer Bedeutung als diejenige zwischen angeblichen »Rassen«, die durch das Herausgreifen beliebiger Merkmale konstruiert werden. 1995 verabschiedete eine Arbeitstagung der Unesco eine Erklärung, in der festgestellt wird, das

Konzept »Rasse« habe zum einen seit jeher zu »unannehmbare(n) Verletzungen der Menschenrechte« beigetragen, zum anderen gebe es »keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff >Rasse(weiterhin zu verwenden«.

Die Nähe der NS-»Rassenlehre« zu den »Lehrinhalten« von Knußmann, der Anfang 1996 zum Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft wiedergewählt wurde, sind kein Zufall. Nach Knußmann ist zwar »der Intelligenzvergleich von Rassen sehr problematisch«, es gebe jedoch »deutliche Unterschiede ... nach Begabungsbereichen«. Aber Knußmann kennt nicht nur »Rassen-«, sondern auch biologische Klassenunterschiede: Er behauptet Korrelationen zwischen sozialem Status, Intelligenz und Körpergröße. Auch »Kriminelle« und andere »sozial auffällige« Personen (in der ersten Auflage von 1980 stand noch: »Asoziale«) klassifiziert Knußmann biologisch: Bei ihnen seien eine »genetische Belastung« und körperliche Anomalien festzustellen wie »überdurchschnittlich häufig niedrige, fliehende Stirn«. In einem Aufsatz erklärte er, es gebe »eine signifikante Zunahme der Beckenbreite, auch bei Knaben, von der Kategorie >Mutter nicht berufstätig< über >teilzeitbeschäftigt< bis >vollbeschäftigt<«. Er erklärt dies damit, daß Söhne von berufstätigen Müttern mehr Frust und Streß ausgesetzt seien, was sich »hemmend auf die Bildung männlicher Hormone und damit negativ auf die Ausprägung einer typisch männlichen Beckengestaltung (also schmales Becken)« auswirke.

Auch in seinem Lehrbuch stellt Knußmann allerlei Verbindungen zwischen körperlichen und psychischen Geschlechtereigenschaften her: »Für Männer wurden relativ hohe Korrelationen zwischen dem Querdurchmesser des unteren Beckenausgangs und mehreren psychischen Eigenschaften festgestellt: je weiter, d.h. weiblicher, der Beckenausgang, desto stärker das Geselligkeitsbedürfnis und die Kontaktfähigkeit, ... desto betonter die Ganzheitlichkeit der Erfassungsweise, aber desto geringer der Führungsanspruch.« Homosexualität ist für Knußmann ein Symptom für »Sittenverfall« und hat bereits zum »Völkertod« der alten Griechen und Römer beigetragen.

Welches Thema der Professor auch immer aufgreift: Es dient ihm dazu, menschliches Verhalten auf die Biologie zurückzuführen, somit für ahistorisch und unveränderbar zu erklären und sein reaktionäres Weltbild mit scheinbar »objektiven« Daten zu untermauern. Doch es geht um mehr als nur um die Person Knußmann, dessen bevorstehende Pensionierung dem Uni-Präsidium in Aussicht stellt, das Problem könnte sich von selbst erledigen. Vielmehr hat Knußmann für eine personelle Zusammensetzung seines Instituts gesorgt, die die Fortführung der biologistischen Lehrinhalte sichert.

1984/85 führte das Institut zum Beispiel eine Studie durch, in der u.a. biologische und psychische Unterschiede zwischen schwulen und heterosexuellen Männern untersucht werden sollten. Gemessen wurden vor allem Hormone, aber auch äußere Merkmale wie Hüftbreite, Brustbehaarung oder Brustwarzenabstand. Massive Proteste von Schwulen, die 1985 in einer Institutsbesetzung gipfelten, verhinderten die Veröffentlichung der nach sexuellen Präferenzen getrennten Ergebnisse.

Zwei am Hamburger Institut »Lehrende«, Virendra Chopra und Alexander Rodewald, forschen vorwiegend im Bereich der Populations- bzw. Zytogenetik und stützen mit diesen modernen Forschungsmethoden die tradierten »Rassen«klassifikationen. So schreibt Rodewald, bei der Untersuchung chromosomaler Polymorphismen ergäben sich »signifikante Unterschiede ... zwischen negriden, europiden und mongoliden Gruppen«. Eine weitere Dozentin, Kerrin Christiansen, zog es Ende der 80er Jahre nach Namibia zur Volksgruppe der San, um deren »pädomorphe« Körperform (eine eurozentrische Klassifizierung) auf einen niedrigen Testosteronspiegel zurückzuführen. Ein fünftes Lehrkörpermitglied, Günter Bräuer, hat zeitweise ebenfalls Veranstaltungen über »Rassenkunde« abgehalten.

Angesichts der Lehr- und Forschungsinhalte des Instituts sind seine Verbindungen ins neofaschistische Netzwerk kaum noch überraschend. Die neofaschistische Zeitschrift »Neue Anthropologie«, das Organ der »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« des Neonazis Jürgen Rieger, rezensiert Knußmanns Institutszeitschrift »Homo« regelmäßig wohlwollend. Es gibt außerdem Autorinnen und Autoren, die schon für beide Blätter geschrieben haben, und Rieger selbst, der u.a. Mitglied des neofaschistischen Schulungszentrums in Hetendorf ist, urteilte über die erste Auflage von Knußmanns Lehrbuch: »Verf. legt ein Werk vor, das zahlreiche Gebiete sachkundig behandelt.« Zum Beispiel: »Verf. erwähnt, daß ... Psyche auch eine rassische Variabilität besitzt, ... daß generell helle ... Augenfarbe und hohe Intelligenz korreliert sind, und auch, daß skandinavische Kinder gegenüber solchen mit jüdischer Abstammung bessere Leistung in der Raumorientierung und der Koordination von Sinneswahrnehmungen und Bewegungen erzielen ... « Knußmann rechtfertigt das Vorhandensein der »Neuen Anthropologie« in der institutseigenen Bibliothek damit, daß »nicht nach dem Vorbild des Dritten Reiches Bücher verbrannt werden (sollten). Die Studenten sollen sich auch über solche Zeitschriften informieren können.«

Das Humanbiologische Institut der Universität Hamburg steht in der Tradition der »Breslauer Schule« der »Rassenkunde«, die in den 30er Jahren von dem dortigen Professor Egon Freiherr von Eickstedt begründet wurde. Wie so viele Professoren begrüßte von Eickstedt 1933 euphorisch den Machtantritt der Nazis. Um »Rassenbewußtsein« ins Volk zu tragen, gab er eine Dia-Serie für den Schulunterricht heraus, zu der seine Assistentin Ilse Schwidetzky und der NS-Ärztebundfunktionär Gunther Holtz einen Begleittext verfaßten. Darin heißt es: »Dem jüdischen Volkstypus entspricht eine jüdische Volksseele.

... Dazu gehört in erster Linie die Abneigung gegen körperliche Arbeit. ... seinen Händlergeist empfinden wir am stärksten als typisch jüdische uns fremde Eigenschaft. « In dem Buch *Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit* (1934), demselben, das heute noch in Chopras Vorlesung benutzt wird, wird u.a. eine Unterteilung der Menschenrassen in »progressive« (darunter die »nordische Rasse«) und in »primitive« vorgenommen. Als Beispiel werden ein Australier und ein Südinder neben einem Gorilla abgebildet.

Von Eickstedt konnte nicht nur seine eigene »Zeitschrift für Rassenkunde« herausgeben, sondern mit Unterstützung des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP im Gau Schlesien auch ein großangelegtes Projekt zur Erforschung des »Rassenaufbaus« Schlesiens durchführen. Dieses stand in Zusammenhang der deutschen »Ostforschung« und sollte den »nordischen« Charakter Schlesiens »nachweisen«. Mit Hilfe einer von Eickstedt entwickelten individuellen »Rassendiagnoseformel« wurden Hunderte von Einwohnerinnen und Einwohnern vermessen und rassisch eingeordnet. Mitarbeiter am Schlesienprojekt waren wiederum Ilse Schwidetzky sowie zahlreiche Doktorandinnen und Doktoranden. Knußmann und Schwidetzky versuchen bis heute, diese Arbeit als rein objektive Forschung auszugeben.

Ab 1946 konnten von Eickstedt und Ilse Schwidetzky, die nach Eickstedts Emeritierung seine Nachfolgerin wurde, ihre Tätigkeit an der Universität Mainz fortsetzen und von dort aus die deutsche »Rassenkunde« (nun unverfänglicher »Anthropologie« genannt) wieder aufbauen. Als Nachfolgerin der »Zeitschrift für Rassenkunde« gründeten sie 1950 die Zeitschrift »Homo«.

In ihren zahlreichen Publikationen beschreibt Schwidetzky immer wieder die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte von Rassenkämpfen. So habe sich »bei der Europäisierung der Erde nur ... vollzogen, was sich langsamer schon seit den Anfängen der Menschheit, und nicht nur in dieser, abspielt: der Kampf der Starken gegen die Schwachen um den Raum und die Ausbreitung der phylogenetisch und kulturell Höherstehenden auf Kosten der Primitiven«. Der so gleichsam naturnotwendig entstandene Kolonialismus habe zu einer wirtschaftlichen und bevölkerungsbiologischen »Wertsteigerung« der eroberten Gebiete geführt. Heute setzen von Eickstedts und Schwidetzkys Schülerinnen und Schüler die Tradition fort. In Mainz vor allem Wolfram Bernhard, seit 1976 ihr Nachfolger auf dem dortigen Lehrstuhl, der sich seit den 60er Jahren mit Studien aber Korrelationen zwischen Haar- und Augenfarben und Intelligenz profilierte, wobei er den Blonden und Blauäugigen besonders gute Fähigkeiten zuschrieb.

Rainer Knußmann promovierte 1960 bei Ilse Schwidetzky. 1968 unternahm er mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Forschungsreise nach Namibia zur Volksgruppe der Dama. In seinem teilweise im Safariliteratur-Stil verfaßten Bericht sind ihm die Apartheid und ihre Auswirkungen kaum eine Erwähnung wert - dafür aber, daß die Dama »ausgesprochen deutschfreundlich« seien und eine »ausgeprägte ontogenetische Primitivität erkennen lassen. Sie sind naiv, augenblicksgebunden und sehr ablenkbar.« Wenn sie einmal nicht geneigt waren, sich vermessen zu lassen, »so genügte die Verteilung von Bonbons, um sie wieder für etwa eine Stunde bei guter Laune zu erhalten«.

1972 wurde Knußmann an die Universität Hamburg berufen. Er nahm hier auf einem »arisierten« Lehrstuhl Platz: Der liberale jüdische Philosophieprofessor Ernst Cassirer, mit dem sich die Universität heute gerne schmückt, war nach der »Machtergreifung« 1933 entlassen worden und mußte emigrieren. Seine Stelle wurde in einen Lehrstuhl für »Rassenbiologie« umgewandelt, auf den Walter Scheidt, bisher Leiter der Rassenkundlichen Abteilung im Hamburger Völkerkundemuseum, berufen wurde. Scheidt gehörte zu einem völkischen Zirkel von Rasseforschern und -hygienikern um den Verleger Julius Friedrich Lehmann und hatte sich besonders mit Forschungen über die Bevölkerung Finkenwerders und anderer norddeutscher Orte hervorgetan. Nach 1945 verabschiedete er sich mit seiner esoterischen »Inbildlehre« allmählich aus der Scientific community, blieb aber bis zu seiner Emeritierung 1963 im Amt. Nach der langen Vakanz des Lehrstuhls baute Knußmann Fach und Institut in Hamburg praktisch neu auf. Die Zusammensetzung des Lehrkörpers und die Studienpläne sind durch ihn geprägt. Chopra beispielsweise holte er ebenfalls aus Mainz.

Angesichts der geschilderten Zusammenhänge besteht Anlaß, sich grundsätzlich mit den Inhalten der Humanbiologie auseinanderzusetzen. Im Sommersemester 1997 organisiert die Medizinsoziologin Heidrun Kaupen-Haas in Hamburg eine Ringvorlesung, die das Fach kritisch unter die Lupe nehmen will. Die Universitätsleitung wünscht eine »wertfreie Wissenschaftsdiskussion«. Mit einer solchen Ausblendung der gesellschaftspolitischen Dimension möchte sie offenbar gewährleisten, daß das Fach Humanbiologie nach Effektivitätskriterien organisiert und einer zum Wirtschaftsunternehmen sich wandelnden Universität angepaßt wird. Eine externe professorale Kornmission empfahl jüngst bei sinkender Nachfrage die »Einschmelzung« der Hamburger Humanbiologie.

Die AG gegen »Rassenkunde« betont hingegen, daß es nicht darum gehe, Sparvorschläge zu machen und damit die inhaltliche Diskussion versanden zu lassen. Es reicht nicht aus, nach einem wissenschaftsinternen Schlagabtausch zur Tagesordnung überzugehen, zu dem die Kontinuität eines biologistischen Menschenbildes gehört. Die AG fordert die Schließung des Instituts und seine Ersetzung durch einen interdisziplinären »Arbeitsbereich Kritische Biologie«. Dieser hatte die biologische Forschung in einen Kontext einzubetten, der die ideologischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Implikationen von Wissenschaft reflektiert, um biologistische, rassistische und diskriminierende Ansätze

möglichst zu konterkarieren. Wie es in Hamburg nun allerdings weitergeht, entscheidet sich am öffentlichen Protest.

Jakob Michelsen und Robert Boltin sind in der Hochschul-Antifa und der AG gegen »Rassenkunde« an der Universität Hamburg aktiv

Konkret 06/97, S. 32

Karl Unger

Im Auftrag des Führers

Wie ihr Umgang mit den Entschädigungs- und Rentenansprüchen der Opfer und Täter des Nationalsozialismus zeigt, gilt das Hauptinteresse bundesdeutscher Behörden den »Opfern« der Entnazifizierung

Das Jahr 1997 hatte kaum begonnen, da konnte sich die kritische Öffentlichkeit dieses Landes wieder einmal so richtig schön moralisch empören. Denn ein Verfassungspatriotismus á la Habermas macht nur Sinn, wenn sich die emphatische Zustimmung zum Ganzen dieser Republik verbinden läßt mit der Kritik an Mißständen, die sich dann als peripher, als Relikte eines längst vergangenen unaufmerksamen Umgangs mit Menschen und ihren Rechten entpuppen. So schien es sich auch zu verhalten mit der vom Fernsehmagazin »Panorama« aufgedeckten Tatsache, daß nationalsozialistische Kriegsverbrecher Opferrenten beziehen. Die Empörung der liberalen Medien mußte sich in Grenzen halten, denn das Bundessozialministerium ließ umgehend verlauten, daß eine Änderung dieser Praxis aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Seitdem herrscht Schweigen - nicht nur im Blätterwald. Und das mit Recht, nicht nur weil die von »Panorama« präsentierten Tatsachen ein alter Hut sind, sondern vor allem weil solche öffentlichkeitswirksam präsentierten »Skandale« ablenken von dem, was der wirkliche Skandal ist. Denn wenn die Auszahlung von Opferrenten an Massenmörder Recht und Gesetz entspricht, dann lohnt sich ein genauerer Blick auf Entschädigungs- und Rentenzahlungspraxis im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik.

Das »im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen« beschlossene Grundgesetz stellt sich der vorausgegangenen Geschichte Deutschlands und beschäftigt sich in einem eigenen Abschnitt mit deren Opfern. Aber nicht mit den Opfern des Nationalsozialismus, sondern mit denen der Entnazifizierung. Artikel 131 stellt den nach dem 8. Mai 1945 entlassenen Staatsdienern des Dritten Reichs eine Entschädigung in Aussicht. Schließlich hatte der Führer dem »von nationalsozialistischer Weltanschauung durchdrungenen Berufsbeamtentum, einem Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates«, für seine »Bereitschaft, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten«, seinen »besonderen Schutz« zugesichert. Der Führer war zwar tot, aber besaßen die Staatsdiener nicht trotzdem das Recht auf Wiederverwendung und Pension? Das 1951 zu Artikel 131 geschaffene Bundesgesetz bejahte diese Frage. Was daran bemerkenswert war und immer noch von Bedeutung ist, hat Theodor Maunz in seinem Grundgesetzkommentar hervorgehoben mit dem Hinweis, daß »das ganze 131er-Recht auf der Systematik und den Denkvorstellungen des bisherigen, d.h. des vorangegangenen Beamtenrechts auf(baut)«. Was heißt, auf dem von den Nazis 1937 erlassenen Deutschen Beamtengesetz.

Der Jurist Maunz, der selbst ein Stück Rechtskontinuität verkörperte, da er keine Schwierigkeiten hatte, den »Auftrag des Führers (als) Kernstück des geltenden Rechtssystems« durch die »prinzipielle Allzuständigkeit des parlamentarischen Gesetzgebers« zu ersetzen, sagt damit, daß NS-Gesetze rechtsstaatlichen Charakter gehabt hätten und die Hitler-Diktatur kein Unrechtsstaat von Anfang an gewesen sei. Das hatte und hat Auswirkung auf die Opfer. So galt über Jahre mit Segen des Bundesgerichtshofs die Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich als »vorbeugende Polizeimaßnahme«1 die erst 1943, als sie zu Tausenden in den Gaskammern ermordet wurden, Gewaltcharakter bekam. Diese Vorstellung von rechtlicher Kontinuität bestimmt noch heute die Rechtsprechung, denn der Grundgesetz-Kommentar von Maunz ist nicht einer unter vielen, sondern der entscheidende, weil zu seinen Co-Autoren auch der ehemalige Bundesminister Rupert Scholz und der amtierende Bundespräsident Roman Herzog gehören.

Das 131er-Gesetz hatte zur Folge, daß nahezu alle NS-Staatsdiener einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung hatten. Es verpflichtete sämtliche öffentlichen Verwaltungen, bei Neueinstellungen mindestens 20 Prozent ehemalige Nazis aufzunehmen. Behörden, die diese Quote nicht erfüllten, mußten Strafe in Höhe der eingesparten Gehälter bezahlen. Die Zahl der sogenannten 131er betrug mehr als eine halbe Million, und bis 1964 wurden über 17 Milliarden DM für ihre Integration und Versorgung ausgegeben.

Gegen diese Renazifizierung der Bundesrepublik, wie zeitgenössische Kommentatoren diesen Vorgang nannten, erhob sich zweimal, 1953 und 1957, eine gewichtige Stimme: das Bundesverfassungsgericht. Es erklärte nicht nur, daß alle Beamtenverhältnisse am 8. Mai 1945 erloschen waren, sondern machte auch deutlich, daß die Staatsdiener keine Opfer waren, sondern auf der Seite der Täter gestanden hatten. Das war sehr ehrenwert, aber ohne praktische Konsequenzen, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Träger der »pervertierten Verwaltung« (O-Ton Bundesverfassungsgericht) längst in den Staatsdienst zurückgekehrt.

Da hatten sie dann auch über die Opfer des Nationalsozialismus zu entscheiden, beispielsweise in den Entschädigungsämtern. Statistisch gesehen mußte auch hier jeder fünfte Beamte ein ehemaliger Nazi sein. Konflikte konnten nicht ausbleiben, und die enden in der Regel vor Gericht. In Entschädigungsfällen meist vor Sozialgerichten. Und wer sprach da Recht? In Gießen beispielsweise der ehemalige Oberstabsrichter Helmut Lind, und in Stuttgart bzw. Münster saßen die ehemaligen Kriegsgerichtsräte Theodor Reil und Sigismund Troost. Ebenfalls Kriegsgerichtsräte waren der

Senatspräsident am Landessozialgericht Darmstadt, Willy Wißmann, der Senatspräsident am Landessozialgericht in Westberlin, Arthur Neumann, und der Senatspräsident am Landessozialgericht Celle, Werner Gunkel. In der letzten Instanz sah es nicht besser aus. Von den Richtern des Bundesgerichtshofs hatten rund 80 Prozent bereits im NS-Staat Recht gesprochen und zum überwiegenden Teil auch Karriere gemacht. Der erste Präsident des Bundessozialgerichts, Joseph Schneider, hingegen war kein Jurist, sondern ein Fachmann: Er hatte das gesamte Sozialversicherungswesen im Protektorat Böhmen und Mähren überwacht.

Das ist inzwischen vierzig Jahre her und scheint nur noch von historischem Interesse. Doch die damalige Rechtsprechung ist eine Vergangenheit, die nicht vergehen will und nicht vergehen kann. Unter dem Kürzel »st. Rspr.«, ständige Rechtsprechung, ist sie gegenwärtig und bestimmt nach wie vor in vielen Bereichen den Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus. So wurde das Entschädigungsverlangen eines lettischen Juden, der vor den heranrückenden Nazi-Truppen ins Innere der Sowjetunion geflohen war, sowohl vom Sozialgericht Düsseldorf als auch vom Landessozialgericht Essen mit der ständigen Rechtsprechung des BGH abgelehnt, »wonach derjenige, welcher aus Verfolgungsfurcht vor den heranrückenden deutschen Truppen floh, dabei jedoch in dem Staat blieb, in dessen Machtbereich er schon bisher lebte, nicht entschädigungsberechtigt ist«. Die Absurdität dieser richterlichen Festlegung wird gerade an der Sowjetunion deutlich, deren Hinterland bis zum pazifischen Ozean reichte. Aber neben dem Kläger waren noch viele andere nicht-jüdische Letten vor den einrückenden Truppen geflohen, was ein ganz normales Verhalten angesichts der deutschen Soldateska war und eben deshalb keine Entschädigungsansprüche zu begründen vermag. Denn die Rechtsprechung des BGH, so erläuterte das Bundessozialgericht in einem im vorigen Jahr veröffentlichten Urteil, »beruht u.a. auf der Erwägung, daß die jüdischen Flüchtlinge lediglich Teil fliehender Bevölkerungsmassen waren, die das gemeinsame Schicksal der Flucht ins Landesinnere aus Furcht vor dem unmittelbaren Kriegsgeschehen und dem fremden Besatzungsregime auf sich nahmen, so daß eine mögliche Verfolgungsfurcht der jüdischen Teilnehmer an diesem allgemeinen Exodus keine eigene entschädigungsrechtliche Bedeutung haben könne«.

Die Kasseler Richter wollten jedoch nicht engherzig sein - vielleicht auch weil der Kläger inzwischen nicht mehr in Lettland, sondern in Israel lebt -, aber sie konnten es, da ihnen die ständige Rechtsprechung des BGH die Hände bindet, nur, indem sie sich eines Tricks bedienten und ans Ende ihres Urteils schrieben: »Die Verhältnisse im Baltikum könnten indes wesentlich anders geartet gewesen sein.« Die muß nun das Landessozialgericht Essen überprüfen, und das dauert bekanntlich seine Zeit - ob der inzwischen 77jährige Kläger das Ende der Prüfung erlebt, ist ungewiß.

Doch kehren wir noch einmal zurück zu den vom Grundgesetz mit Entschädigungsverheißung bedachten 13 lern. Die meisten wegen Nazi-Verbrechen Verurteilten waren im Dritten Reich Beamte gewesen, denn die Massenmorde waren in der Regel nicht individuell-sadistische Akte, sondern »hoheitliche« Maßnahmen des Staates. Eine strafrechtliche Verurteilung aber hat für die Staatsdiener die unangenehme Folge, daß das Beamtenverhältnis erlischt und auch der Anspruch auf die Pension. Diese Regel wurde nicht angewandt bei Verurteilungen nichtdeutscher Gerichte. Dazu zählten auch die Entscheidungen im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher und seinen zwölf Folgeverfahren, in denen unter anderem Diplomaten, Juristen und Medizinalbeamte verurteilt worden sind. Profitiert davon hat beispielsweise der Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof Ernst Lautz. Er war im sogenannten Juristenprozeß zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden, aber bereits 1951 wieder auf freiem Fuß. Lautz machte seine Versorgungsansprüche geltend und erhielt ganz selbstverständlich eine Pension als Generalstaatsanwalt von monatlich 1.700 Mark. Erst 1958 wurden Lautz die Beamtenrechte aberkannt, und er mußte sich mit einer Gnadenpension vom 786 Mark bescheiden. Damit stand er sich aber allemal besser als eine Hinterbliebene jener Opfer des 20. Juli, die Lautz mit an den Galgen gebracht hatte. Denn deren Hinterbliebenenrente betrug bestenfalls 600 Mark.

Ebenfalls staatlich versorgt wurde der Hauptangeklagte des Juristenprozesses, Franz Schlegelberger. Er war zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt worden, aber ebenfalls schon 1951 wieder in Freiheit. Um die Rechtmäßigkeit seiner Pension entspann sich ein Streit, den das Bundesverwaltungsgericht 1966 endgültig entscheiden wollte. Doch kurz vorher verzichtete Schlegelberger auf seine beamtenrechtlichen Ansprüche und »beschied« sich mit der Nachversicherungsrente. Denn auch den von deutschen Gerichten verurteilten Beamten konnte schließlich geholfen werden. Seit der Weimarer Republik sind Beamte nach ihrem Ausscheiden in der Angestelltenversicherung nachzuversichern, ausgenommen war nur das Ausscheiden infolge eines Strafurteils. Aber gerade diese Einschränkung hatte der Bundestag 1953 bei der Neufassung des Beamtengesetzes wegfallen lassen, und im Rahmen der Rentenreform von 1957 wurde die Nachversicherung ausdrücklich unabhängig vom Grund des Ausscheidens gemacht.

Zu allem Überfluß entdeckte das Bundessozialgericht dann noch das »Grundprinzip der wertfreien Sozialversicherung«, das bis heute jedem seiner Pension verlustig gegangenen Nazi-Beamten eine Rente garantiert, auch wenn er gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Daß diese Regelung der Bundesrepublik nicht im Einklang mit den Rechtsprinzipien der internationalen Staatengemeinschaft steht, ahnen die verantwortlichen Politiker und Beamten hierzulande immerhin. Oder wie sonst ist es zu erklären, daß die nach deutschem Recht einwandfreien Renten an frühere Mitglieder der Waffen-SS im Ausland heimlich, verdeckt und zum Teil unter Mißbrauch einer humanitären Organisation wie des Roten Kreuzes überwiesen werden?

Nicht aus politischen Gründen, sondern weil der Staat gerne spart, kam es jedoch immer wieder zu gerichtlichen Auseinandersetzungen darüber, welche Zeiten und Tätigkeiten im Dritten Reich für die Rentenzahlung anzurechnen seien. Und das gab den obersten Gerichten die Möglichkeit, eine ständige Rechtsprechung zu entwickeln, die bis heute den Umgang mit den Tätern prägt. So hat das Bundessozialgericht 1983 entschieden, daß die Strafhaft eines durch ein französisches Kriegsgericht verurteilten hauptamtlichen NSDAP-Funktionärs als Ersatzzeit nach dem Angestelltenversicherungsgesetz anzurechnen ist. Gleiches trifft, so ebenfalls das Bundessozialgericht, auf den Dienst als KZ-Wächter zu, auch wenn der Betreffende freiwillig in die Waffen-SS eingetreten ist.

Nachdem so die Opfer der Entnazifizierung versorgt waren, konnten sich die Politiker den Opfern des Nationalsozialismus zuwenden, und das dauerte seine Zeit. Erst 1956 wurde das Bundesentschädigungsgesetz verabschiedet. Die Bereitschaft zu Wiedergutmachungsleistungen war nicht sehr groß. »Die Judenschaft ließ jedoch nicht locker«, heißt es in dem offiziellen, vom Bundesfinanzministerium herausgegebenen mehrbändigen Werk *Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland.* Auf Grund dieses Gesetzes und einiger anderer Bestimmungen sind bis heute 98 Milliarden Mark an »Wiedergutmachungs«-leistungen an NS-Opfer gezahlt worden. Zum Vergleich: In- und ausländische Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite haben 100 Milliarden Mark erhalten. Die immer wieder dokumentierte und beklagte kleinliche und oft auch willkürliche Handhabung des Gesetzes macht deutlich, daß die Bundesrepublik eigentlich keine finanzielle Wiedergutmachung mehr leisten will. Das ist rechtsstaatlich einwandfrei, denn der Bundesgerichtshof hat bereits am 12. Dezember 1974 in einem Urteil festgehalten: »Die Entschädigungsbehörde darf bei ihrer Abwägung trotz des Vorrangs materieller Gerechtigkeit zugunsten der Rechtssicherheit auch das allgemeine Interesse an einem Abschluß der Entschädigung in absehbarer Zeit berücksichtigen.«

Das Bundesentschädigungsgesetz sichert lediglich denen, die aus »Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung« verfolgt wurden, Entschädigung zu und entzieht damit hunderttausenden NS-Opfern einen Wiedergutmachungsanspruch. Ausgeschlossen sind z.B. die auf Grund des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« zwangssterilisierten Frauen. Seit 1980 gibt es für sie eine Härtefallregelung in Höhe von 5.000 Mark und einen Anspruch auf eine Monatsrente von 100 Mark. Das muß als großes Entgegenkommen verstanden werden, denn der Wiedergutmachungsausschuß des Deutschen Bundestages war 1965 nach Anhörungen - bei denen prominente Rassehygieniker des Dritten Reichs wie Prof. Hans Nachtsheim und Prof. Werner Villinger als Experten auftraten - zu dem Schluß gekommen, daß das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses nicht im Gegensatz zu rechtsstaatlichen Grundsätzen gestanden habe. Unter dieser Art »rechtsstaatlicher Kontinuität« hatten ganz besonders die Homosexuellen zu leiden, von denen etwa 15.000 in Konzentrationslagern umgekommen sind. Die Überlebenden konnten keine Entschädigungsansprüche stellen, weil sie sich damit als Kriminelle zu erkennen gegeben hätten. Erst 1969 wurde der entsprechende NS-Paragraph im Strafgesetzbuch halbherzig reformiert, und erst seit 1994 ist die strafrechtliche Diskriminierung der Homosexuellen endgültig beendet. Heute leben nur noch zwei Dutzend Opfer, die das Recht haben, eine einmalige Leistung aus dem Härtefond des Bundesfinanzministers zu beantragen. Ebenfalls keine Entschädigung erhalten die sogenannten »Asozialen«, also Nicht-Seßhafte, Bettler oder als »arbeitsscheu« bezeichnete Menschen, die ab 1938 in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Obwohl selbst von seiten der Behörden kaum Zweifel daran bestehen, daß »arbeitsscheu« ein in der Regel von den Nazis vorgeschobener Begriff war, werden Entschädigungen abgelehnt, denn was zählt, ist die Motivation der Verfolger und nicht die Wirklichkeit der Verfolgung.

Weitgehend ungesühnt sind desgleichen die Unrechtsurteile der Nazi-Justiz. 200.000 davon haben bis heute Rechtskraft. Ein Schlußgesetz, das sie generell zu Unrecht erklärt und den überlebenden Opfern die nicht zumutbare Einzelfallprüfung erspart, ist nicht in Sicht und wird außer Sicht bleiben, da es gegen das juristische Dogma der rechtsstaatlichen Züge der nationalsozialistischen Diktatur verstoßen würde. Das gilt auch im Fall der Deserteure, von denen noch 200 bis 300 leben. Was ihre Rehabilitierung so schwierig macht, ist die Zählebigkeit der in den fünfziger und sechziger Jahren in die Welt gesetzten Legende, die Wehrmachtsjustiz sei ein Ort der geheimen Opposition gegen Hitler gewesen. In Wirklichkeit war sie der erbarmungslose Komplize des faschistischen Systems und fällte 30.000 Todes- sowie mehr als 100.000 Zuchthausurteile. Daß diese Legende entstand, hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß Ende der fünfziger Jahre etwa 800 ehemalige Sonder- und Kriegsrichter im bundesdeutschen Gerichtswesen tätig waren.

Ausgegrenzt wurden durch den eigens für sie geschaffenen Paragraphen 6 auch die Kommunisten als Feinde der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«. Dieser bis heute gültige Paragraph war insofern eine besonders bösartige Erfindung, als sich vor allem die Kommunisten im Widerstand aufgeopfert hatten und viele von ihnen jahrelang - manche sogar die gesamten zwölf Jahre der NS-Diktatur - in Zuchthäusern, Straflagern und KZs eingesperrt waren. Und er wurde in einer Weise angewandt, die für die Betroffenen häufig existenzgefährdend war. Dem Kommunisten Heinz Renner beispielsweise entzog man 1959 nicht nur die Opferrente, es wurden auch die bis dahin »gewährten Leistungen in der Höhe von 27.383,60 DM« zurückgefordert - nicht, weil er in strafbarer Weise für die seit 1956 illegale KPD tätig aktiv gewesen ist, sondern weil er vor dem Verbot Funktionär dieser Partei und einiges mehr gewesen war: nach 1945 der erste Oberbürgermeister von Essen, danach kurzzeitig nordrhein-westfälischer Verkehrsminister, anschließend als stimmberechtigtes Mitglied des parlamentarischen Rates an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt und bis 1953

stellvertretender Fraktionsvorsitzender der KPD im Bundestag. Daß das von ihm selbst entwickelte »Grundprinzip der wertfreien Sozialversicherung« auf Kommunisten nicht anzuwenden ist, hat das Bundessozialgericht sinnigerweise an dem Tag bekräftigt, an dem das Fernsehmagazin »Panorama« öffentlich machte, daß NS-Verbrecher Opferrenten erhalten. Es hat für rechtsstaatlich einwandfrei erklärt, daß dem ehemaligen Cheftheoretiker der SED, Kurt Hager, die Entschädigungsrente entzogen wurde, die er als Verfolgter des Naziregimes erhalten hatte. Das empörte selbst einen pro-kommunistischer Sympathien so unverdächtigen Mann wie den ehemaligen Regierungssprecher Klaus Bölling, der daraufhin in der Schweizer »Weltwoche« schrieb: »Hagers moralische Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen ist nicht anzuzweifeln. Doch Hager, Altkommunist und Spanienkämpfer, 84jährig, uneinsichtig, war unleugbar ein authentischer Antifaschist. Vor dem Hintergrund der Versorgung früherer Kriegsverbrecher oder deren Witwen erscheint der Spruch des Bundessozialgerichts, gelinde gesagt, dubios.« Daß Kriegsverbrechern die Rente nicht mit der Begründung, sie seien Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, entzogen werden kann, ist hingegen nur logisch. Denn das sind sie schon deshalb nicht, weil ihnen diese Grundordnung ihre Alimentation garantiert.

Die größte Gruppe derer, die keine oder kaum eine Entschädigung erhalten haben, stellen die Zwangsarbeiter. Rund 10 Millionen Menschen mußten während des Zweiten Weltkriegs für das Deutsche Reich zwangsarbeiten, davon etwa acht Millionen Ausländer. Die übergroße Mehrheit der deutschen Zwangsarbeiter geht rechtsstaatlich einwandfrei leer aus, weil sie nicht den rassisch, politisch oder religiös Verfolgten zuzurechnen ist. Und die ausländischen gehen rechtsstaatlich ebenfalls einwandfrei leer aus, weil sie im Ausland leben und somit die Wohnsitzvoraussetzung des Bundesentschädigungsgesetzes nicht erfüllen. Zudem vertritt man in Bonn die Meinung, daß Zwangsarbeit »normales Kriegsrecht« und nicht »NS-Unrecht« ist. Deshalb kann es keine individuelle Entschädigung geben, sondern nur eine kollektive Wiedergutmachung, die unter die Reparationsforderungen fällt, und die gibt es nicht mehr.

Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 hatten 20 westliche Staaten ihre aus dem Krieg resultierenden finanziellen Forderungen an die Bundesrepublik bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zurückgestellt. Weil aber die Westverbündeten ihre Bürger nicht länger vertrösten wollten, wurden der Bundesrepublik in zwölf Pauschalabkommen Zahlungen für einen Teil der Opfer der Besatzungspolitik abgehandelt. Bonn deklarierte dabei so viele Ansprüche wie möglich als reparationsbezogen, damit sie, wie angesichts des Ost-West-Konfliktes absehbar und inzwischen auch Wirklichkeit geworden, erst am St. Nimmerleins-Tag, also nie, zahlbar worden. Konkret hatte das zum Ergebnis, daß beispielsweise die Niederlande einen Betrag von 125 Millionen Mark erhielten. Rechnet man den allein auf die 100.000 deportierten Juden um, so belastete ein jeder Mord die Bundeskasse mit 1.250 Mark.

Mit dem Hinweis auf den noch abzuschließenden Friedensvertrag haben der Bundesgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht alle Klagen von Zwangsarbeitern auf Entschädigung abgewiesen. »Zur Zeit unbegründet«, war die ständige Rechtsprechung. Besser hatten es da die Vermittler der Zwangsarbeiter. Die Stadt Bremen klagte gleich nach Kriegsende bei einem Abbruchunternehmer mehr als 30.000 Reichsmark »Vergütung für die Gestellung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen zur Zwangsarbeit« ein und bekam das Geld.

Mit der deutschen Einigung schien dann endgültig der Zahltag gekommen zu sein. Doch Kanzler Kohl gelang es, den Friedensvertrag abzuwehren, an den sich 36 Jahre leerer Reparationsversprechen knüpften. Die Zeit hatte die Pflichten annulliert, und der Mantel der Geschichte deckte fast alles zu. Lediglich einige neue Abkommen wurden geschlossen. Polen erhielt statt der Reparationen für fünf Jahre Besetzung und Plünderung sowie für 5,7 Millionen Ziviltote ein Handgeld von 500 Millionen Mark. Erinnern wir uns: Für die »Opfer« der Entnazifizierung hatte Bonn zu Beginn der sechziger Jahre bereits 17 Milliarden aufgewendet. In einem Notenwechsel bezeichnete die Bundesrepublik das Almosen für Polen als »Geste, um dieses bedrückende Kapitel der deutschen Vergangenheit abzuschließen«. Von den etwa 1,7 Millionen Zwangsarbeitern waren inzwischen zwei Drittel gestorben. Die noch lebenden Opfer erhielten eine einmalige Zahlung von 530 Mark. In der Ukraine erhielten die Opfer pseudomedizinischer Versuche, die Insassen von Konzentrationslagern, die Zwangsarbeiter und die verschleppten Kinder je 615 Mark. Im Baltikum gibt es überhaupt kein Geld für die Opfer, aber zwei Millionen Mark für die staatlichen Stellen in Litauen und Estland, die damit Altenheime für NS-Opfer einrichten sollen. Bis zum Jahre 2000, also 55 Jahre nach Kriegsende, werden auch die NS-Opfer in Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Albanien, der Slowakei und der Bundesrepublik Jugoslawien ihr Almosen erhalten: 80 Millionen Mark insgesamt.

Diesem von Bonn geplanten rechtsstaatlich einwandfreien Abschluß der Vergangenheit hat das Bundesverfassungsgericht im Sommer 1996 einen Riegel vorgeschoben - wie es scheint. Die Karlsruher Richter stellten fest, daß individuelle Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter durch das Völkerrecht nicht ausgeschlossen werden. Damit ist die Bonner Gleichung »Kein Friedensvertrag - keine Reparationen« obsolet geworden. Juristisch, aber nicht praktisch. Denn Karlsruhe hat alle offenen Fragen dieser Entscheidung an die Landgerichte zurückgegeben. Die Dauer der nun anstehenden neuen Verfahren ist nicht abzuschätzen, und die NS-Opfer sind ohne Chance gegen die Zeit. Daß die Bonner Politiker den Zwangsarbeitern nicht entgegenkommen wollen und werden, hat die Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Irmgard Karwatzki, deutlich gemacht. Die Karlsruher Richter haben, so schrieb sie, »der Bundesregierung keineswegs die

Pflicht auferlegt, bestehende Wiedergutmachungsregelungen etwa zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter nachzubessern«.

Karl Unger lebt und arbeitet als Journalist in Köln

Konkret 06/97, S. 36

Otto Köhler

Meldungen aus dem Reich

Sie war nur durch eine Krankheit gehindert, Goebbels-Adjutantin zu werden. Sie hat die CDU-Kanzler der Bundesrepublik von Anfang bis heute propagandistisch betreut. Ohne Elisabeth Noelle-Neumanns Rat und Tat wäre die Bundesrepublik Deutschland eine etwas andere Republik

Die Fünfzigjahrfeier blieb im Dorf am Bodensee. Elisabeth Noelle-Neumann wollte von dem großen Tag kein Aufhebens machen. Denn der 8. Mai, vulgo der »Tag der Befreiung«, kann für sie kaum ein Grund zum Jubelfest sein. Ausgerechnet an diesem Tag, damals achtete man noch nicht darauf, hatte sie 1947 zusammen mit ihrem ersten Mann Erich Peter Neumann das Institut für Demoskopie in Allensbach gegründet. Die große Jubiläumsfeier wird darum ganz einfach verlegt auf den 24. September in Bonn. Helmut Kohl wird die Jubelrede halten.

Das ist seine selbstverständliche Dankespflicht. Denn der Volksbeschauerin vom Bodensee verdanken nicht nur die CDU-Kanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger eine intensive Bearbeitung des bundesdeutschen Volkskörpers. Enkel Helmut Kohl schuldet es zuallererst ihr, daß er 1990 Kanzler des zusammengeschlossenen Deutschland wurde. Rechtzeitig und eindringlich hatte Noelle-Neumann damals gewarnt, daß die CDU durch die Ostdeutschen (»insgesamt protestantischer, nördlicher, und östlicher ausgerichtet«) ihre Mehrheitsfähigkeit »für immer verlieren würde«, so daß Helmut Kohl sofort das Ruder herumwarf und zum Entsetzen der Bundesbank von heute auf morgen die alsbaldige Währungsunion anordnete, damit die Wahlen gewann und die DDR-Wirtschaft zugrunde richtete.

Bevor Helmut Kohl im Herbst zur Laudatio ihres Lebenswerks ansetzt, das seit der Noelle-Dissertation von 1940 *(Amerikanische Massenbefragungen über Politik und* Presse) aus einem Guß ist, wird die zu Feiernde sich noch mit dem auseinandersetzen müssen, was sie »amerikanische Kampagnen gegen mich wegen angeblicher Nazi-Vergangenheit« nennt. Da war 1991 von Leo Bogart in der Zeitschrift »Commentary« der Vorwurf formuliert worden, sie sei eine stillschweigende Komplizin des Holocaust gewesen. Letztes Jahr erschien in der angesehenen Zeitschrift »Journal of Communication«, für die sie selbst noch 1993 über ihre »Schweigespirale« geschrieben hatte, ein Beitrag von Professor Christopher Simpson, Titel: »Elisabeth Noelle-Neumann's >Spiral of Silency< and the Historical Context of Communication Theory«.

Die Grundelemente des Noelleschen Denkens definiert Simpson in seiner Untersuchung so: »ein durchgehendes Mißtrauen gegen rassische, ethnische und kulturelle Vielfalt«; »eine offensichtliche Verachtung vieler Erscheinungsformen der Demokratie, insbesondere der - wie sie es hinstellt - >geringeren Intelligenz der Öffentlichkeit< in politischen Angelegenheiten«; »eine Entschlossenheit, die liberalen Massenmedien zum Sündenbock für ein breites Spektrum gesellschaftlicher Mißstände zu machen«; »die Ausbeutung von Forschungsentwürfen nur zu dem Zweck, politisch nützliche Resultate zu erhalten«; »Präsentation persönlicher Vorurteile als wissenschaftliche Fakten«; »ein durchgehendes Engagement für die Interessen der Mächtigen gegen die Schwachen und Entmündigten«.

Gegen den Simpson-Aufsatz im »Journal of Communication« ist Noelle-Neumanns Schüler und Mainzer Nachfolger Hans Mathias Kepplinger aufgestanden und hat unter der modischen Überschrift »Political Correctness und wissenschaftliche Ethik« eine 34seitige Verteidigungsschrift für seine Lehrherrin verfaßt. Im ersten Anlauf sei dieser Text - so hört man aus Mainz - vom Herausgebergremium des »Journal of Communication« als unwissenschaftlich abgelehnt worden.

Kepplinger streitet alles ab, auch das, was Simpson durch Zitate penibel belegt. Der Verteidiger: »Die Behauptung des Verfassers, Noelle habe in ihrer Dissertation den Eindruck erweckt, >that a majority of Americans held positive attitudes toward Germany und Germans<, ist frei erfunden.« Der Simpson-Satz, das zitiert Kepplinger hier nicht, hat eine Fortsetzung: »... and hostile attitudes towards Jews, Italians and others«. Und Simpson verweist für den zitierten wie für den nichtzitierten Teil korrekt auf die Seiten 72/73 der Noelle-Dissertation. Aber ein Publizistikwissenschaftler aus dem Noelle-Stall muß nicht lesen können, wenn er nur die gesegnete Meinung hat.

Was Simpson Noelle im besonderen vorwirft - daß ihre »Schweigespirale« (aus Angst vor gesellschaftlicher Isolation sagen die Leute nicht ihre wahre Meinung) nicht erst 1980 entstand, sondern schon in ihrer Dissertation angelegt war und im Zusammenhang mit den »Meldungen« des Sicherheitsdienstes der SS (SD) stand - , bedarf einer gründlichen Analyse und eines umfangreichen Vergleichs ihrer Artikel in Goebbels' Zeitschrift »Das Reich« mit den »Meldungen aus dem Reich« des SD.

Simpson jedenfalls will bei Noelle eine ganze Reihe von Artikeln zur öffentlichen Meinung in Deutschland entdeckt haben, die enge Parallelen zu den höchst geheimen SD-Berichten zeigen. Er betont allerdings, daß es keine bekannte Verbindung zwischen Noelle und dem SD gebe. Kepplinger weist zurück: Simpson konstruiere »mit z.T. irreführenden Belegen eine Verschwörungstheorie, deren einziger Zweck darin besteht, -Noelle moralisch zu diskreditieren«.

Doch das hat sie längst selbst getan. Um einen »vollständigen Eindruck« von den »Einsatzmöglichkeiten« der Massenabfragungen des »öffentlichen Interesses« zu vermitteln, zitierte sie die »Resultate einiger privater Abstimmungen«. So sagten - und das stellte sie besonders heraus - bei einer Gallup-Umfrage vom Mai 1937 84 Prozent »Ja« zu der »Frage«: »Sind Sie für eine Sterilisation von Gewohnheitsverbrechern und unheilbar Geisteskranken?« An zweiter Stelle zitierte sie eine Umfrage, deren Einsatzmöglichkeit am deutschen Volkskörper die Nazis ebenfalls brennend interessieren mußte: »Würden Sie eine Legalisierung des Gnadentodes unter ärztlicher Fürsorge und staatlicher Beaufsichtigung für unrettbar Kranke befürworten?« Volle 53 Prozent der Ärzte hätten dazu - Gallup, Mai 1939 - »Ja« gesagt. Für Elisabeth Noelle war all dies eine große Freude: »Man kann wohl annehmen, daß die Resultate ein bisher in der Menschheitsgeschichte einzigartiges Dokument des Meinens, Wollens, Fühlens und Handelns einer millionenköpfigen Nation sind.«

Kepplinger, der diese Zitate nicht bestreiten kann, wirft Simpson sogar deshalb Fälschung vor, weil der Noelles Formulierung über »Einsatzmöglichkeiten« (der Massenbefragungen), die geradewegs dem »Wörterbuch des Unmenschen« entsprungen ist, eher zurückhaltend mit »special possibilities« übersetzte. Und so geht bei Kepplinger - warum auch nicht - alles durcheinander. Er beschuldigt Simpson, daß der »eine Beziehung Noelles zum Staatssicherheitsdienst« konstruiere. Die Stasi war für den Noelle-Schüler offensichtlich im NS-Staat schon so virulent, daß er Simpsons Wortlaut kurzerhand so korrigiert, wie er ihn gern lesen möchte. Simpson schreibt: »Noelles work for >Das Reich< included a series of articles concerning German public opinion that closely paralleled Ohlendorf's highly secret Sicherheitsdienst (SD) reports on the same subject.« Kepplinger zitiert diesen Satz freihändig, aber nicht ohne Überzeugung mit »highly secret Staatssicherheitsdienst (SD)«.

Judas - den Juden, der den Herrn verriet -, verachtet Elisabeth Noelle-Neumann nach Auskunft der »FAZ« noch heute am meisten. Noelles Lehrsatz vom Juden steht an der Spitze von Simpsons Beitrag für das »Journal of Communication«. Sie hatte am 8. Juni 1941 für »Das Reich« ins Dunkle gegriffen, um den Juden zu finden, der sich hinter der »Chicago Daily News« verstecke, und das sei gewesen, als ob sie in ein Wespennest fasse. Wenn man aber gleichzeitig vierzig Stiche bekomme, dann höre man auf, die einzelne Wespe zu beachten. Diese Erkenntnis verhalf ihr zu der Einsicht: »Juden schreiben in den Zeitungen, besitzen sie, haben die Anzeigenagenturen fast monopolisiert ... Sie kontrollieren die Filmindustrie, besitzen die größten Radiostationen und alle Theater.«

Die Wissenschaftlerin, die laut Selbstauskunft nie einen Satz schrieb, »den ich nicht auch gedacht habe«, hat sich von diesem und ähnlichen Artikeln, soweit bekannt, nie distanziert. Das überläßt sie ihrem Eleven. Professor Kepplinger: »Zwischen den Zitaten und uns liegt jedoch der Holocaust, bzw. die Kenntnis darüber. Kann man unsere Sichtweise auf die Zeit vorher übertragen?«

Noelle schrieb den zitierten Artikel nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938, nach den Ankündigungen Hitlers, daß der Krieg nur mit der Vernichtung des Judentums enden könne. Sie schrieb ihren zum Judenhaß animierenden Artikel drei Monate, nachdem ihr Kollege, Freund und späterer Ehemann Erich Peter Neumann ihr aus erster Kenntnis berichtet haben mußte, was mit der »abstoßenden Vielfalt aller jüdischen Typen des Ostens« geschah, dieser »Versammlung des Asozialen«, die er aus dem Warschauer Ghetto für die Leser des »Reichs« voller Haß beschrieb.

Doch Kepplinger nennt Simpsons Feststellung, Noelle sei »distinctly anti-semitic« gewesen, »historisch falsch und moralisch fragwürdig«. Denn Simpson urteile »aus der Perspektive des externen Beobachters«, der »den Fortgang der Geschichte schon kennt«. Er beurteile Noelle »so, als ob auch sie bereits alles gewußt hätte«. Wie viel mehr hätte sie denn noch wissen müssen, damit man ihren Antisemitismus endlich antisemitisch nennen darf? Zugleich bestätigt der Verteidiger aber auch wider Willen, daß Noelles Freund genau Bescheid wußte. Kepplinger: Hätte Kriegsberichterstatter Neumann vom Holocaust gewußt, dann hätte er »Einsichten in den Kriegsverlauf« gehabt, die, mutmaßt er mal so vor sich hin, »fast allen Generälen fehlten«.

Aber auch Elisabeth Noelle-Neumann selbst, die ihre Dissertation »mit Unterstützung des Propagandaministeriums« schrieb, wie sie am 30. April 1941 auf einem Briefbogen der Redaktion »Das Reich« an ihre Universität schrieb, ist inzwischen mit ihren Widerstandsleistungen gegen Goebbels durcheinander gekommen. 1992, in einer langen Erwiderung an die US-Zeitschrift »Commentary«, schreibt sie, daß sie »began to be persecuted« von den Goebbels-Leuten schon im Frühjahr 1941, »because of an article I had written describing the miserable fate of female wartime factory workers«. Sie schwört, daß »the threat of being put in concentration camp always hanging over my head«.

Doch ein Jahr nach dem Beginn dieser Verfolgung durch die Goebbels-Schergen hing etwas ganz anderes über dem Haupt der jungen Journalistin. Im Mai 1981 erzählte sie stolz im NDR-Fernsehen, wie sie im Frühjahr 1942 ins Propagandaministerium bestellt worden war. Dort wurde ihr eröffnet, der Minister wolle einen seiner drei Adjutanten an die Front schicken, er lasse fragen, ob sie die Nachfolgerin werden wolle. »Nein« sagte sie nicht, doch eine Krankheit streckte sie nieder, so daß sie an einer Fortsetzung ihrer Widerstandskarrierre unter direkter Anleitung des Dr. Joseph Goebbels verhindert blieb. Dessen rein professionelle Liebe zu Noelle war wohl spätestens durch ihren bereits zitierten antisemitischen »Reich«-Artikel vom 8. Juni 1941 über die totale Beherrschung der US-Medien durch die Juden voll entflammt.

45 Jahre später ging sie der Frage nach dem »Einfluß« der Juden wieder nach, mit Suggestivfragen wie: »Finden Sie den jüdischen Einfluß hier im Land zu groß, zu gering oder gerade richtig?«

Heute behauptet sie womöglich zutreffend in einem noch unveröffentlichten Artikel für den Publizistik-Sonderband »Kommunikationswissenschaft«, von ihrer Dissertation seien innerhalb von drei Monaten 2.000 Exemplare verkauft worden. Sie fährt fort: »Im Spätsommer rief mich der Verlag an, sie wollten eine neue Auflage drucken, aber vorher müßte ich auf Forderung des Propagandaministeriums einiges ändern. Ich sagte, ich wollte nichts ändern, und es gab keine zweite Auflage.«

Das wiederholte sich. Vor zehn Jahren - 1987 in Wewelsfleth vor großen Publikum - versprach sie, sie wolle ihre Dissertation unverändert nachdrucken lassen. Kein Goebbels hat sie daran gehindert. Aber scheinbar hat sie doch noch mal hineingesehen. Sie ließ es dann lieber und erhielt sich so die Verfügungsgewalt, über ihre Dissertation zu behaupten, was deren Nichtleser nicht wissen können.

Konkret 06/97, S. 38

Irmgard Möller, Oliver Tolmein

»Sie sehen uns lieber tot als lebendig«

Was geschah in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim? Teil 2 einer KONKRET-Serie mit Auszügen aus einem Gespräch, das Oliver Tolmein mit dem ehemaligen RAF-Mitglied Irmgard Möller geführt hat und das gerade im Konkret Literatur Verlag erschienen ist (»RAF - das war für uns Befreiung«, 272 Seiten, 32 Mark)

Es hat verschiedene Versuche gegeben, die Umstände der Stammheimer Todesnacht aufzuklären. Bekanntgeworden sind vor allem Recherchen aus dem linken Spektrum, die von einer Gruppe um Gudrun Ensslins Schwester Christiane unternommen worden sind. In dieser Gruppe war unter anderem auch Karl Heinz Roth[1] aktiv. Was hast du von dieser Recherche wahrgenommen?

In der Gruppe waren noch Leute aus dem Ruhrgebiet aktiv, mit denen ich vor allem, allerdings nur indirekt, Kontakt hatte. Sie haben mir über die Anwälte alle paar Monate Fragen gestellt, die ich, so gut ich konnte, beantwortet habe. Ich war sehr froh, daß diese Gruppe recherchierte, weil meine Möglichkeiten, aufzuklären, was tatsächlich in dieser Nacht passiert war, ja sehr beschränkt waren. Die Leute aus dieser Initiative hatten auch Kontakt zu den Eltern von Gudrun. Außerdem hatten die Mutter von Andreas [Baader] und die Verwandten von Jan [Carl Raspe], die in der DDR lebten, noch jemanden mit der Ermittlung der Todesumstände hier beauftragt. Ich selber hatte auch einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt, der aber nach wenigen Monaten abgewiesen worden ist. Ich habe bis heute keine Akteneinsicht bekommen.

Der Bruch mit der linken Ermittlungsgruppe, der nach langer Zusammenarbeit erfolgte, war eigentlich ein Bruch mit Christiane Ensslin. Der Grund war ihre Mitarbeit an dem Film »Die bleierne Zeit«.[2] Den Film konnte ich im Knast zwar nur in Ausschnitten sehen, aber ich habe das Drehbuch gelesen und die Kritiken. Für mich war das eine Selbstdarstellungsorgie von Christiane Ensslin, der es nur darauf ankam, sich selbst als Opfer von Gudrun und uns, also der RAF, zu inszenieren. Diese Kritik gab es nicht nur von mir, sondern auch von Leuten aus der Recherchegruppe, und damit gab es auch keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit. Ich mußte ja befürchten, daß Christiane Ensslin die Ergebnisse dieser Untersuchungen über den Tod von Gudrun, Jan und Andreas nur zur Selbstdarstellung nutzen würde.

Nun waren in der Recherchegruppe doch noch andere Leute. Warum hast du nicht mit denen weitergemacht?

Es hat auch in der Recherchegruppe eine Auseinandersetzung gegeben, und du weißt ja, wie das in linken Zusammenhängen dann oft läuft: Schließlich ist alles auseinandergeflogen.

Einer, der damals dabei war, Karl Heinz Roth, hat 1989 in einem Interview mit KONKRET gesagt, daß die Recherche auch von Sympathisanten von euch behindert worden wäre...

Darüber weiß ich nichts, und das kann ich mir nur schwer vorstellen, denn die Arbeit lief ja ganz wesentlich auch über mich. Ich war ja in Stammheim gewesen und konnte über die meisten Entwicklungen und Einzelheiten dort Auskunft geben - und ich habe bis zu der Auseinandersetzung um die »Bleiene Zeit« geholfen. Ich weiß nicht, was da andere draußen hätten blockieren können.

Eine der wichtigen Fragen, um die es bei den Auseinandersetzungen um die Todesursachen immer wieder ging, war die nach der Kommunikation zwischen euch. Die Überlegung war, daß ihr, wenn es einen kollektiven Selbstmord gegeben hätte, unter den Bedingungen der Kontaktsperre eine Möglichkeit gehabt haben mußtet, euch darüber zu verständigen. Außerdem mußtet ihr eine Möglichkeit gehabt haben, zu erfahren, daß die »Landshut« von der GSG 9 erstürmt wurde, die Befreiungsaktion also endgültig gescheitert war. Karl-Heinz Roth hat in dem erwähnten Interview gesagt, sie hätten bei ihren Recherchen herausgefunden, daß der BND das Kommunikationssystem, das zwischen den Zellen existierte, abgehört hat. Das würde bedeuten: Es hat ein Kommunikationssystem gegeben, über das ihr einen Selbstmord hättet verabreden können, der BND hätte diese Selbstmordverabredung aber auch auf jeden Fall mitgehört.

So stimmt das nicht. Daß wir zeitweilig ein Kommunikationssystem über die Leitungen des Anstaltsrundfunks hatten, habe ich ja schon erzählt. Es ist auch richtig, daß der BND uns darüber abgehört hat. Das ist in den letzten Tagen des Stammheimer Prozesses öffentlich thematisiert worden. In der Zeit der Kontaktsperre gab es dieses System aber viele Monate schon nicht mehr. Wir hatten uns gedacht: Was soll so eine aufwendige Geschichte, wenn wir eh abgehört werden?

Für euch machte die Kommunikation also nur Sinn, wenn sie abhörsicher war? Man könnte ja sagen, in so einer Zeit, wo es so schwierig ist, zu kommunizieren, wo einem dann nur noch bleibt, über den Flur zu rufen, der ja auch abgehört wird, da ist so ein System doch besser als nichts...

Später habe ich das auch so gesehen. Aber da hatten wir keine Möglichkeit mehr, irgendwas zu installieren. Und als wir es gekonnt hätten, da war uns nicht klar, wofür es möglicherweise noch mal gut sein könnte. Wobei man auch sehen muß: Da

wir auf jeden Fall abgehört worden wären, hätte das System, wenn es denn irgendwelche Staatspläne gestört hätte, garantiert nicht lange funktioniert. Es hätte auf jeden Fall Möglichkeiten gegeben, es zu unterbrechen. Uns hätte also nur ein wirklich geheimes Medium genützt, auf das sie keinen Zugriff haben - und das hatten wir eben nicht.

Der Untersuchungsausschuß hat später in seinem Bericht festgestellt, daß eure Geräte manipuliert waren. Und Stefan Aust schreibt in seinem Buch Der Baader-Meinhof-Komplex: »Es *waren mehr oder weniger primitive Lötstellen in den Geräten, aus denen klar ersichtlich war, daß die Anlagen nicht nur zum Musikempfang benutzt wurden, sondern auch für die Kommunikation der Gefangenen untereinander.« Und zwar soll Andreas Baader dafür an seiner Stelle die Rundfunkdrähte mit den Rasierstromleitungen verbunden haben. An dieses Netz sollt ihr dann die Verstärker und Lautsprecher als Mikrophon und Empfänger angeschlossen haben. In deiner Zelle wurden nach der Todesnacht auch 5,5 Meter Diodenkabel gefunden, bei Andreas wurden mehrere Meter und bei Gudrun Ensslin drei Meter Kabel gefunden.*

Das ist alles sehr phantasievoll, macht aber keinen Sinn. Ich zum Beispiel hatte auf meiner Zelle gar keinen Verstärker. Außerdem: Wie hätten wir in Zellen mit Betonfußboden Kabel verlegen sollen? Und wohin? Und vor allem wofür? Wie unsinnig diese Szenarien sind, läßt sich an einem Beispiel ganz gut deutlich machen. Aust behauptet, wir hätten uns während der Kontaktsperre nur deswegen über Zurufe verständigt, damit die Zellentüren mit den »Kontaktsperrepolstern« schallisoliert werden und wir so die Möglichkeit einer geheimen Verständigung über unser angebliches Zellenrundfunksystem haben. Nur wußten wir zu diesem Zeitpunkt schon längst, daß wir über so ein Kommunikationssystem abgehört worden sind und abgehört werden konnten. Deswegen haben wir uns diese Mühe erspart.

An anderer Stelle schränkt Aust dann auch wieder ein. Er meint, daß wir doch nicht so ungeheuer raffiniert waren, sondern daß unsere Manipulationen so primitiv und offensichtlich waren, daß sie bei der Durchsuchung aufgefallen sein müssen und wir deswegen alles nur zurückbekommen hätten, damit wir abgehört werden können. So viel also zum »Kommunikationssystem«.[3]

Nachdem wir mitbekommen hatten, daß wir abgehört wurden, also noch vor der Kontaktsperre, haben wir unsere Kommunikation untereinander auch verändert. Wir haben wichtige Sachen auf Zettel geschrieben und dann vernichtet. Uns war es sehr wichtig, auch untereinander und nur untereinander was austauschen zu können. Das war ja auch mit das Schlimmste an dieser Kontaktsperre, gegen das wir uns am meisten gewehrt haben, daß neben der Kommunikation mit außen auch die untereinander unterbunden wurde - bis auf diese paar Fetzen, die wir uns zurufen konnten und die jeder gehört hat.

Ein weiteres Indiz, das gelegentlich erwähnt wird, um zu beweisen, daß ihr nicht nur untereinander Kontakt hattet, sondern sogar, vielleicht auch nur in der Vorbereitungsphase, mit dem Kommando kommunizieren konntet, war, daß es ein Code-Wort gegeben haben soll. Ihr solltet es nach eurer Befreiung sagen, damit das Kommando weiß, daß ihr in Sicherheit seid, und Schleyer freiläßt.

Es hat überhaupt kein Code-Wort gegeben, deswegen brauchten wir uns auch nicht darüber zu verständigen. Das hätte ja nur Sinn gemacht, wenn wir hätten sicher sein können, daß es niemand mitbekommt; und das konnten wir in Stammheim nun wirklich nicht. Das Kommando hat gesagt, daß wir Gefangenen, nachdem wir freigelassen worden sind, etwas sagen sollen, aus dem hervorgeht, daß wir wirklich in Sicherheit sind. Dabei gingen sie davon aus, daß wir welche vom Kommando so gut kennen, daß uns etwas einfällt, was wirklich außer uns nur die Leute vom Kommando selber kennen können. So was braucht man nicht vorher zu besprechen, das fällt einem in dem Moment ein, in dem es gebraucht wird. Deswegen ist Code-Wort ein ganz falscher Begriff dafür. Wenn du zusammen gekämpft hast, dann gibt es so viele Situationen, die nur du und noch jemand oder vielleicht gerade noch die Gruppe kennt... Das sicherste Versteck, das niemand öffnen und wo niemand abhören kann, ist dein eigener Kopf.

Ein weiterer wichtiger Punkt war damals (und ist heute) die Frage, wie ihr euch im Trakt Waffen beschaffen konntet. Karl Heinz Roth sagt in dem Interview mit KONKRET, daß sich im Verlauf der Recherche herausgestellt habe, daß Waffen in den Zellen waren, die aber mit dem Wissen staatlicher Einrichtungen, ohne daß genau bekanntgeworden sei, weiche das waren, dort hineingekommen waren.

Wir hatten keine Waffen. Die Vorstellung, daß wir Waffen in den Zellen versteckt hätten, ist auch deswegen kurzsichtig, weil wir im Verlauf der Kontaktsperre mehrfach umziehen mußten - und vorher nicht wußten, wann und wohin. Wenn wir Waffen gehabt hätten, wären wir bestimmt anders damit umgegangen, als sie gegen uns selber zu richten. Wir hätten uns geschützt oder auch versucht rauszukommen, aber uns bestimmt nicht jeder für sich umgebracht.

So gesehen würde ja das Szenario, das Bundeskanzler Helmut Schmidt nach dem Deutschen Herbst auf einer Veranstaltung entwickelt hat, Sinn haben: Andreas hat versucht, jemanden vom Kanzleramt zu euch in den Knast zu holen, er hatte eine Waffe und hätte versuchen können, den als Geisel zu nehmen?

Hat er aber nicht! Wenn wir eine Selbstbefreiungsaktion aus dem Knast gemacht hätten, hätten wir das sicher anders eingefädelt. Solche Szenarien sind angesichts der realen Verhältnisse, die wir dort erlebt haben, völlig unrealistisch. Wir

sind ständig durchsucht worden, alles wurde überwacht. Und: Wir hatten eben keine Waffen. Wie auch? Außerdem hatte Andreas, wie sogar aus dem Protokoll, das in der Dokumentation der Bundesregierung abgedruckt ist, noch erkennbar ist, ein politisches Ziel, als er mit dem Kanzleramt reden wollte. Das war keine verkappte Aktion. Es ist zwar allgemein sehr beliebt, fahrt aber wenig weiter, immer um drei Ecken zu denken: Was könnten wir womit vielleicht auch noch beabsichtigt haben? Die Wirklichkeit, mit der wir 1977 konfrontiert waren, hat uns für solche Gedankenartistik wenig Gelegenheit gegeben. Wir lebten in einem Extremzustand, unter der totalen Kontaktsperre eben.

Daß ihr Waffen in Stammheim hattet, behauptet aber nicht nur der Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags, es gibt sogar einen Zeugen, der sagt, er selber habe geholfen, die Pistolen zu euch reinzuschmuggeln. Und zu dieser Geschichte von Volker Speitel hat es später noch eine Variante von Peter Jürgen Boock gegeben, der behauptet hat, mehrere Waffen präpariert zu haben.

Es ist ja immer schwer zu beweisen, daß etwas nicht stattgefunden hat. Zu Volker Speitel kann ich auch nicht viel sagen, weil ich selber mit ihm gar nichts zu tun hatte. Aber Hanna [4] kannte ihn, weil er ursprünglich bei der Stockholm-Aktion mitmachen wollte. Er hat sich aber ein paar Wochen davor abgesetzt und ist erst später wieder im Büro von Rechtsanwalt Klaus Croissant aufgetaucht. Die Waffen, also drei Pistolen und Sprengstoff, will er im Frühjahr 1977 präpariert haben. Angeblich soll Rechtsanwalt Arndt Müller die in einem Aktendeckel versteckt und dann während der Verhandlungen an Jan, Andreas und Gudrun weitergegeben haben, die sie dann aus dem Gerichtssaal in die Zellen schafften.

Wer weiß, wie unsere Anwälte kontrolliert wurden, kann diese Version nicht glauben. Es gab schon von Anfang an die Propaganda, die Anwälte wären Kuriere, Boten und unsere Handlanger - deswegen wurden sie gründlich und penibel untersucht. Jedes Blatt wurde von den Beamten angeschaut. Schon der Versuch, auf diesem Weg Waffen reinzuschmuggeln, wäre der helle Wahnsinn gewesen. Ein ganz überflüssiger zudem, denn aus Stammheim rauszukommen, wäre angesichts des Festungscharakters dort auch mit drei Pistolen und etwas Sprengstoff kaum möglich gewesen, und wir setzten ja darauf, daß wir von der RAF von draußen befreit werden.

Die Geschichten von Speitel sind aber auch im Detail kein bißchen glaubwürdig. Zum Beispiel hat er erst ausgesagt, er habe die Waffen im März 1977 von Illegalen über einen Kurier bekommen. Später hat er behauptet, die Illegalen hätten ihm die Sachen selbst gegeben, auf jeden Fall könne er sich aber gar nicht mehr erinnern, wer denn der Kurier beziehungsweise wer denn die Illegalen gewesen seien. Als nächstes hat er dann behauptet, Sieglinde Hofmann hätte ihm eine Pistole gegeben, und ein halbes Jahr später erinnerte er sich ganz genau daran, daß sie ihm zwei Pistolen gegeben hätte. Da meinte er dann auch, das könnte eventuell auch Juni 1977 gewesen sein - dabei war Juni 1977 der Stammheimer Prozeß zu Ende, die Anwälte konnten die Waffen also, selbst wenn sie es gewollt hätten, zu dem Zeitpunkt gar nicht mehr auf diesem Weg reinbringen.

Und die Lügenmärchen von Boock sind auch nicht besser. Mal abgesehen davon, daß bei Speitel Boock, der behauptet, die Waffen präpariert zu haben, nicht vorkommt, und bei Boock Speitel nicht, der auch angibt, die Waffen für den Transport fertiggemacht zu haben.

Es hat dann noch zwei »Insiderinnen« gegeben, die behauptet haben, in Stammheim hättet ihr tatsächlich Selbstmord begangen beziehungsweise versucht. Susanne Albrecht und Monika Helbing, die beide 1977 in der RAF aktiv waren und später zu den DDR-Aussteigern gehörten, haben nach ihrer Verhaftung ausgesagt, es habe damals unter den RAF-Kadern einen Plan gegeben, »Suicide Action«, der beinhaltete, daß man sich in einer Situation, in der es gar keine andere Chance mehr gebe, umbringt. Beide berufen sich dabei auf Brigitte Mohnhaupt, die im Frühjahr 1977 entlassen worden war und dann wieder zu den »Illegalen« gegangen ist.

Die beiden haben das zu einem Zeitpunkt erfunden, als sie sich entschieden hatten, als Kronzeuginnen für die Bundesanwaltschaft aufzutreten, um Strafmilderung zu bekommen. Das sagt schon mal was über die Motive. Ansonsten kann ich nur sagen, daß für uns Selbstmord nicht in Frage kam. Es gab bei uns auch keine Diskussionen darüber und schon lange keinen Plan.

Du hast ja vorhin erzählt, daß die Situation 1977 bei euch so war, daß ihr euch eigentlich nicht mehr vorstellen konntet, noch lange Jahre im Knast zuzubringen. Das spricht für eine gewisse Verzweiflung an den Verhältnissen. Eine Zermürbung. Da kann ich mir vorstellen, daß jemand sagt: Lieber tot sein als noch zehn Jahre hier drin. Karl Heinz-Roth hat in dem KONKRET-Interview zum Beispiel gesagt, daß es in einer völlig aussichtslosen Situation auch eine revolutionäre Tat sein kann, sich umzubringen...

Karl Heinz Roth hat andere Erfahrungen mit Isolationshaft, als wir sie hatten. Ich erinnere mich an einen Text von ihm, den er nach seiner Entlassung geschrieben hat, da beschreibt er die Haftsituation als völlig erdrückend und überwältigend. Das ist sie zwar auch, aber für uns gab es immer noch ein Widerstandspotential dagegen. Anders als er waren wir auch nicht allein im Knast, sondern als Gruppe und haben uns auch als Gruppe dagegen gewehrt. Das ist ein wichtiger Unterschied.

Dazu kommt noch etwas anderes. Wir haben in dieser Zeit in jeder Faser gespürt, daß sie uns vernichten wollen. Das war schon in den Wochen und Monaten vor der Schleyer-Entführung immer wieder Thema gewesen: »Todesstrafe für

Terroristen«. Die Jahre der Isolation, die Behandlung, die wir in den Hungerstreiks erlebt haben, und zuletzt auch die Kontaktsperre haben gezeigt: Sie wollen uns tot. Wenn du das merkst, dann wächst in dir ein ungeheurer Wille, ihnen gerade diesen Gefallen nicht zu tun, weiterzuleben, dich nicht vernichten zu lassen. Das war für uns ein ganz wichtiges Moment. Wir wußten, daß wir auch als Gefangene ein politischer Faktor sind. Unser Leiden, die Qualen, denen sie uns ausgesetzt haben, haben auch unseren Willen gestärkt, weiterzumachen und eben nicht aufzugeben.

Deswegen, sagt die Bundesregierung, habt ihr das so perfide gemacht, daß der Selbstmord aussah wie ein Mord und damit noch ein letztes agitatives Moment enthielt.[5]

Das hätte unserer Moral widersprochen. Das ist wirklich eine wahnwitzige Theorie. Außerdem ist da noch die Frage des Motivs. Wir wollten nicht sterben, wir wollten dasein. Und wir wußten andererseits, daß der Apparat die Vorstellung hatte, mit uns, vor allem mit Andreas und Gudrun, die ganze RAF auslöschen zu können, sich die ganze Guerilla mit einem Schlag vom Hals zu schaffen.

Für euch war also schon das schiere Überleben ein kleiner Sieg?

Ja, sicher. In dem Moment, wo du ausgerottet werden sollst, du aber weiterlebst, hast du was erreicht und hältst auch daran fest. Was wir tatsächlich vorhatten, war, noch mal einen Hungerstreik zu machen, um die Entscheidung in diesen Wochen zu beschleunigen. Darum ging es auch, als wir in diesen Tagen darüber redeten, der Regierung »die Entscheidung über uns« aus der Hand zu nehmen - das hieß keineswegs, wie das BKA und der Krisenstab später begierig interpretiert haben, daß wir damit einen Selbstmord ankündigen wollten. Warum hätten wir den auch ankündigen sollen? Um ihnen eine Vorfreude zu machen? Wir wußten ja, daß sie uns lieber tot als lebendig sehen. Für uns war dagegen klar, daß, solange wir drin sind und leben, draußen auch welche sind, die uns befreien wollen.

Nun könnte man sagen, daß euch klar war, daß das Scheitern der Schleyer-Entführung auch hieß, daß es keine anderen Befreiungsversuche mehr geben kann, daß das also eine letzte Chance war, rauszukommen.

So haben wir das aber nicht gesehen. Wir dachten: Wenn das nicht gelingt, wird es einen neuen Anlauf geben. Wir hatten schon einen Atem, der weiter reichte als bis übermorgen. Wir hatten doch auch ein politisches Ziel, sonst hätten wir die Jahre unter diesen Bedingungen im Knast nicht ausgehalten. Und dieses Ziel, das war nicht plötzlich mit dem Scheitern einer Befreiungsaktion verschwunden. Wir hatten also auch eine Verantwortung - und wir wollten als Gruppe zusammensein. Schon deswegen war es unvorstellbar, daß sich drei oder vier umbringen.

Andreas hatte mit dem Kanzleramt reden wollen, um sicher zu sein, daß die sich über die Folgen einer Eskalation auch für sie selbst im klaren waren. Eine Brutalisierung der Auseinandersetzung war für beide Seiten gefährlich: für uns, weil sie die Spur unserer Politik ins Unkenntliche verzerrt hätte, und für sie, weil sie als Regierungspartei früher oder später weggefegt werden würden. Andreas sprach über eine mögliche Gefahr - wie es dargestellt ist, soll es Andreas auch noch denunzieren.

Hast du dir in den Jahren danach ein Szenario überlegt, was in dieser Nacht tatsächlich passiert sein konnte?

Ich war und bin überzeugt davon, daß es eine Geheimdienstaktion war. Der BND konnte in Stammheim ein- und ausgehen und hatte nachweislich auch Abhöreinrichtungen bei uns installiert. Und es war bekannt, daß das Knastpersonal selbst für so was nicht vertrauenswürdig genug erschien. Da hat immer mal einer geplaudert und der »Bunten«, »Quick« oder dem »Stern« irgendwelche läppischen Geschichten über uns erzählt. Also wenn was gemacht werden sollte, mußte das an denen vorbeigehen. In dem Zusammenhang ist vielleicht auch noch wichtig, daß das Bewachungspersonal während der Kontaktsperre ausgetauscht wurde - allerdings nicht alle. Die Überwachungskameras im Flur funktionierten auch nicht in dieser Nacht.

Gehst du davon aus, daß die Bundesregierung in so eine Mordaktion involviert war, oder könnte das auch eine selbständig durchgeführte Geheimdienstoperation gewesen sein?

Ich denke, die Bundesregierung war involviert. Und ich gehe davon aus, daß das auch innerhalb der Nato irgendwie abgesprochen war. Es gab damals auch einen Krisenstab in den USA, der ständig Verbindung mit Bonn hielt. Und die USA hatten ein massives Interesse daran, daß es uns nicht mehr gibt. Gerade von der CIA ist die Methode bekannt, Morde als Selbstmorde darzustellen.

In der Diskussion über Stammheim gibt es ja, zumindest in der Linken, die Tendenz, die Antwort auf die Frage »Mord oder Selbstmord?« nicht mehr für so wichtig zu halten. Auf jeden Fall sei der Tod von Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin oder Andreas Baader vom Staat zu verantworten. Entweder hat er die Gefangenen durch die Haftbedingungen in den Tod getrieben oder direkt umgebracht.

Die Haftbedingungen waren furchtbar, und in den Hungerstreiks sind Gefangene durch gezielte Unterernährung umgebracht worden: Holger Meins zum Beispiel. Aber es ist trotzdem ein Unterschied, ob sich jemand selbst erschießt

oder erhängt oder mit dem Messer in die Brust sticht, oder ob das andere machen. Hier geht es um die Fakten. Wir wollten uns nicht umbringen, wir wollten leben.

War für dich die Situation nach der Todesnacht, durch den Tod von Raspe, Ensslin und Baader, eine andere als vorher?

Ja, auf jeden Fall. Ich war plötzlich alleine - und ich war schwer verletzt worden und hatte nur knapp überlebt. Das waren grundsätzlich andere Verhältnisse als vorher. Auf der anderen Seite waren Holger und Ulrike schon vorher im Knast gestorben - und wir wußten seit langem, daß der Apparat uns lieber tot als lebendig sehen wollte. Die Haftbedingungen waren darauf ausgerichtet, daß wir entweder gebrochen werden, nicht mehr das denken, was wir denken wollen, daß wir unsere Identität verlieren oder eben sterben.

Für dich war die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977 also schon ein Einschnitt, hat aber keine grundsätzliche Veränderung mit sich gebracht?

Die Verhältnisse, wie sie waren, wurden in dieser Nacht auf den Punkt gebracht.

Hast du damit gerechnet, daß es irgendwie weitergeht? Oder daß sie noch mal versuchen würden, dich zu töten?

Ich konnte das jedenfalls nicht ausschließen. Die Art, wie ich behandelt wurde, zielte darauf, mich fertigzumachen, daß ich meinen Verstand verliere. Diese dauernde Überwachung, die totale Kontrolle. Es wäre ihnen sicher am liebsten gewesen, irgendwann eine Verrückte vorführen zu können. Denn das sollte ja bewiesen werden: Nur Irre gehen in die RAF und nehmen den bewaffneten Kampf gegen das System auf. Oder ich sollte dazu gebracht werden zu behaupten, es sei Selbstmord gewesen. Das war dann vielleicht auch wichtiger, als daß ich tatsächlich irgendwo als Leiche liege. Das habe ich mir damals zumindest gedacht. Deswegen bin ich auch nicht jedesmal zusammengezuckt, wenn eine Tür geöffnet wurde oder wenn ich Geräusche auf dem Gang gehört habe. Aber daß man mich nicht leben lassen will, das war mir schon bewußt. Diese angebliche Gefahr, daß ich Selbstmord begehen könnte, hat die Justiz auch als Generalvollmacht benutzt, mir alles zu verbieten. Ich durfte nichts auf der Zelle haben, keine anderen Gefangenen treffen, das Licht nicht ausmachen - weil das alles die Gefahr erhöhen würde, daß ich mich töte. Das war unvorstellbar - und das ging über Jahre, bis ich dann 1980 nach Lübeck gekommen bin.

Hast du dich da nicht ziemlich hilflos gefühlt?

Einerseits ja. Andererseits entwickelst du auch eine unheimliche Zähigkeit. Ich habe gedacht, ich will mich auf keinen Fall unterwerfen. So kriegt ihr mich nicht.

Wie ist es für dich heute, wenn du über Stammheim redest? Ist das ein Stück Geschichte oder etwas, was noch gegenwärtig ist?

Es ist beides. Viele Details sind mir nicht mehr ganz so präsent wie in den Jahren der Gefangenschaft. Ich denke nicht unentwegt daran. Aber es ist doch die einschneidendste Erfahrung, die ich in meinem ganzen Leben gemacht habe. Und je mehr ich mich jetzt wieder damit beschäftige, desto mehr Details fallen mir wieder ein.

Hat dich das verändert?

Das denke ich sicher. Vor allem hat mich verändert, daß ich nicht trauern konnte. Deswegen habe ich auch das Gefühl, daß ich mit diesem Komplex noch nicht richtig abgeschlossen habe. Ich kann zum Beispiel Bilder von denen, die tot sind, nicht einfach in Ruhe anschauen und mich an etwas Gemeinsames erinnern. Ähnlich geht es mir mit Sachen, die ihnen gehört haben. Wenn jemand draußen miterlebt, daß ein Freund oder eine Freundin stirbt, ein Mensch, der ihnen ungeheuer viel bedeutet, dann können sie in den letzten Stunden bei ihm sein oder bei ihr. Sie können sich den Leichnam anschauen, sie bereiten die Beerdigung vor, stehen am Sarg - oder sie machen es auch nicht, weil sie sich dagegen entscheiden. Aber sie können sich verhalten, sich etwas überlegen. Diese Gelegenheit hatte ich nicht.

Hast du sie noch mal tot gesehen?

Nein. Nur auf den Fotos im »Stern«, das war furchtbar, weil sie damit vorgeführt wurden.

Und jetzt, seitdem du draußen bist - warst du da mal am Grab?

Nein.

Anmerkungen:

1 Der Hamburger Arzt und Historiker Karl Heinz Roth hatte selbst in Untersuchungshaft gesessen. Er war zusammen mit Roland Otto *1975* bei einer Verkehrskontrolle, in deren Folge sich eine Schießerei mit der Kölner Polizei entwickelte, schwer verletzt worden. Geschossen hatte der mit Roth und Otto im Wagen sitzende Werner Sauber, der Mitglied der Bewegung 2. Juni gewesen sein soll und bei dem Schußwechsel getötet wurde. Roth überlebte nur, weil er sich im Gefängnis selbst medizinisch versorgen konnte. In einem aufsehenerregenden Prozeß, dokumentiert in *Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß* (Berlin *1978),* wurden er und Otto *1977* vom Mordvorwurf freigesprochen.

2 »Die bleierne Zeit« von Margarethe v. Trotta erzählt angeblich die Geschichte der Schwestern Ensslin.

3 In Karl-Heinz Weidenhammers Buch *Selbstmord oder Mord?,* in dem der Rechtsanwalt das Todesermittlungsverfahren dokumentiert, zitiert er überdies aus den Akten des Verfahrens, daß nach Sachverständigenauffassung mit dem Kommunikationssystem, selbst wenn es in dieser Anordnung betrieben worden wäre, eine Verständigung nur durch Klopfen oder Kratzen an der Hörmuschel hätte stattfinden können.

4 Hanna Krabbe, früher im Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK), *1975* an der Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm beteiligt und zu lebenslanger Haft verurteilt, war mehrere Jahre mit Irmgard Möller in Lübeck gefangen. Sie wurde 1996 als letzte der kleinen Gruppe entlassen.

5 Andreas Baader hatte am 7. Oktober 1977 einen kurzen Brief an das OLG Stuttgart verfaßt: »Aus dem Zusammenhang aller Maßnahmen seit sechs Wochen und ein paar Bemerkungen der Beamten läßt sich der Schluß ziehen, daß die Administration oder der Staatsschutz, der - wie ein Beamter sagt - jetzt permanent im siebten Stock ist, die Hoffnung haben, hier einen oder mehrere Selbstmorde zu provozieren, sie jedenfalls plausibel erscheinen zu lassen. Ich stelle dazu fest: Keiner von uns - das war in den paar Worten, die wir vor zwei Wochen an der Tür wechseln konnten, und der Diskussion seit Jahren klar - hat die Absicht, sich umzubringen. Sollten wir - wieder ein Beamter - hier >tot aufgefunden werden<, sind wir in der guten Tradition justizieller und politischer Maßnahmen dieses Verfahrens getötet worden.« Auch dieser Brief wird von offizieller Seite bemerkenswerterweise als Teil der Selbstmordvorbereitungen bewertet.

Im nächsten Heft: Die deutsche Linke nach Stammheim

Konkret 06/97, S. 42

Oliver Tolmein

Freiheit? Gleichheit?

Neue gesetzliche Regelungen und Gerichtsurteile in den USA und Australien haben die Kontroverse um die »Sterbehilfe« neu entfacht

Fast alle Zeitungen des US-Bundesstaats Oregon veröffentlichten im 3 April eine ganzseitige Anzeige: Vier Porträtfotos von Abgeordneten, überschrieben mit der Schlagzeile: »Diese vier Politiker stimmten gegen Penny Schlüter (und außerdem gegen mehr als 600.000 Wähler in Oregon).« Penny Schlüter, informiert das Kleingedruckte, ist eine krebskranke Frau, die all ihre Hoffnungen auf »Maßnahme Nr. I(x< gesetzt hat, das 1994 in einer Volksabstimmung mit knapper Mehrheit verabschiedete Sterbehilfe-Gesetz (siehe KONKRET 7/95). »Dieses Gesetz«, wird die Frau zitiert, »gab mir die Kraft, weiterzuleben, ohne Angst vor einem qualvollen Sterben haben zu müssen.«

Das auch »Death with Dignity-Act« genannte Gesetz erlaubt Medizinern, unter bestimmten Bedingungen bei einwilligungsfähigen Patienten ein tödlich wirkendes Mittel zu verschreiben. Vielen »Euthanasie«-Befürwortern geht das noch nicht weit genug: Das Oregoner Gesetz wird von ihnen als »Stillhalte«-Gesetz für die »Right to Die«-Bewegung kritisiert. Sie fordern, daß der Arzt selber eine tödliche Spritze setzen darf - und das möglichst auch bei Patienten, die nicht mehr einwilligen können, aber eine Vorabverfügung für kritische Situationen getroffen haben. Andere Sterbehilfe-Befürworter begrüßen das Oregoner Gesetz jedoch, weil sie es als Türöffner in der äußerst engagiert geführten »Euthanasie«-Diskussion in den USA verstehen.

Gegenwärtig sind allerdings die beiden »Pro Euthanasie«-Linien in die Defensive geraten: Das Gesetz wurde zwar per Volksabstimmung beschlossen, es ist aber bis heute nicht in Kraft getreten, weil ein Bundesrichter es als Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz der US-amerikanischen Verfassung bewertet hat. Mit »Maßnahme 16« würde, so die Argumentation des Richters Michael Hogan, der für alle Menschen verfassungsrechtlich garantierte Lebensschutz für eine bestimmte Gruppe von Menschen aufgehoben - für die nämlich, die an einer zum Tode führenden Krankheit litten. Das sei aus zwei Gründen problematisch: Zum einen bestehe die Gefahr, daß Menschen in den Tod gedrängt würden, weil sie - nur unzureichend krankenversichert - ihren Familien nicht zur Last fallen wollen; zum anderen werde der Lebensschutz damit auch für andere Gruppen aufgehoben werden müssen, denn es gebe keinen Grund, nur einer bestimmten Gruppe von Menschen ein »Recht auf Getötetwerden« einzuräumen.

Während die Auffassung des Bundesrichters von einem Appellationsgericht kritisiert, aber nicht rechtskräftig aufgehoben wurde, besteht jetzt die Möglichkeit, daß das »Sterbehilfe«-Gesetz insgesamt für ungültig erklärt und erneut zur Abstimmung gestellt wird: Am 2. Mai hat der Rechtsausschuß der Gesetzgebenden Versammlung von Oregon einen entsprechenden Antrag von Gegnern des Gesetzes gebilligt. Eine erneute Abstimmung sei notwendig, argumentieren die Initiatoren dieses Vorstoßes, weil sich neue Fakten ergeben hätten, die die Sterbehilferegelung in einem anderen Licht erscheinen ließen - insbesondere über die Zahl nicht-freiwilliger »Euthanasie«, die im Windschatten einer liberalisierten Sterbehilferegelung ansteigt. Zwar haben die Befürworter von »Maßnahme 16« umgehend ihre massive Kampagne gegen die Erneuerung der Volksabstimmung gestartet - »Penny Schlüter wurde betrogen! «, behauptet die Großanzeige -, der Wind bläst den »Right to Die«-Aktivisten derzeit aber ins Gesicht: Das Repräsentantenhaus hat sich am 13. Mai mit 32 zu 26 Stimmen auf Initiative der Republikaner für eine Neuabstimmung im November ausgesprochen, und der Senat wird wohl ähnlich verfahren. Damit ist ein erneuter Volksentscheid im November sehr wahrscheinlich geworden.

Auch die »Euthanasie«-Befürworter in Australien, die sich das Oregoner Gesetz mit seiner Regelung des »unterstützten Selbstmords« erfolgreich zum Vorbild nahmen, haben in den letzten Wochen schwere Rückschläge einstecken müssen: Nachdem in den Nördlichen Territorien, einem autonomen Gebiet mit kaum 150.000 Einwohnern, erstmals auf der Welt ein reguläres »Sterbehilfe«-Gesetz nicht nur beschlossen, sondern auch tatsächlich die Beschleunigung des Todes von vier krebskranken Menschen ermöglicht wurde, hat nach monatelangen Auseinandersetzungen das Bundesparlament im März dem schnellen Sterben ein Ende gesetzt: Mit der knappen Mehrheit von 38 gegen 34 Stimmen wurde die als Einzelinitiative des Abgeordneten Kevin Andrew eingebrachte »Andrew Bill« verabschiedet, die den drei autonomen Regionen Australiens verbietet, Gesetze zu beschließen, die »die vorsätzliche Tötung eines anderen Menschen, die Euthanasie genannt wird (was Mitleidstötungen einschließt) oder die Unterstützung einer Person, zum Zweck, ihr Leben zu beenden, (erlauben).« Um gezielten Mißverständnissen vorzubeugen, enthält das Gesetz einen Passus, der ausdrücklich das »Sterbehilfe«-Gesetz der Nördlichen Territorien außer Kraft setzt.

Ähnlich wie in Oregon ist aber auch in Australien damit eine substantielle Entscheidung nicht getroffen worden: Die »Andrew Bill« entfaltet keine Wirkung für die australischen Bundesstaaten und schließt auch eine »Euthanasie«-Regelung für Australien insgesamt nicht aus. Das wollen sich die Befürworter der Tötung auf Verlangen zunutze machen: Im Bundesstaat Victoria, dessen Ministerpräsident sich stets sehr positiv über die Regelung in den Nördlichen Territorien geäußert hat, gibt es Bestrebungen, ein »Euthanasie«-Gesetz auf Landesebene durchzusetzen. Vor allem planen aber die

linksliberalen Demokraten in Australien, das zu initiieren, was die Oregoner »Euthanasie«-Befürworter mittlerweile möglichst vermeiden wollen: eine Volksabstimmung. Gestützt von Ergebnissen mehrerer großer Meinungsumfragen, die in Australien, wie fast überall in den Industrienationen, eine nachhaltige Unterstützung für »Tötung auf Verlangen« signalisieren, wollen die Demokraten zuerst in einem sozialdemokratisch und in einem konservativ regierten Staat Referenda starten, die dann, bei ausreichendem Erfolg, in eine Bundesinitiative münden sollen.

Einige Ärzte, die sich dazu bekannt haben, Patienten auf deren Wunsch getötet zu haben, unterstützen dieses Projekt ebenso wie der Mediziner Philipp Nitschke, der das Computerprogramm entwickelt hat, mit dessen Hilfe die vier »ärztlich unterstützten Selbstmorde« vollzogen wurden, die in den Nördlichen Territorien durchgeführt werden konnten: Nach mehrmaligem Drücken der Enter-Taste gibt der Rechner eine giftige Infusionslösung frei, die durch eine vorher eingestochene Kanüle in die Blutbahn geleitet wird. Bemerkenswert, wenngleich bei einer Partei, die den »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer zu ihren Spitzenpolitikern zählt, nicht überraschend, ist auch das Engagement der australischen Grünen für »Tötung auf Verlangen«. Der tasmanische Senator Bob Brown hat sich in einem Minderheitenvotum im Justizausschuß gegen die »Andrew Bill« ausgesprochen und den Politikern der Nördlichen Territorien attestiert, sich um die Menschheit verdient gemacht zu haben: »So wie 1890 Neuseeland und Südaustralien gesetzgeberische Pionierarbeit leisteten, indem sie Frauen das Stimmrecht verliehen, haben die Nördlichen Territorien jetzt große Courage bewiesen, denn sie haben die Welt in Richtung einer Reform geführt, die mündigen Bürgern das Grundrecht auf freiwillige Euthanasie garantiert.«

Daß es ein Grundrecht sein soll, die eigene Tötung verlangen zu dürfen, ist auch die Auffassung mehrerer bedeutender US-amerikanischer Philosophen: Ronald Dworkin, John Rawls, Thomas Nagel und drei weitere Wissenschaftler haben sich als Amici-Curiae-Partei in den Prozeß eingeschaltet, der derzeit vor dem Supreme Court, dem US-amerikanischen Verfassungsgericht, anhängig ist. »Um den fundamentalen Prinzipen von Freiheit und Gerechtigkeit Rechnung zu tragen«, fordern sie, daß »Sterbehilfe«-Gesetze in den USA erlaubt werden. Die Intervention der Philosophen ist ein Indiz für die weit über den verhandelten Fall hinausreichende Bedeutung der gegenwärtigen, den gesamten Westen einbeziehenden Kontroverse um »Tötung auf Verlangen« und »Mitleidstötung«.

Ausgangspunkt des Verfahrens vor dem Supreme Court sind zwei Entscheidungen von Appellationsgerichten. Im Verfahren »State of Washington vs. Harold Glucksberg« hatten drei Ärzte dagegen geklagt, daß sie ihren Patienten auch dann nicht zu einem schnellen Tod verhelfen dürfen, wenn diese selbst das wünschen und es den Ärzten geboten erscheint - der Staat Washington stellt die Beihilfe zum Selbstmord in jedem Fall unter Strafe. Eine Mehrheit der Richter des 9thCircuit-Gerichtes teilte die Sichtweise der Ärzte und bezeichnete das Verbot des ärztlich unterstützten Selbstmordes als Verstoß gegen die Verfassung: »Der entscheidungsfähige, sterbenskranke Erwachsene, der seine Lebensspanne fast ausgeschöpft hat, hat ein starkes Interesse, einen würdigen und humanen Tod zu sterben, statt hilflos, wieder in Windeln gewickelt, mit Beruhigungsmitteln vollgespritzt und abhängig vegetieren zu müssen«, begründete Richter Reinhardt diese Entscheidung.

Ähnlich drastisch fiel auch das Urteil der Kammer des 2nd Circuits aus, die im Verfahren »Vacco vs. Quill« über die Klage von drei schwerkranken Patienten und drei Ärzten zu entscheiden hatte, die zwei Bestimmungen aus dem New Yorker Strafgesetzbuch, die Beihilfe zum Selbstmord und Beihilfe zum Selbstmordversuch verbieten, als verfassungswidrig qualifiziert wissen wollten: »Der Staat hat kein Interesse daran, ein Leben zu verlängern, das ohnehin zu Ende geht.« Weder Washington noch New York mochten die Richtersprüche hinnehmen und legten deswegen Berufung beim Supreme Court ein, die auch angenommen wurde. Das Urteil, das die entsprechenden Strafbestimmungen des Staates New York als Verfassungsverstoß bezeichnet, ist auch deswegen von hoher Brisanz, weil in New York zwei Jahre zuvor eine aus »Euthanasie«-Befürwortern und -Kritikern zusammengesetzte »Task Force« nach monatelanger Arbeit einen Bericht über Sterbehilfe und die Möglichkeiten ihrer Legalisierung vorgelegt hatte, der einstimmig jede Form von Legalisierung einer »Tötung auf Verlangen« ablehnt.

Die Eskalation der juristischen Auseinandersetzung, die auch Folgen für etliche andere Bundesstaaten hat, in denen Gesetze, die Sterbehilfe erlauben oder verbieten sollen, derzeit diskutiert werden, hat zu einer Politisierung der »Euthanasie«-Debatte geführt. Waren auf Bundesebene unter Reagan die Republikaner die wichtigste Kraft gegen Bestrebungen, die »Tötung aus Mitleid« zu etablieren, engagieren sich jetzt Bill Clintons Demokraten gegen die Legalisierung der Sterbehilfe: Innerhalb weniger Wochen wurde auf Initiative des Präsidenten mit klaren Mehrheiten in beiden Kammern des US-Parlaments entschieden, daß für keine Form von »ärztlich unterstütztem Selbstmord« Bundesgelder aus den Medicare- und Medicaid-Programmen verwendet werden dürfen. Vor allem mischen sich aber zunehmend außerparlamentarische Gruppen in die Debatte ein, die auffälligerweise fast ausschließlich eine Angelegenheit des weißen Mittelstandes ist.

Insbesondere die agile US-amerikanische Behindertenbewegung, die sich in den Jahren zuvor relativ wenig an den bioethischen Diskussionen beteiligt hat, ist mit der Gruppe »Not dead yet« deutlich vernehmbar auf den Plan getreten. Die Anhörung vor dem Supreme Court wurde durch Aktionen der »Not Dead Yet«-Leute vor dem Gerichtssaal zum politischen Happening. Damit ist die US-amerikanische Anti-Euthanasie-Bewegung dabei, ihre zum Teil extrem konservative Attitüde

zu verlieren und sich von den Abtreibungsgegnern zu emanzipieren. Das ist nicht nur angesichts der Aggressivität, mit der die »Lebensschützer« gegen Frauen vorgehen, notwendig, sondern auch angesichts der indifferenten oder gar zustimmenden Haltung der aus der Ecke der Abtreibungsgegner kommenden »Euthanasie«-Kritiker zur Todesstrafe in den USA unumgänglich. Daß bei einer großen Veranstaltung in Michigan, auf der konservative »Euthanasie«-Gegner Stimmung machten, die Frage unbeantwortet blieb, warum ein sterbenskranker Mensch keine von ihm selbst erbetene Hilfe zum Selbstmord bekommen solle, der Staat andererseits aber lebenswillige Menschen auf den elektrischen Stuhl setzen dürfe, hat nicht nur in der Internet-Mailing-Liste des Cheforganisators der US»Right to Die«-Bewegung, Derek Humphry, sondern auch in etlichen Zeitungsartikeln Aufmerksamkeit erregt.

Die Aktivitäten von »Not Dead Yet« und zusehends auch von anderen, etablierteren Behindertenorganisationen, führen zu einer merkwürdigen Konfrontation: In Sachen »Euthanasie« stehen sich Gruppen gegenüber, die ihre Wurzeln in der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung haben. Und beide Seiten fordern die Verwirklichung von Grundrechten: Die »Euthanasie«-Befürworter konzentrieren sich dabei auf ein klassisches Abwehrrecht gegen staatliche Intervention - sie verlangen vor allem, daß der Staat das Grundrecht auf private Handlungsfreiheit nicht durch Gesetze, die Beihilfe zum Selbstmord unter Strafe stellen, beschneiden darf. Die Gegner einer Freigabe der Beihilfe zur Patiententötung verweisen dagegen darauf, daß mit dem geforderten »Right to Die« das Grundrecht auf Gleichbehandlung in einer zentralen Frage aufgegeben werde. Das Leben mit einer schweren Behinderung, in Abhängigkeit von pflegerischer Assistenz und von medizinischer Behandlung, wird in Stellungnahmen von »Sterbehilfe«-Befürwortern in der Tat als weniger erhaltenswert beschrieben und soll deswegen auch preisgegeben werden können.

In der mündlichen Verhandlung vor dem Supreme Court hat der Oberste Bundesrichter Antonin Scalia diese Problematik auf den Punkt gebracht, als er die Verteidiger des Rechts auf ärztlich unterstützten Selbstmord fragte: »Warum soll nur jemand die Tötung durch den Arzt verlangen dürfen, der körperliche Schmerzen hat, wenn er kompetent, überlegt und aus freien Stücken handelt? Warum nicht jemand, der aus welchem Grund auch immer enorme emotionale Probleme hat und deswegen unglücklich ist? Dürfte auch so ein Mensch Ihrer Meinung nach danach verlangen, getötet zu werden? Nein? Aber das heißt, daß der Staat die Entscheidung treffen muß, daß es schlimmer ist, körperliche Schmerzen zu haben, als zutiefst unglücklich zu sein und das nicht mehr auszuhalten.«

Der Philosoph Ronald Dworkin hat in seinen Arbeiten auf diese Frage einige Antworten gegeben - und damit auch klargestellt, daß zwischen dem Recht auf ärztlich unterstützten Selbstmord und der Tötung eines Patienten ohne dessen ausdrückliches Verlangen zwar theoretisch gravierende Unterschiede bestehen, praktisch die Befürwortung des einen aber auch das Engagement für das andere zur Folge hat. Mit Blick auf den Fall von Nancy Cruzan, einer jungen Frau, die ins Koma gefallen war und deren Eltern schließlich den Abbruch der künstlichen Ernährung verlangten, stellt Dworkin zustimmend fest: »Auch die Eltern und Freunde von Nancy Cruzan ... sprachen von Nancys Lebhaftigkeit und der Bedeutung, die sie einem aktiven und engagierten Leben beigemessen habe, und kamen zu dem Schluß, daß ein so gearteter Mensch es zutiefst verabscheuen würde, bewußtlos dahinzuvegetieren. Sie argumentieren ..., daß es für Nancy, die immer stolz auf ihre Selbstbestimmtheit war, besser wäre, ihr Leben würde enden, wenn die Selbstbestimmtheit nicht mehr möglich ist.«

Das Konzept von Selbstbestimmung, das der Forderung nach Freigabe einer Hilfe im Sterben und vor allem der Beihilfe *zum* Sterben zugrundeliegt, kennt keine Entwicklungspotentiale und neuen Entfaltungsmöglichkeiten, es erweist sich als Konzept, das erlaubt, über das Vorgefundene als Eigentümer frei verfügen zu können. Es ist ein klassisches Deregulierungs-Konzept, das an der »Schnittstelle Leben« in Extremsituationen Utilitarismus und Liberalismus zusammenführt. Die Freiheit, ein Leben zu beenden, das nicht mehr den Normen entspricht, entlang derer sich sein Inhaber jahrzehntelang orientiert hat, erweist sich gleichzeitig auch als optimale Entscheidung für die Kosten-Nutzen-Bilanz sowohl der Gesellschaft als auch der Familienangehörigen.

Daß sich die Befürworter der Freigabe einer ärztlichen Beihilfe zum Selbstmord vor dem Supreme Court, der bis Anfang Juli entschieden haben will, durchsetzen, erscheint allerdings zweifelhaft. Im Cruzan-Fall haben die Obersten Bundesrichter bewußt vermieden, das Recht eines Menschen, auf medizinische Behandlung zu verzichten, als »fundamentales Grundrecht« zu bezeichnen. Sie haben dem Behandlungsverzicht, der sich qualitativ vom Recht auf Beihilfe zum Selbstmord deutlich unterscheidet, lediglich den Status eines »Freiheitsinteresses« zugewiesen, was schon auf dieser Stufe die Einschränkung durch vergleichbar bedeutende Staatsinteressen denkbar macht. Daß der Supreme Court in dieser Frage zu einer eher restriktiven Position tendiert, ist auch daran ersichtlich, daß im Fall Cruzan - obwohl das Recht auf Behandlungsverzicht auch bewußtlosen Patienten zugestanden wurde -, die Richter gegen einen Abbruch der künstlichen Ernährung entschieden, weil die Eltern nicht konkret belegen konnten, daß es wirklich der Wille ihrer Tochter gewesen wäre, in der gegebenen Situation nicht mehr ernährt zu werden. Allerdings wurde den Cruzans, nachdem sie weitere Zeugenaussagen gesammelt hatten, die ihre Behauptung stützten, ein Verhungernlassen entspreche dem Willen ihrer Tochter, später in einer erneuten Verhandlung vor einem lokalen Gericht dennoch das Recht zugestanden, die Ernährung der Patientin abzubrechen.

Die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts wird angesichts der Vehemenz der Auseinandersetzungen zwar für die Entwicklung der »Euthanasie«-Praxis in den USA von Bedeutung sein und Wirkungen haben, die auch auf andere Länder ausstrahlen. Einen Endpunkt unter die Debatte setzen wird sie so oder so aber nicht.

Kasten Seite 43

BRD

Ende April hat sich auch die Bundesärztekammer mit neuen Richtlinien für die Sterbebegleitung beschäftigt. Statt, wie geplant, einen Entwurf des medizinisch-juristischen Grundsatzausschusses zu verabschieden, hat der Vorstand nun lediglich einen Entwurf der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach einer Diskussion innerhalb der Ärzteschaft sollen die endgültigen Richtlinien im Herbst beschlossen werden. Während die Aufwertung von Patiententestamenten, denen allerdings nur Indizien-, keine Bindungwirkung zukommen soll, ebenso unumstritten ist wie die Absage an jede Form von aktiver Euthanasie, gibt es kontroverse Positionen zur Begrenzung der Behandlung bei Patienten im Wachkoma, dem sogenannten chronisch-vegetativen Status und bei Neugeborenen mit »schwersten kongenitalen (d.h. angeborenen) Fehlbildungen, die nur dank des fortdauernden Einsatzes außergewöhnlicher technischer Hilfsmittel am Leben gehalten werden können«. Bei den Neugeborenen sollen die nicht näher definierten »außergewöhnlichen technischen Hilfsmittel« nach Rücksprache mit den Eltern abgestellt oder gar nicht erst eingesetzt werden können. Bei den Wachkoma-Patienten soll ein »Behandlungsabbruch lebenserhaltender Maßnahmen« zulässig sein, »wenn dies dem erklärten oder mutmaßlichen Willen des Patienten« entspricht. Diese teils vage, teils unsinnige Formulierung - einen erklärten Willen des Patienten im Wachkoma kann es nicht geben - verdeckt den Konflikt um die Frage, ob Koma-Patienten durch Sonden ernährt werden und bei Infektionen genauso wie nichtkomatöse Patienten behandelt werden müssen, mehr, als daß sie ihn löst. Zwar behauptet der Vorsitzende der medizinisch-juristischen Kommission, Professor Beleites, ein Verhungernlassen der Wachkoma-Patienten sei ausgeschlossen - so klar formuliert ist das in der Richtlinie aber nicht. Das hängt wohl damit zusammen, daß die Bundesärztekammer den offenen Konflikt mit dem Bundesgerichtshof scheut, der in einem Grundsatzurteil 1994 das Verhungernlassen einer Wachkoma-Patientin für gerechtfertigt erklärt hat, wenn von einer »mutmaßlichen Einwilligung« der Patientin ausgegangen werden könne. Bemerkenswert ist, daß in der gegenwärtigen bundesdeutschen Diskussion die »FAZ« kritisiert hat, daß eine zu starke Konzentration auf den tatsächlichen oder mutmaßlichen Willen der Betroffenen stattfände: »Die grundsätzliche Aufwertung des Patientenwillens ist riskant: Was ist, wenn jemand erklärt, er beanspruche Behandlung über das medizinisch Übliche hinaus?«

Konkret 06/97, S. 45

Alexander Bogner

Tödlicher Liberalismus

Seit drei Jahren wird die aktive »Euthanasie« in Holland offiziell toleriert. 26. 000 Patienten, das sind etwa 20 Prozent der Sterbeziffer, werden jedes Jahr Opfer lebensverkürzender Maßnahmen durch die Ärzteschaft. In etwa 1. 000 Fällen wird nicht einmal mehr das (ohnehin fragwürdige) Einverständnis des Patienten eingeholt, fand eine Studiengruppe der Universität Rotterdam unter der Leitung von Prof. van der Maas bereits 1991 heraus, die Zahl dürfte aufgrund der extrem enggeführten.»Euthanasie«-Definition weitaus höher sein. Die holländische Wissenschaft versteht »Euthanasie« als ein »absichtlich lebenbeendendes Handeln« durch Dritte, und so schmolz die Zahl aller »Euthanasie«-Fälle in der Van-der-Maas-Studie schnell auf 2.300 zusammen. Empirische Signale, denen deutsche Bioethiker aufmerksam lauschen.

Anton Leist beispielsweise, der als Frankfurter Privatdozent im Sog der Singer-Debatte seine Karriere aufbaute und heute praktische Philosophie in Zürich lehrt, hat Ende letzten Jahres für die medizinethische Reihe des »Humanistischen Verbands Deutschlands« ein schmales Bändchen (Das Dilemma der aktiven Euthanasie) verfaßt. Darin lobt er zunächst einmal die »liberale Gesamtkultur« in Holland und diagnostiziert »Mentalitätsdifferenzen« in Sachen »Euthanasie« auf deutscher Seite, die zu beeinflussen er vorschlägt. Das Dilemma, mit dem Leist im Titel droht, resultiert aus seinem wertenden Vergleich der unvollkommenen holländischen »Euthanasie«-Praxis mit der unerträglichen deutschen und ist nicht so groß, als daß es nicht mit einer einfachen Gleichung aufzulösen wäre. Dazu deutet Leist in liberaler Tradition das Lebensrecht um in das »Recht, sein Leben nach eigener Entscheidung zu führen«, d.h. in ein Recht auf aktive »Euthanasie« Sogleich stellt sich ein praktikables Kontinuum von deutschen und holländischen Rechtsverletzungen her, die sich quantitativ vergleichen lassen. Die holländischen Verstöße gegen das individuelle Lebensrecht in 1. 000 Fällen rechnet er gegen die deutschen Verletzungen des für ihn zentralen medizinethischen Prinzips der Patientenautonomie auf, die von einem fundamentalistischen Lebenswert-Dogma herrühren sollen. Weil also in Holland »Euthanasie« in überwiegender Zahl (2.300 Mal) auf Wunsch erfolgt sei, »spräche die reine Zahl von Verstößen für eine Institutionalisierung der aktiven Euthanasie in Deutschland«.

Die theoretische Legitimation der »Euthanasie« verschafft allen Liberalen seit Adolf Jost ein eindimensionaler Selbstbestimmungsbegriff. Im »Argument der Selbstverfügung« leitet sich für Leist aus dem »Recht auf Selbsttötung« automatisch ein (negatives) »Recht, sich töten zu lassen« ab. Wo Selbstbestimmung in gesellschaftlich abgesegnete Selektion umschlägt, dringt der Moralphilosoph auf Widerspruchslosigkeit, Geschlossenheit und Eindeutigkeit und verhandelt die »Euthanasie« als Spezialfall des Suizids. Diesem Monismus wohnt der Drang zur Expansion inne: Denjenigen, die nichts (mehr) wünschen können, muß man ihren Willen vom Gesicht ablesen, weil »wie uns Wittgenstein gelehrt hat, Leid ... durchaus nachvollziehbar ist«. Die ethische Operationalisierung dieser Philosophie besorgt das dem »Autonomieprinzip« unterstellte »Fürsorgeprinzip«: »Ist der Patient im Verlauf seiner Krankheit zu Autonomie nicht mehr in der Lage, so aktualisiert sich die Fürsorge unter dem stellvertretenden Urteil darüber, was für ihn gut ist. « So können auch behinderte Neugeborene fürsorglich exekutiert werden: »Nur in Form einer extrem metaphorischen Interpretation des >Stellvertretens< des Patienten« - also irgendwie schon - »könnte man deshalb unfreiwillige Euthanasie begründet sehen. «

Die Patientenautonomie ist das zentrale Motiv in Leists Ethik, weil er der Arzt-Patient-Beziehung ein Vertragsmodell unterstellt. Sein Ideal ist der mündige Patient, der sich in »Grenzsituationen« dem ärztlichen Paternalismus entziehen können soll. Im Bereich der »Euthanasie« hat das verheerende Folgen: Das medizinische Bemühen um Schwerkranke oder -behinderte erscheint als verantwortungsloser Terror der »Götter in Weiß«, weil Leist den Tod als bessere Alternative zu »unwertem« Leben voraussetzt. Die Emanzipation des Patienten vollzieht sich bei Leist ohne reale Basis. Die in jedem Vertragsmodell real existierende Machtdisparität zeigt sich in diesem Fall in der medizinischen Definitionsgewalt. »Aktive Euthanasie«, meint Leist, »wird nur dann ihrem Wortsinn gerecht, wenn sie erstens auf eine freiwillige und überlegte Bitte des Patienten hin erfolgt und wenn sie zweitens medizinisch begründet ist. « Woher die Medizin ihre Begründung nimmt, ist dem Philosophen, dessen Reflexion von der Fachwissenschaft Grenzen gesetzt werden, gleichgültig.

Die Integration der Tötungsoption in das Medizinerethos hilft ein Menschenbild zu modellieren, das den Wunsch nach »Euthanasie« ab dem 65. Lebensjahr zur geheimen Bürgerpflicht macht. »Anders als Sokrates und Seneca«, die durch »eine glasklare und definitve Entscheidung über ihr Sterben« den Tod zum Höhepunkt ihres Lebens machten, verhindern angeblich heute »durchschnittliche menschliche Schwächen« einen kostendämpfenden Heroismus. Deshalb bestimmt Anton Leist, wann der Schierlingsbecher zu reichen ist: »Beispielsweise dann, wenn unsere Lebenserwartung aufgrund einer schweren Krankheit nur noch sehr begrenzt ist, etwa wenige Tage, wir nur noch körperlichen und psychischen Verfall vor uns sehen und zunehmend Schmerzen haben. « Leists Rezept sagt uns nichts Gutes über die »Euthanasie« und sehr viel

Schlechtes über die Ideale der liberalen Konkurrenzgesellschaft.

Alexander Bogner schrieb in KONKRET 10/96 über den Rechtsphilosophen Norbert Hoerster

Konkret 06/97, S. 46

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne - Ein kleines Jalta

Jetzt ist genau das passiert, was die Deutschen verhindern wollten: Moskau und Washington haben sich hinter dem Rücken der Bundesregierung auf ein kleines Jalta verständigt. Die Nato-Osterweiterung, ursprünglich eine Idee der Hardthöhe, findet unter Führung der USA statt und wird eine eher platonische Angelegenheit, beider die Nato-Infrastruktur und die Nato-Atomwaffen nicht näher an die russische Grenze heranrücken. Damit werden Ungarn, Polen und nchechien zu »Nato-Mitgliedern zweiter Klasse« - mit dieser Formulierung hatte der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers vor dieser Entwicklung gewarnt, also indirekt für einen Eisernen Atom-Vorhang an Weichsel und Bug plädiert. Dort werden jetzt lediglich neue Wimpel gehißt und ein paar zusätzliche CIA-Filialen errichtet. Jelzin weiß, daß er billiger nicht davonkommen kann, und selbst Lebed, der noch vor zwei Jahren die Osterweiterung mit dem Dritten Weltkrieg beantworten wollte, ist auf Tauchstation.

Bis zuletzt versuchte die BRD noch den Deal der Großen Zwei platzen zu lassen und die baltischen Staaten in die Gruppe der Neumitglieder hineinzudrücken - das wäre selbst für Jelzin nicht mehr zu akzeptieren gewesen. Auch Überlegungen Slowenien zu protegieren, blieben zwischen Außen- und Wehrminister strittig, vor allem deswegen, weil in Ljubljana im Zweifelsfalle die Little helpers des State Department den Ton angeben, und nicht die Emissäre von Rühe oder Kinkel.

Soll heißen: Vom deutschen Militarismus droht vorerst keine Gefahr. Er will schon gerne, aber er kann nicht: Rühes Ledernacken-Verbände müßten sich für Kriseneinsätze das schwere Gerät von amerikanischen Galaxy- oder russischen Antonow-Transportern einfliegen lassen, der großindustrielle Einstieg in die Erzeugung von Bombenplutonium ist in Wackersdorf gescheitert, eine einheitliche Euro-Armee liegt auf Eis wegen des Vetos der Briten, das Blair erneuert hat. Von Unverschämtheiten im Osten hält auch ab, daß die BRD bei der Energieversorgung weitgehend auf sibirische Importe angewiesen ist und außerdem der russischen Regierung mehr Geld geliehen hat als irgendein anderer Staat. Da läge für die BRD schon eine Rapallo-Politik näher - die aber wiederum wird durch die USA abgeblockt. Das alles kann sich ändern, wenn das russische Imperium von innen zerbricht. Einstweilen können wir jedenfalls Mao spiegelverkehrt lesen: In Deutschland ist der Imperialismus ein Papiertiger, den man taktisch verachten kann und nur strategisch ernst nehmen muß

-

Konkret 06/97, S. 46

Holm Friebe

In diesem Sinne - O-Töne, Steine, Scherben

Zwischenzeitlich hatte es ja den Anschein, das »Konzept Stadtguerilla« sei genauso überholt wie die alte Straßenverkehrsordnung. Fehlanzeige! Pünktlich zum 1. Mai führt Willi Winkler von der »Zeit« ein Gespräch mit dem landläufig als »RAF-Anwalt« apostrophierten Horst Mahler, worin dieser auf Winklers Frage »Das Konzept der Stadtguerilla ist also nicht gescheitert?« antwortet. »Ich fürchte, nein. Andererseits ist die Befürchtung auch Ausdruck meiner Hoffnung, daß man bestimmte Sachen mit den Menschen hier und heute nicht mehr machen kann. Gegen das, was kaputtmacht, wird man sich zur Wehr setzen.«

So in etwa müssen sich das die 6.500 Gegendemonstranten gedacht haben, weiche die mit 5.000 Teilnehmern zahlenmäßig leicht unterlegene Demonstration für das staatliche Gewaltmonopol am 1. Mai in Berlin im Zaum zu halten versuchten. Bestimmte Sachen kann man mit den Menschen hier und heute eben einfach nicht mehr machen, zum Beispiel ganze Innenstadtbereiche über 48 Stunden hinweg abriegeln, dagegen mußte man sich schlichtweg zur Wehr setzen Obwohl die Meldungen darüber, was am L Mai in Berlin nun eigentlich tatsächlich geschah, stark differieren: Während die »Berliner Zeitung« mit einer gewissen Genugtuung konstatierte, daß es den in militärisches Grün gekleideten, größtenteils mit Sturzhelmen vermummten und bis an die Zähne mit Schlagstöcken und Wasserwerfern bewaffneten Chaoten nicht gelang, ihr Anliegen erfolgreich durchzusetzen - »In Kreuzberg brannten später Autos, Vermummte griffen ein dreiköpfiges Kamerateam an. Ein Kameramann wurde so schwer verletzt, daß er wiederbelebt werden mußte« -, bedauerte die »Bild«-Zeitung die partielle Niederlage des fortschrittlich-emanzipatorischen Lagers: »Der 1. Mai in Berlin - die üblichen Krawalle der geübten Links-Chaoten. Aber es hätte alles viel schlimmer kommen können ... « Bleibt abzuwarten, was die staatliche Seite im nächsten Jahr für Strategien entwickeln wird, um Unfrieden über die Stadt zu bringen, und die ganzen schönen Feierlichkeiten kaputtzumachen. Wie gesagt: Gegen das, was kaputtmacht, wird man sich zur Wehr setzen. Und dem Kameramann wird es eine Lehre sein, nicht wieder gemeinsame Sache mit gewaltbereiten Chaoten zu machen.

Konkret 06/97, S. 46

Kay Sokolowsky

In diesem Sinne - Deep Schmu

Neben einer Maschine alt auszusehen, das ist, wie jeder Fließbandsklave weiß, gar nicht so schwer Nicht einmal für den amtierenden Schachweltmeister Garri Kasparow scheiterte am Wochenende vor Pfingsten »blamabel und völlig unter seinem Niveau« (Großmeister W. Unzicker) an dem eigens zu seiner. Kasparows, Niederzwingung konstruierten Computer »Deep Blue«. Schlecht vorbereitet soll der Champion gewesen sein; »Angst« vor dem Automaten, behauptet er selbst, habe ihn gelähmt.

Seine Schlappe war in der Tat eine Blamage - nicht aber für die Intelligenz von Kasparow, sondern für die der Berichterstatter. Ein »Duell der Superhirne« beschwor der »Spiegel« vorab, obwohl es bei dem bestens promoteten Spektakel doch nur darum ging, der Firma IBM die Marktanteile wiederzubeschaffen, die sie an Intel und Microsoft verloren hat. (Inzwischen läuft gar das Gerücht um, IBM habe Kasparow geschmiert, sich dumm anzustellen.) Die »Hamburger Morgenpost«, weder künstlichen noch bloß Resten menschlichen Verstandes verdächtig, titelte nach Kasparows Versagen: »Verselbständigt sich die künstliche Intelligenz?« Der »Welt«-Kommentator ließ seinem Textprogramm die Zeile »Schach dem Menschen« einfallen. Ein »Spielverderber« sei Deep Blue, jammerte es aus dem Desktop der »FR«.

Gleich im Anschluß wurde nach Kräften beschwichtigt: Schach sei ja gar nicht soo schwer, wie man selber bis genau gestern noch fest überzeugt war. »Der Schach- Weltmeister« rügte z.B. das »Hamburger Abendblatt« (dessen Redakteure allsamt wirken, als würden sie schon bei einem Mau-Mau-Turnier in der Qualifikationsrunde scheitern, und wo man die Spanische Eröffnung vermutlich für was Schweinisches halt) - »ließ sich von einer Maschine übertölpeln, die für den gesunden Menschenverstand keine Gefahr darstellt.« Weil aber das Bürgertum seinen populärsten Alptraum, den vom Weltuntergang, am liebsten dann träumt, wenn darin die Werkzeuge vorkommen, die der Bourgeoisie zur Macht verholfen haben: Algebra und Automaten -: lassen die Schmöcke sofort apokalyptische Szenarien folgen: »Kopflos darf die Menschheit nicht in Konkurrenz zu den Computern treten« (»HA«); »der Computer ist noch mächtiger, als er wirkt« (»FAZ«); »Maschinen können nicht lächeln« (»Welt«),- »das Monster schläft nie« (»Spiegel«). Was Wunder Es ist ja nie wach.

Kein Computer, und gleich gar nicht Deep Blue, kann denken. Wohl, Computer können, via »DMA-Konflikt« oder »Post-mortem-Abbild«, ihre User in den Wahnsinn treiben resp. Abertausende von PC-Beratungs-Halunken in Brot setzen. Aber ihre kognitiv-kreativen Leistungen werden auf lange, sehr lange Sicht kaum die einer gewöhnlichen Amöbe übertreffen. Weil: Computer sind ja nicht blöd. Wer denkt, bekommt nämlich akute Schübe von Selbstzweifel, Welthaß, Depressionen. Und nimmer die Chance, Redakteur bei einer deutschen Zeitung zu werden.

Konkret 06/97, S. 50

Knud Kohr, Gerhard Henschel, Jan Pehrke

Kunst & Gewerbe

Das Goldstein-Paradigma

»The Culture War is Over! We Won! (For Now)o war im November, kurz nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, die Titelgeschichte der New Yorker Stadtzeitschrift »Village Voice« überschrieben. Aus dem Scheitern der Wahlkampf-Strategie Bob Doles, mit Tiraden gegen Gangsta-Rap, große Hollywood-Studios sowie allgemeinen Sittenverfall den kulturellen und damit auch politischen Backlash einzuläuten, zog der Autor Richard Geldstein den Schluß, daß die libertinäre Kultur, born in the sixties, nun endgültig zu einem festen Bestandteil amerikanischer Folkore geworden ist.

Das Reich der Freiheit steht dennoch nicht vor der Tür. Im Gegenteil, Multikulturalismus, der Gay Day in Disney World und »Sex, Drugs and Rock'n'Roll« vertragen sich nur zu gut mit Clintons konservativer Volte. In dem Geschick, mit dem er den Spagat zwischen »Pulp Fiction« und pragmatischer Reality, den hedonistischen Bedürfnissen der Gesellschaft und der faktischen Großen Koalition mit den Republikanern vollführt, liegt geradezu das Geheimnis seines Erfolges. Ähnliche Kompensationsgeschäfte zwischen Kultur und Politik waren dem Autor zufolge auch schon für das Jazz-Age und die Kennedy-Ära charakteristisch.

Den Grund für diese Kohabitation sieht Goldstein darin, daß die Entertainment-Industrie in den USA der wichtigste ökonomische Faktor ist. Der Markt, den sie bedient, funktioniert wie ein großer Themen-Park, in dem vornehmlich immaterielle Güter gehandelt werden. Spaß, Lebensstile, Instant-Sinn und Identitäten. Und als hedonistischer Individualist, der ständig auf der Suche nach irgend etwas ist, weist der Sozialisationstypus der 60er hierfür das geeignetste Kunden-Profil auf. Aber auch andere Philosophien können die Waren-Zirkulation anheizen: Nach marktlogischen Kriterien erscheint etwa der Feminismus als Nachfrage-Anreiz für den Zweitwagen. Der gallige Fundamentalismus tut sich da bedeutend schwerer: Repression means recession. Seine große Stunde schlägt erst in ökonomisch schlechten Zeiten. Denn die Libertinage ist ein konjunkturabhängiges Phänomen. Die Krise läßt das schlechte Gewissen der Gesellschaft hervortreten - in schlechten Zeiten werden die Röcke länger, kolportierte Georg Seeßlen in *Natural Born Nazis* eine Weisheit der Mode-Branche -, und auf kultureller Ebene entsteht ein Bedarf für Sündenbock-Produktion: der günstigste Moment für eine geistig-moralische Wende.

Kunst & Gewerbe konjunkturzyklisch verzahnt, da haben wir sie ja endlich, die materialistische Kultur-Theorie. Bei näherer Überprüfung spricht jedoch einiges für die altbewährte Betrachtungsweise, die von einem Primat der Politik über die Ökonomie ausgeht und ihre ideologische Korrelation mit künstlerischer]Produktion herausstellt.

Ohne den Rückenwind durch »Political Correctness« und Hollywood, wo plötzlich in jedem zweiten Film Yuppies in Sinnkrisen gerieten, wäre 1991 Clintons Sieg über Bush nicht denkbar gewesen. Aber in einer Rezessionszeit wie der »New Deal«-Ära einen kulturpolitischen Rollback auszumachen, wie Goldstein es tut, ist nur möglich, wenn Gender-Issues zum alleinigen Maßstab politischer Verortung werden. Wegen der vielen Macho-Gestalten in den Gangsterfilmen kanzelt er eine Produktionsphase als reaktionär ab, in der Hollywood sich wie niemals zuvor und danach auf soziale Wirklichkeit einließ und Antifaschismus fast zum guten Ton gehörte. Wobei es allerdings ein Mißverhältnis zwischen Progressivität und Promiskuität gab, denn 1932 trat der sittenstrenge Hays-Code in Kraft.

Daß der Ethno-Mix von »Independence Day« auch für Bob Dole okay war, der darin die gute alte »Melting Pot«-Philosophie wiedererkannte, scheint dem »Village Voice«-Autor gleichfalls entgangen zu sein. Der Republikaner sah zwar viele Todesfälle, aber auch zwei Hochzeiten - und was sollte er ernsthaft gegen einen Film haben, der den 4. Juli zum universellen Neue-Weltordnung-Feiertag ausruft?

Mit Multi-Kulti ist es derweil in Clintons Amerika nicht mehr weit her: Zum 1. April traten die verschärften Einwanderungsgesetze in Kraft, und die biologistische Untersuchung *The Bell Curve,* die angeblich den wissenschaftlichen Beweis dafür erbrachte, daß Afro-Amerikanerinnen dümmer sind, wurde 1994 zum Bestseller. In Kalifornien gelang es Republikanern unterdessen, die »Affirmative Action«, eine Errungenschaft der Bürgerrechtsbewegung, die eine bevorzugte Förderung von Angehörigen ethnischer Minderheiten vorsah, abzuschaffen.

Auf bundesrepublikanische Verhältnisse angewandt, scheint das Goldstein-Paradigma gleichfalls nicht recht zu greifen. Allzu gut passen die deutschen Komödien, die Musical-Plage, Justus Frantz und das Comeback des Erzählens zu »1000 Jahre Helmut Kohl«. Obzwar man sich den Konservativen nicht als glücklichen Menschen vorstellen darf: Beim Zappen mit der Fernbedienung hat Alfred Dregger bestimmt nicht gerade Mordsspaß, da wird schon das eine oder andere kulturpessimistische Lamento zu vernehmen sein.

Jan Pehrke

Ein Jahrtausendgeschenk

»In der Zukunftswerkstatt MARIPOSA sollen einflußreiche Menschen aus Wirtschaft und Politik zusammentreffen mit Wissenschaftlern, Querdenkern und Künstlern, um für eine begrenzte Zeit zu diskutieren, zu forschen, zu arbeiten und Kontakte zu pflegen«, heißt es in ei- : riet Broschüre von Helga und Hans-Jürgen Müller, die die 300 Millionen Mark teure Zukunftswerkstatt auf Teneriffa errichten und der Menschheit im Jahr 2000 als eine »Art geistiger Arche Noah« und »Jahrtausendgeschenk« übergeben wollen.

()her eine mit vergoldeten Messingplatten belegte Treppe (»Escalera Dorada«) werden die Querdenker dann zu den Einrichtungen der geistigen Arche Noah gelangen können - u.a. »Casa Blanca«, »Sternhaus«, »Haus der Stille«, »Erdkugel-Skulptur« und »Platz der Schwarzen Madonna«. Das hat auch Richard von Weizsäcker überzeugt. Er unterstützt das Projekt mit den Worten: »Von Ruhe umgeben und angeleitet v on der Kunst, können wir frisches und schöpferisches Denken lernen und gemeinsame Maßstäbe für unser Handeln gewinnen Wir brauchen diese politische Kraft menschlicher Kultur.«

Es werden noch Mäzene gesucht. Wer dafür ist, daß Bazon Brock und Edzard Reuter auf Teneriffa mit Gertrud Höhler, Hans Küng und Jürgen Möllemann frisches und schöpferisches Denken lernen, gemeinsame Maßstäbe für ihr Handeln gewinnen und auf dem »Platz der Schwarzen Madonna« Kontakte pflegen können, wende sich mit einer Spende (Rosenkränze, Badelatschen, Sabbelwasser) an Helga und Hans-Jürgen Müller, c/o Artlantis GmbH, Senefelderstr. 97, 70176 Stuttgart.

Gerhard Henschel

Schilder einer Ausstellung

Wenn man derzeit das Foyer der Humboldt-Universität im Berliner Ostteil nicht blicklos durcheilt, sondern sich statt dessen in der dort gezeigten Ausstellung verfängt, wird man schnell mit verteufelt umfangreich beschrifteten Schildern konfrontiert. Auf einem von ihnen steht: »Bilder, Rituale und Symbole begleiten seit 1989 den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß.« Kann man diese Aussage noch im Vorübergehen nachvollziehen, zwingt bereits das nächste Schild zu kopfkratzendem Verharren. Der Prozeß der Vereinigung nämlich sei »für die kollektive Phantasie der Boden für immer neue Symbole und Metaphern. Offenbar besteht ein gewaltiger Bedarf an expressiver Verdichtung der gesellschaftlichen Veränderungen.«

Ganz schön viele Fremdwörter, die auf einem Schild quasi verdichtet wurden. Da merkt man gleich, daß hier nicht irgendein vagabundierender Umfangreich-Schilder-Beschrifter zugange war, sondern ein »Interdisziplinäres Projekttutorium in Zusammenarbeit mit dem Kunstgeschichtlichen Seminar der Humboldt Universität«. Und die Ausstellung heißt auch nicht einfach »Was zusammenwächst«, sondern »was zusammen wächst«. Junge-junge!

Wirft man einen Blick auf die dahinter aufgestellten bzw. - da es sich um kopierte Plakate, Anzeigen und Zeitungsartikel handelt – aufgeklebten Exponate bzw. Symbole, so fällt als erstes die Fotografie eines aktiv vergreisten Mauerspechts ins Auge. Der nämlich warb Anfang der Neunziger für ein Medikament namens Impulsan mit dem Slogan »Impulsan - Unbegrenzte Reisefreiheit fürs Blut«.

Mit diesem ersten Blick hat man das Konzept der Ausstellung auch schon begriffen. Nichtigkeiten aus Werbung und dem, was die gewählten Machthaber unter politischer Bildung verstehen mögen, werden konfrontiert mit von Studentenhand verfaßten Erklärungen. Bleibt nur der Unterhaltungswert der Frage, wer denn da im Taumel der Vereinigung mit wem welchen Mist fabriziert hat. Ja, es waren Gruner & Jahr, die in ihrer »Zusammen wachsen«-Kampagne mit Hedwig Courths-Mahler und Rudi Dutschke, Wum sowie Max und Moritz geworben haben. Ja, der Verein »Wir für Deutschland e.V.« hat tatsächlich unter ein Porträt von Wilhelm Sandmann, dem Präsidenten des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger, die Zeile »Wer meint, Deutschland wäre jetzt am Ende, hat vergessen, wo wir schon einmal angefangen haben« gesetzt. Ja, die im Orkus gelandete Zeitung »Super!« schlagzeilte einst tatsächlich: »Ossis viel gesünder als Wessis!«

Doch die Heiterkeit, die dieser geballte Wahnwitz auslöst, verfliegt spätestens an diesem Schild: »Der radikale Austausch fast einer gesamten Alltagskultur hinterließ eine Lücke an Symbolen«, behauptet es. Und fragt doch in Wirklichkeit ebenso ungefragt wie subkontextional bzw. subkontextuell, ob die Welt seit damals wirklich besser geworden ist.

Knud Kohr

Einsparungen in Millionenhöhe im Gesundheitswesen durch sicheres Grillen

Thema einer Pressekonferenz der Aktion »Das sichere Haus« in Berlin

Hamburger Anthologie*

Für einen, der das Fürchten lernte

Du an der Tür,
die Bluse kaum verhüllt das ergraute Fleisch,
warm noch die Lenden,
in deinem Haar
Geruch von Bett und anderem Mann.

Dunkel der Flur. Seitlich
der Raum erschließt sich dem Blick:
Tiefe Fauteuils, staubbeladen
die Bücher im Schrank
über Tapetenstreifen hinauf
zur rosafarbenen Decke –
Madonnengestalt.

Du, schmutziger Leib,
weißliche, wunde Stätte.
Ich mag nicht mehr.

Die Tage, die Nächte, die Angst deiner Augen
gleiten vorbei. Unten
pocht mir der Ekel
heiß im Geschlecht.

1962
(Aus: »Charade«, Hans-Ulrich Klose, Gedichte, Bouvier-Verlag, 19,80 DM)

Schon früh, im zarten Alter von vierundzwanzig, um genau zu sein, zeichnet sich beim späteren SPD-Rentenexperten Hans-Ulrich Klose eine gewisse Affinität zu »ergrautem Fleisch« ab. Ungebrochen ist diese jedoch nicht, sondern schlagt nur allzu bald in »Ekel« um, der »heiß im Geschlecht pocht«. Auslöser: vermutlich Eifersucht; die dem 1962 entstandenen Poem eignende Hermetik laßt diesbezüglich nur Spekulationen zu, wiewohl die olfaktorisch konstatierte Fremdmanneinwirkung gewisse Schlüsse in diese Richtung suggeriert. Geradezu hyperreal in ihrer gespreizten Dringlichkeit dann wieder die Schilderung des Wohnungsgrundrisses der Treulosen mitsamt Inneneinrichtung. Schon hier zeigt sich jenes spätere Nicht-wissen-was-eigentlich-sagen-Wollen, gepaart mit dem offenkundigen Unvermögen, es zu artikulieren. Mit der Textzeile »Ich mag nicht mehr« erhalten wir zudem einen ersten Hinweis auf den abgeklärten, den fast schon ein wenig resignativen Klose des Spätwerks. Die jüngeren Gedichte des gegenwärtigen Bundestagsvizepräsidenten kreisen zumeist um die Ich-Figur eines politisch ernüchterten Toscana-Fraktionärs, der seinen Rückzug ins Private vorbereitet. Aber auch der Lebemann Klose begegnet uns dort, der nach einem halben Glas Rotwein die Dinge schon mal gelassener sieht. Dieser halsbrecherischen Gelassenheit ist vermutlich geschuldet, daß er, Klose, jetzt, noch vierzig Jahren klandestinem Dilettierens für die Schublade, 45 Stück der so aufgelaufenen »Geschichten in poetischer Form« zur

Veröffentlichung in Buchform (»Charade«) freigegeben hat. »Bild« druckte drei davon vorab und wunderte sich gleichzeitig, daß einer, der in seiner Partei als »stiller Denker« bekannt ist, mit einem Mal als Dichter reüssiert. Tatsächlich reicht es in der SPD anscheinend aus, einfach nur die Klappe zu halten, um als stiller Denker zu gelten. Hatte Klose geschwiegen, er wäre es noch immer. So aber wird aus einem, der das Fürchten lernte, einer, der das Fürchten lehrt.

*unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 06/97, S. 52

Carsten Otte

Der Jargon an sich

»Wer den Jargon plappert, auf den kann man sich verlassen; man trägt ihn im Knopfloch anstelle derzeit nicht reputabler Parteiabzeichen.«

Theodor W. Adorno

»Die LTI dient einzig der Beschwörung.«

Victor Klemperer

Als Perikles im Jahre 432 vor Christi Geburt die Volksversammlung der Athener davon zu überzeugen versuchte, daß man einen Krieg gegen den von Sparta geführten Peloponnesischen Bund gewinnen werde, lobte er die Schlagkraft der eigenen Flotte und spottete über das Kriegsmaterial der Gegner. Seine Rede wäre vermutlich nicht so erfolgreich gewesen, hätte Perikles davon abgesehen, zum Abschluß an den Stolz der Athener zu appellieren: »Bedenkt auch, aus den größten Gefahren erwachsen der Stadt und damit dem einzelnen die größten Ehren. « Nicht die guten oder schlechten Argumente des Heerführers zählten, s

der Rekurs auf die Gemeinschaft überzeugte die Athener, in den Krieg zu ziehen.

Die Rhetorik der Kriegstreiber hat sich im Verlauf der Jahrhunderte nicht geändert. Friedrich der Große etwa erklärte seinen Offizieren am 3. Dezember 1757, am Vortag der für den Siebenjährigen Krieg entscheidenden Schlacht bei Leuthen: »Ich werde gegen alle Regeln der Kunst einen beinahe zweimal stärkeren, auf Anhöhen verschanzt stehenden Feind angreifen.« Und nachdem Friedrich die gefährliche Situation anschaulich beschrieben hatte, redete er seinen Offizieren ins nationale Gewissen: »Sollt' ich bleiben und Sie nicht für das, was Sie morgen tun werden, belohnen können, so wird es unser Vaterland tun.« Wie die Athener beeindruckte auch die preußischen Offiziere ein Schlagwort mit magischem Klang; Ehrensache, daß für das Vaterland die Rübe hingehalten wird. Major Rudolf Wilhelm von Kaltenborn beschreibt in seinen *Briefen eines alten preußischen Offiziers* die Wirkung der Ansprache Friedrichs des Großen: eine »heilige Stille von seiten der Zuhörer; nur durch mit Mühe zurückgehaltene, der Ehrfurcht und der heiligsten Vaterlandsliebe geweinte Thränen unterbrochen«.

Gar nicht so lange ist es her, als man sich hierzulande noch mit Sprach- und Ideologiekritik beschäftigte. Warum seien die Menschen den Demagogen immer hinterhergelaufen, fragte man sich in den sechziger und siebziger Jahren dieses Jahrhunderts, und weil man selbst keine Antwort wußte, las man immerhin Klemperers Schrift über die *Lingua Tertii Imperii* oder studierte das Wör*terbuch des Unmenschen.* Auch die Gegenwartssprache wurde untersucht, man hatte etwa das Kapitel über die »Sprache der totalen Verwaltung« in Marcuses *Der eindimensionale Mensch* auswendig gelernt, selbst manche Sozialdemokraten behaupteten damals, daß die Demagogie der Nazis im *Jargon der Eigentlichkeit* fortleben würde, und in der sogenannten liberalen Öffentlichkeit bestand ein Konsens darüber, daß einer, der permanent von »Gemeinschaft« und »Führung« schwatzt, nichts Gutes im Sinn haben könne.

Nach der Wiedervereinigung vergrößerte sich die Macht Deutschlands auf der politischen Agenda, und damit verringerte sich die mühsam erlernte Kritikfähigkeit der ehemals engagierten Bürger, die, so scheint es heute, nur auf einen Anlaß gewartet hatten, den theoretischen Ballast endlich wieder abzuwerfen. Zunächst war ihnen die ewige Krittelei lästig geworden, dann debattierten Professoren und Journalisten ganz ungeniert über den »Gemeinsinn« und andere schwer bestimmbare Tugenden, schließlich lallten alle in jenem Jargon, über den Adorno schrieb, er sei »das deutsche Symptom fortschreitender Halbbildung«. Über das gute Leben und die Zivilgesellschaft wurde räsoniert, als wäre mit derlei Begriffen irgend etwas gewonnen - Maxima Moralia auf allen Kanälen. Die Gutmenschen erkannte, wer wollte, weil sie auf Kosten der Prägnanz und des Urteils ihren Wörtern eine Aura verliehen, die zu bestimmen demjenigen unmöglich war, der sich nicht auf ihre Gesinnung einließ. Daß im Gutmensch der Unmensch steckt, darauf hat Adorno in seinem Aufsatz über die deutsche Ideologie ebenfalls hingewiesen. Es lag also auf der Hand, daß irgendwann der Jargon durch die Demagogie ersetzt wird.

Nun ist es wieder soweit. Im Berliner Luxushotel »Adlon« hielt Roman Herzog eine Rede, die mittlerweile wohl jeder kennt, weil sie in zahlreichen Zeitungen nachgedruckt und von allen Leitartikelschreibern gefeiert wurde, die aber kaum einer zum Anlaß nahm, sich darüber zu verbreiten, daß abermals ein deutsches Staatsoberhaupt die Notwendigkeit von »Gemeinsinn« und »Führung« beschwört. Im Gegenteil, alle waren happy: »Richtige Rede zur richtigen Zeit«, erklärte Eberhard Diepgen (CDU), »erfrischende Rede«, ergänzte Lothar Bisky (PDS), Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne) war der

Meinung, die »Standpauke« sei »richtungsweisend« gewesen, Wolfgang Gerhardt (FDP) gab an, seine Partei fühle sich »durch die Berliner Grundsatzrede bestätigt«, und Franz Müntefering (SPD) ließ verlauten, die Sozialdemokraten hätten Herzogs Ansprache »insgesamt begrüßt«. »Es muß ein Ruck durch Deutschland gehen«, lautete Herzogs Kernsatz, was sich so anhört wie all die anderen Deklamationen deutscher Demagogen, wie zum Beispiel auch die Worte von Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast am 13. Februar 1943: »Es ist also an der Zeit, den Säumigen Beine zu machen. Sie müssen aus ihrer bequemen Ruhe aufgerüttelt werden. Wir können nicht warten, bis sie von selbst zur Besinnung kommen und es dann vielleicht zu spät ist. Es muß wie ein Alarmruf durch das ganze Volk gehen.« Die oft zu Unrecht zitierte »kulturelle Hegemonie« muß sich tatsächlich verschoben haben, wenn Herzog ohne nennenswerte Gegenrede von »Zeiten existentieller Herausforderung« sprechen kann, in denen sich die Menschen wieder unter das Kommando der Landeselite zu begeben hätten.

Ein Demagoge konstruiert generell eine Gefahr für die ihm heilige Gemeinschaft. Roman Herzog diagnostizierte eine »unglaubliche mentale Depression«, unter der die Deutschen derzeit angeblich litten, und spätestens nachdem die journalistische Einheitsfront das Urteil des Präsidenten bestätigt hat, muß davon ausgegangen werden, daß die Psyche seiner Landsleute tatsächlich angeknackst ist. Der Ruf nach stärkendem »Gemeinsinn« leuchtet in dieser desolaten Situation auch dem Misanthropen ein. Wenn der Zuhörer, der durch die Phrasen der Gutmenschen dementsprechend konditioniert worden ist, endlich an die Krise glaubt, die ihm eingeredet wird, kann der Redner die Rolle des Therapeuten übernehmen. Das unglückliche Bewußtsein macht die Massen gefügig, die pathische Projektion des Unglücks macht sie gefährlich. Es stimmt die Küchenpsychologie, nach der gestaute Aggression entladen werden muß. Laut Roman Herzog wird das Gemetzel »nur der gewinnen, der wirklich zu führen bereit ist«, wobei sich die Frage stellt, ob der Bundespräsident die »charismatische Person« ist, die er selbst herbeigerufen hat und auf die das Volk jetzt wartet.

Herzog, schreibt ein sichtlich beeindruckter Reporter der »Berliner Zeitung«, »ist ein beherrschter Redner, der mit Gesten meistens sparsam umgeht. Aber nun, gegen Ende seiner Ansprache, setzt der Bundespräsident nicht nur seine Stimme, sondern auch seine Körpersprache ein. Er ballt die Fäuste, hämmert mit den Armen in die Luft und strafft dabei seinen Oberkörper« - doch auch wer nicht im Hotel »Adlon« gewesen ist, weiß genau, daß die durch die Luft hämmernden Arme keine Meisterleistung waren. Roman Herzog hat sich angestrengt, er wurde von seinen Untertanen mit Beifall belohnt, doch ihm fehlt die Aura für Größeres. Er bleibt der kleine Orator, dessen Aufgabe es war, das Comeback der Demagogen anzukündigen. Die Frage aber, wer die Deutschen wieder zu führen bereit sei, ist noch nicht beantwortet.

Konkret 06/97, S. 53

Rayk Wieland

Shakespeare und sein Ende

Über einen allerneuesten Kinoboom und was davon zu halten ist

Shakespeares Werke sind nicht für die Augen des Leibs.

Goethe

1.

Galt es bislang als ausgemacht und historisch gut belegt, das beste für ein Theaterstück sei es, womöglich nicht zur Aufführung zu kommen und allein der unspektakulären Lektüre vorbehalten zu bleiben, so kann nach Beobachtung der mittlerweile 100 Jahre währenden Bemühung des Kinos, hier dem Drama eine Ausweichmöglichkeit zu bieten, festgehalten werden, was einem Stück vielleicht noch besser täte: nicht abgefilmt und aber auch nicht verfilmt zu werden. Beides, leider, kommt recht häufig vor - wobei der Abfilmung einer Theateraufführung etwa für das Fernsehen, bei aller offenkundigen und die Schädelbasis schier zermürbenden Stupidität, noch ein gewisser archivalischer Wert zugestanden werden mag, die reinen Stückverfilmungen indessen nur selten anderes dokumentieren als Vermessenheiten.

Die unerquickliche Verquickung der beiden auf den ersten Blick so nah verwandten Kunstformen ergibt sich in der Regel aus gattungsspezifischen Gründen. Das Theater trennt vom Film im wesentlichen dreierlei: Es hat ein *Auditorium* und keine Zuschauerversammlung zum Adressaten, es will vornehmlich etwas zu Gehör und nicht zu Gesicht bringen, sein Material ist somit das öffentliche Wort und nicht das Bild. So gilt als der vollkommene Film nach wie vor der Stummfilm, und so firmiert als der erfolgreichste Filmschauspieler unserer Zeit Arnold Schwarzenegger. Niemand käme auf die Idee, ihn einen Shakespeare-Monolog äußern zu lassen. Es genügt, wenn er hin und wieder »Hastalavista!« sagt.

2.

Niedergang und Siechtum des Theaters und seine seither immer wieder zur Disposition gestellte Alimentierung zu vorgeblich philanthropischen Zwecken haben ihre Ursache weniger in dem Heraufkommen des Kinos als in dem des Fernsehens. Dem Kino überließ das Theater zu Beginn dieses Jahrhunderts bereitwillig die Funktion der Nachahmung und verzichtete auf realistische Bühnenbilder und subtile Gesten, um seinen eigentlichen Vorzug, die aktive Teilnahme des Zuschauers, zu bekräftigen. Noch in den späten zwanziger Jahren konnte sich das Avantgarde-Theater mühelos neben dem Emporkömmling Film behaupten. Seit der Verbreitung des Fernsehens aber ist das Theater nur mehr so attraktiv wie Pferdedroschken oder Bogenschießen. Zwar bildet das Fernsehen in keiner Weise einen »Ersatz« für das Theater, kraft dessen es an seine Stelle träte. Es bildet jedoch ein Rezipiententum, welches untereinander fast vollständig isoliert ist und diese Aufspaltung in sozusagen fensterlose Monaden oder »Idioten« im alten griechischen Sinne noch als Gewinn bzw. Freiheit erfährt, nämlich als Entlastung von dem normativen Druck, der von einer Öffentlichkeit und erst recht einem Publikum ausgeht.

Wenn diese Rezipienten der modernen Medien nun doch einmal in einem altruistischen Akt das Theater besuchen, formieren sie kein Publikum mehr, sondern lediglich eine relativ amorphe Menge von Voyeuren und Konsumenten, die von Darbietungen jedweder Art vor allem Gefälligkeiten erwartet und gewohnt ist, bei Belästigungen, Aufdringlichkeiten, Verwicklungen und was dgl. Zumutungen von Kunst mehr sind abzuschalten. Daher verwundert nicht, wenn in der letzten Zeit immer mehr Regisseure erfolgreiche Filmdrehbücher auf die Bühne bringen, freilich ohne je den Charme von Karaokeveranstaltungen zu erreichen. In den vergangenen zwei Jahren wurden knapp 30 Filmstoffe in den Theaterbetrieb integriert, Drehbücher von Fellini, Fassbinder, Allen, Pasolini, Kaurismäki und zuletzt Boyles *Trainspotting* an der Volksbühne.

Ein Theater ohne Publikum ist wie Kino oder Fernsehen, nur altmodischer. Im Gegensatz zum Fernsehen allerdings eignet es sich kaum für Marketingeffekte, d.h. es muß mit einem gewissen Effektivitäts- und Rentabilitätsdruck arbeiten. Am effektivsten wird sich zweifellos ein Theater erweisen, das gar nicht arbeitet.

3.

Der Film ist, dank seiner Reproduktionsmöglichkeiten, nicht nur rentabler, sondern vor allem profitabler, als selbst geschlossene Theater je sein können. Er ermöglicht die Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten, die im Theater noch nicht durchgeführt ist und die Kunst erst zur Ware macht. Der Warencharakter, ließe sich sagen, tritt an die Stelle des Wahrheitscharakters. Diese Veränderung der Rezeptionsbedingungen bewirkt, daß Theaterverfilmungen etwas Klaustrophobes, Unwirkliches, Demagogisches anhaftet. Das kommt zum einen daher, daß die Bilder, weil Sprache des

Theaters keines Bildes bedarf, immer extravagantes Material bereitstellen müssen, um der Redundanz zu entgehen. Indem sie zeigen, was ansonsten nicht zur Sprache kommt, ist ihr Effekt ein denunziatorischer. Zum anderen transponiert der Film Theater in eine monumentale, stets wiederholbare, vom Zuschauer unbeeinflußbare und schlechthin hermetische Form. An die Stelle des Publikums tritt das Off. Das Problem des Offs ist, daß von ihm weder Akklamationen noch irgend welche anderen Kundgebungen zu erwarten sind.

Der Theaterfilm nimmt dem Theater somit seinen Kunstcharakter, seine Einzigartigkeit, seine Plausibilität und seinen Adressaten. Außerdem nimmt er ihm seinen Beifall. Und gibt ihn nicht wieder her.

4.

Den Untergang des Theaters - weniger durch schwarze Magie, denn er ist einem ominös gelahrten Zeitungskritikerkartell, das noch die zehntausendste Aufführung von Tschechow-Büchner-Zuckmayer artig visitiert, klassifiziert und paraphrasiert, allem Krisengerede zum Trotz bislang entgangen - spiegelt auch das Kino: Indem es dessen Konkursmasse sichtet und historisch-gesellschaftlichen Nimbus sich anzueignen sucht. Das ist, mit Verlaub, wenn auch der leicht deterministische, holzschnittartige Touch dieser Darstellung zugegeben sei, der gegenwärtige Vorgang.

Zuerst kommen, es handelt sich nicht zuletzt um einen Part des Wirtschaftslebens, die Filetstücke an die Reihe. Im vergangenen Jahr wurden »Richard III.« und »Othello« verfilmt, in den ersten Monaten des laufenden Jahres sind in Deutschland vier Shakespeare-Verfilmungen angelaufen: »Looking for Richard«, »Was ihr wollt«, »William Shakespeares Romeo und Julia« sowie »Hamlet« - eine nie dagewesene, schwerlich zu übersehende Zusammenballung, die in der Presse keine angemessen subtile Beachtung erfahren hat. »Shakespeare-Stoffe«, spintisiert immerhin die »Taz«, »besitzen fürs Kino zur Zeit offenbar eine besondere Magie ... fast ist es, als würde das Kino in Shakespeare einen Bezugspunkt erkunden, an dem sich programmatisch abgearbeitet wird: die Geburt des Films aus dem Geist des elisabethanischen Dramas«. »Shakespeare ist«, so die »Welt«, »Hollywoods derzeit gefragtester Drehbuchautor« - »kein Wunder«, ergänzt die »FAZ«, »seine Geschichten sind prall von Leben; Gefühlsumschwünge noch und noch halten die Figuren auf Trab und das Interesse des Zuschauers munter, auch wenn er längst weiß, wie's ausgeht«. »Die Zeit« hingegen glaubt halb im Ernst, Shakespeare komme wieder in Mode, weil es »keine Schurken« mehr gebe, und hält überdies die Gleichzeitigkeit eher für »zufällig«.

Addiert man die gewiß mit gehörigem Phrasengeld abgegoltenen Einsichten, so erhält man null Gedanken, die vollständige Nullifikation dieser aktuellen Shakespeare-Manie. Das ist, mit Karl Kraus zu sprechen, auch in Ordnung: »Keinen Gedanken haben und ihn ausdrücken können - das macht den Journalisten.«

5.

Man muß kein Anhänger von Verschwörungstheorien sein, um an Zusammenhänge zu glauben. Die laufenden 90er Jahre stehen im Zeichen des weltweiten Triumphs des Kapitals, zu dessen Apologie der Bürger lediglich des Portemonnaies bedarf. Er sieht sich keinem Kontrahenten, sondern nur mehr sich selbst gegenüber. Die Welt, in der er lebt, ist eine Welt der Waren, die gesamte Reproduktion des Lebens der Warenproduktion subsumiert. Er ist der Fürst dieser Zeit, die Zeit aber gerät aus den Fugen. Die großen bürgerlichen Tugenden nämlich sind wertlos, die großen Menschheitsfragen ungeklärt geblieben. Das bürgerliche Individuum erfährt sich als macht- und hilflos in eben der Gesellschaft, der es seine Existenz verdankt, als »Subjekt subjektloser Zustände« (Marx). Die universelle Weltordnung erweist sich, nach Tisch, als großes Schlamassel, dem der große Kladderadatsch bevorsteht. So im Prinzip sieht es wohl aus, die Details sind seit 400 Jahren nachzulesen bei Shakespeare. Es gibt, so weit zu sehen ist, kaum treffendere Kennzeichnungen der herrschenden Zustände als die, die er, vor Tisch, gegeben hat.

Die Welt Shakespeares steht gewissermaßen seitenverkehrt zu der unsrigen, deshalb erscheint sie wie ein Spiegel. Sein Werk datiert vom Ausgang der Renaissance, in ihm feiert der emporstrebende Bürger sich als selbstbewußter Fürst, aller Zunft- und Standesschranken ledig. Zwar besteht das Personal seiner Stücke noch vornehmlich aus Aristokraten, aber sie haben keine Zukunft mehr. Die feudale Ordnung, die sie repräsentieren, ist bereits zersetzt vom Humanismus: Der Aristokrat tritt als verkappter Bürger auf, und er hat, das macht die Sache interessant, damit mehr Sorgen als alles andere. Shakespeares Protagonisten sind, wo sie nur Menschen sind, zumeist Narren und Verrückte, und wo sie die Macht zu erhalten oder erlangen suchen, Verbrecher. *Hamlet,* schreibt Peter Hacks, »ist die Tragödie des bürgerlichen Humanismus. Es sind die Begebenheiten eines Mannes, der, weil er kein durchaus Neues an die Stelle des Alten zu setzen weiß, dem Alten erliegt. Er will eine geordnete Welt und findet bloß die bürgerliche. Zu stolz, sich mit einem nur relativen Fortschritt abzufinden, verrät er den Fortschritt. «

Man mag dergleichen Affinitäten und Parallelen für platt halten, ganz leugnen wird man sie nicht können. Eben deshalb aber kommen sie nicht zur Sprache.

6.

Es gibt, das gleich vorwegzunehmen, durchaus großartige Shakespeare-Verfilmungen, etwa von Laurence Olivier, Orson Welles, Akira Kurosawa und zuletzt Peter Greenaway - großartig sind sie ihrer *filmischen* Mittel, ihrer *Bildfindungen* wegen. Von den in Rede stehenden neueren Filmen läßt sich dies nicht sagen. Bis auf eine Ausnahme bemühen sie sich alle, Shakespeares Text uneingeschränkt zur Geltung kommen zu lassen, können aber das Problem nicht lösen, daß der Text des Bildes als Beigabe eigentlich nicht bedarf. Die Ausnahme ist Al Pacinos »Looking for Richard«, der allerdings eher als eine Art Film-Workshop bzw., in den Worten des Regisseurs, als ein »Schnupperkurs für das Theater, ein Schnupperkurs, der unterhaltsam sein soll«, anzusehen ist.

»Was ihr wollt«, von Trevor Nunn verfilmt, wird in der »Welt« als »ein leicht bekömmlicher Appetizer« empfohlen. Er ist indes ein betuliches, naturalistisches Kostümstück, eine öde Devotion und macht Appetit nur auf Schlaf. In den Kategorien »Spannung« und »Erotik« verleiht ihm die Kinopostille »Cinema« noch einen Punkt, für »Action« gar keinen mehr. In der Kritik heißt es, der Film habe »nichts Modernes, nichts Aufregendes und somit auch nichts Neues zu bieten - und das ist einfach zu wenig«. Immerhin hatte er Shakespeare zu bieten, aber das war wahrscheinlich zu viel.

Zu den beiden übrigen Filmen ist mehr zu sagen: »William Shakespeares Romeo und Julia« von Baz Luhrmann hat in den USA innerhalb von 12 Wochen rund 46 Millionen Dollar eingespielt und ist dort der kommerziell erfolgreichste Shakespeare-Film aller Zeiten. Er gilt als der »ultimative Shakespeare für die 90er« (»Cinema«) und zugleich »frechster, schickster, schlauester Shakespeare-Film der letzten Jahre« (»Spiegel«). Kenneth Branaghs »Hamlet«, der am 29. Mai in die Kinos kommt, wird gewiß ebenfalls höchste Reputierlichkeiten wecken.

7.

Der australische Regisseur Luhrmann hatte, als er sich an die Verfilmung von »William Shakespeares Romeo und Julia« machte, eine Idee, wenn auch keine besonders originelle. Er verlagerte die Balkonszene in einen Swimmingpool. Und er besetzte die beiden Hauptrollen nicht mit Schauspielern, sondern mit Claire Danes und Leonardo DiCaprio. Zudem befleißigte er sich rasanter Schnitte, unterlegte die Bilder mit Punk, Grunge und Alternativ-Rock und verlagerte unerschrocken die Handlung in unsere Zeit - den Text jedoch beließ er in seiner Gestalt. Wenn Ulrich Wickert Lutherdeutsch spräche, es ergäbe den gleichen Effekt.

Die Familien der Capulets und Montagues residieren als Clans in Verona Beach und bekriegen sich auf den Straßen als rivalisierende Jugendgangs. Es gibt Hawaiihemden, Tätowierungen und massenhaft Kruzifixe, und es gibt rätselhafte mittelalterliche Aufbauten in der Umgebung. Die Liebesgeschichte bricht naturwüchsig in das künstliche Geschehen hinein und wird erzählt wie eine Popstory, d.h. die Reize verdecken alle Semantik. Romeo und Julia verlieben sich auf einem Kostümfest, wo sie einen Engel mit Flügeln, er einen Ritter mit Rüstung abgibt. Die Szene ist ein durch ein Aquarium abgeteiltes WC, durch das die beiden einander schmachtende Blicke zuwerfen.

Echt wirkt hier nichts, es ist durchweg Pose, Zitat, Style, Imitat, bedeutungslos und, vor allem, alles falsch, was jedenfalls Shakespeare anlangt. Denn der entwickelte seine Tragödie aus dem Dilemma, daß hier zwei Liebende sich gegen jede Alltagsvernunft stellen und der Verkettung von obligatorischen Umständen erliegen. Lurmann hingegen inszeniert den Bilderschwank mit der Absicht, eine höchst gewöhnliche Partybekanntschaft zweier Teenager in ganz unrealistischen Verhältnissen zum Liebestod hinzubugsieren. Die Vorlage mag schon seinerzeit ein Klischee gewesen sein, die Adaption wird es nie dazu bringen.

Bleibt die Frage nach dem Faszinosum einer solchen Ohnmachtsphantasie. 46 Millionen Dollar sind ein Geld, für das etwas erwartet werden kann. Da nicht zu sehen ist, was hier zum Tausch geboten wird, muß es sich um eine Täuschung handeln. Der Film suggeriert großes Kino, tiefe Leidenschaften, hochkulturelle Brisanz, Modernität, Zivilisationskritik, Religion, Welttheater - und das alles mit Musik in einem Clip. Mehr kann man nicht verlangen.

8.

Daß der zielstrebige Musterschauspieler und Meisterregisseur Kenneth Branagh in absehbarer Zeit, nachdem er bereits *Heinrich V.* und *Viel Lärm um nichts* fürs Kino zugerichtet hatte, mit seinen regie- und hauptrollenspezifischen Ambitionen auf *Hamlet* abzielen würde, war, zumal er's angekündigt hatte, ziemlich klar, und daß er auch diesmal wieder eine grundsolide, zuweilen mitreißende, gut ausgeleuchtete und formidabel besetzte Partie vor die Kamera stellen würde, ebenso. Branaghs Faszination bei weiten Teilen der ehrenwerten Shakespeare-Gemeinde rührt daher, daß er sich eng an die sog. Aura des Textes anzulehnen und hierdurch ein Publikum zu imaginieren versteht, das heute (s.o.) kaum noch existiert, jedoch gern wehmutsvoll erinnert wird.

Mit rund 4.000 Zeilen, von denen 40 Prozent allein auf die Titelgestalt, also ihn, Hamlet-Branagh, entfallen, ist *Hamlet* das längste Drama Shakespeares und wie kein andres der Renommisterei und ultimativen Profilierung vorbehalten. Wie in den beiden voraufgegangenen Stücken hält sich Branagh eng an die dramatische Vorlage und handhabt bravourös seine

filmischen Mittel, als da sind: die Totale, die Rückblende, die Zeitlupe sowie den Schnitt-Gegenschnitt-Schnitt. Wie dort hat er aber nur eine sehr merkwürdige Idee von dem, was seine Inszenierung über das, was Shakespeares Text ohnehin enthält, hinaus besagen soll. Gab er 1988 Heinrich V. als Pazifisten, so gibt er Hamlet jetzt, 1997, als Durchgreifer. Die Methode dieser Tollheit heißt Opportunismus.

Hamlets Zaudern ist bekanntlich eines der rätselhaftesten Phänomene der Literaturgeschichte und konstitutive Idee des Stücks. Hamlet-Branaghs Aktionismus und Tatmenschentum allerdings dürfte, zumal er keinen Monolog vermeidet und keine Silbe am Text ändert, gewiß noch eine Spur mirakulöser und dubioser sein. Vier Stunden lang, über die sich der Film erstreckt, läßt Hamlet-Branagh keine Zweifel daran aufkommen, daß er den Tod seines Vaters rächen wird - allein der Respekt vor der überlieferten Textgestalt verhindert am Ende, scheint's, den amokartigen Durchmarsch. Die einzige Erklärung für ein derartiges Interpretationsnovum liegt wohl darin, daß Branagh Hamlets - Branagh-Hamlets - Herrschaftsantritt wünschenswert und seinen Machtanspruch legitim findet. Der angestammte Herrscher möge herrschen resp. durchgreifen und die Dynastie erhalten. Das ist die explizit konservative, wohlgemerkt politisch konservative Lesart des Stücks.

Die filmischen Mittel dienen der Apotheose dieser fixen Idee. Regisseur Branagh entwirft eine imposante Chor für den Hauptdarsteller Branagh: Die meisten Bilder des Films feiern seine Zentrumsfigur in schon gravitätischer Opulenz, Rückblenden erweisen alle seine Behauptungen als wahr, und die Großaufnahmen des Dänenprinzengesichts enthüllen das sensible Antlitz dieses wackeren Menschenbruders - in dem noch Brecht, um einmal das Milieu anzugeben, das hier vorherrscht, einen Junker gesehen hatte, den seine eigenen Phrasen eine Zeitlang daran hindern, sich als der Barbar zu zeigen, der er ist.

Bleibt nur anzumerken, daß Ophelia (Kate Winslet), bei Shakespeare eine verheißungsvolle, utopische und eben nicht machtpolitisch orientierte Hoffnungsgestalt, bei Branagh als verstiegene und nicht ganz für voll zu nehmende Nervensäge erscheint. Sein Blick auf sie ist, insbesondere nach dem Ausbruch ihres Wahnsinns, ein zoologischer.

»Unser Film«, verbreitet Branagh, »will sichtbar machen, was Shakespeares >Hamlet< unserer Meinung nach zuallererst ist - eine wunderbare Geschichte.« Das aber ist sie, wie niemandem erklärt werden muß, zuallerletzt.

9.

Zum Programm der XXIII. Hamburger Ballett-Tage gehörten vier Shakespeare-Stücke: »Hamlet«, »Vivaldi oder Was ihr wollt«, »Romeo und Julia« sowie der »Sommernachtstraum«. Ein weiteres Stück, »Rennen hinter dem was flieht«, ist inspiriert von Shakespeares Sonetten. Das Sonett LXVI, in der Nachdichtung von Karl Werner Plath, geht: »Ich hab es satt. Wär ich ein toter Mann./Wenn Würde schon zur Bettelei geborn/Und Nichtigkeit sich ausstaffieren kann/Und jegliches Vertrauen ist verlorn/Und Rang und Name Fähigkeit entbehrt/Und Fraun vergebens sich der Männer wehren/Und wenn der Künstler Gnadenbrot verzehrt/Und Duldende nicht aufbegehren/Und Kunst gegängelt von der Obrigkeit/Und Akademiker erklärn den Sinn/Und simples Zeug tritt man gelehrsam breit/und Gut und Böse biegt sich jeder hin.//Ich hab es satt. Ich möchte wegsein, bloß: /Noch liebe ich. Und das läßt mich nicht los. «

Was unsere Gegenwart von der Shakespeares trennt, davon künden Projekte wie diese. Mag jeder, der es kann, fliehen vor dem, was rennt, bzw. rennen hinter dem, was flieht.

Konkret 06/97, S. 56

Eckhard Henscheid

Wagner-Märlein

Zum neuesten Trouble im Hause Wagner und um es herum

Simili similibus gaudent. Oder, wie der alte Lateiner sagt: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich prima. Im Fall der Bayreuther Großfamilie, 1. bis 4. Generation, wandelt sich das etwas ab dergestalt, daß auf dem tragenden Humus eines umstrittenen, aber letztlich doch eben gloriosen musikdramatischen Großgenies seit spätestens dessen Ableben im Jahr 1883 Erben und Absahner ihr Revier gegen Gegenabgreifer verteidigen müssen, daß unsägliche Winifreds halbunsägliche Cosimas beerben, ihrerseits am liebsten den jungen A. Hitler zum Festspielleiter bestimmt und so der Welt viel Unheil erspart hätten, dieser aber im Enkel Wolfgang den künstlerischen, im Enkel Wieland den Organisationschef des künftigen Festspielbetriebs erahnt - in Wirklichkeit ist es eher genau umgekehrt, allerdings in der nächsten Generation läuft dann eh alles aus dem Ruder, aber alle leben davon letztlich doch schweineprächtig.

Nachdem in den letzten Jahren vor allem Urenkelin und Wieland-Tochter Nike Wagner über allerlei karlkrausbezügliche und sonstwie kritische Publikationen auf sich aufmerksam gemacht und so insgeheim ihren immanent-spirituellen Besitzanspruch auf Wagner-Bayreuth emphatisch in Erinnerung gebracht hatte, letzten Endes zu dem Ende, den weit über hundertjährigen Festspielquark unter im Wandel identischen Vorzeichen weiterwalken zu lassen; so ist jetzt 1997 der Wolfgang-Sohn und Renegat Gottfried dran, im Verein mit seinem Kiepenheuer & Witsch-Verlag, der ihm den exorbitant kunstreichen Buchtitel *Wer nicht mit dem Wolf heult* aufschwätzte - und weil dieser Wolf ein (aber mindestens!) dreifacher Unfug, nämlich Tripelsinn ist (es allgemein mit den Stärkeren halten, mit insbesondere Adolf »Wolf« Hitler, oder eben mit dem Vater Wolfgang), bleibt natürlich schon von daher jeder greifbare Sinn auf der Strecke, denn all das hat eigentlich auf den zweiten Blick nix miteinander zu tun, geschweige denn auch noch mit dem gleichfalls implizierten Quadrupelsinn des Wotan-Wälse »Wolfe« aus der Walküren-Oper - und so erwartbar Nike und jetzt also auch Gottfried gegen diese Väter- resp. Enkelgeneration darwiderheulen, es wird nichts helfen, Schakal Wolfgang wird das Bayreuther Aktienpaket als Alleinvertretungsanspruch auch ferner hochhalten, und nach seinem irgendwann bald einmal unvermeidlichen Hinschied wird es seine extrem unkünstlerische Gattin Gudrun als Hyäne in alle Ewigkeit dann weiter tun.

Zumal ihr Stiefsohn Gottfried (Vorwort: Ralph Giordano, dös ano, mein Gott) überwiegend Unsinn zusammenspintisiert hat. So das Klischee, Vater Wolfgang habe, wie ähnlich einst Urgroßvater Richard, nur Alibi-Juden für sich arbeiten lassen, nur Schnarchsäcke und Reaktionäre im jüngeren Neubayreuth eingesetzt. Was viel zu wishful thinking ist, um wahr zu sein. Und zumal dieser Gottfried, bei aller ausgerufenen Holocaust-Eingedenkerei, uns einfach zu sehr wie ein Skilehrer oder Bergwart aussieht, als daß ausgerechnet von ihm die große Festspielwende kommen könnte.

Die wir auch gar nicht wollen, woher denn.

Ja, allerhand Gerumpel und Gedengel hat es momentan, 1996/97, wieder mal in jenem offenbar doch bravourös langlebigen und scheint's unerschöpflichen Fach Wagner, dem der Früh-Wagnerianer Richard Strauss vor hundertetlichen Jahren so gut wie gar keine Zukunft vorausahnte. Auch als nimmermüd werkelndes Wissenschaftsgehämmer. Joachim Köhler in *Wagners Hitler - Der Prophet und sein Vollstrecker will* uns - nicht als erster, aber zäher, dickleibiger (512 Seiten) und monointentionaler als alle vor ihm - weismachen, alle Wagnerei habe so logisch bei Hitler landen müssen, wie alle Hitlerei Glied für Glied bei Wagner vorgebildet, Wagner durch die Bank Hitlers Stichwortgeber gewesen sei. Es *ist viel Wagner in Hitler:* weit über diesen gleichzeitig erschienenen und ähnlich gesonnenen Zitat-Buchtitel von Annette Hein hinaus redet Köhler, Jahrgang 1952, jetzt definitiv Fraktur und Klartext - und es ist deshalb natürlich Wort für Wort kein Wort wahr daran, außer an dem allbekannten, daß R. Wagner u.a. in der Theorieschrift übers *Judentum in der Musik* von 1850 eindeutig antisemitische Töne anschlug; taktisch-antisemitische ohne jede Glaubensüberzeugung - wie in der Tat viel später: Hitler. Der nun aber gerade dazu Wagner nicht brauchte noch dessen Werk als Zeugen aufrufen konnte. Sondern Hitler lieh sich seinen Antisemitismus von der Wiener Milieuszene der Jahrhundertwende - in Wagners Opernwerk aber, ein für allemal und wieder ganz umsonst sei es den endlosen Köhlers und tutti frutti fruchtlos gesagt, findet sich keinen Satz und keinen Takt lang Antisemitisches noch Chauvinistisches noch gar Nazifaschistisches, und wenn mir der Köhler an der Partitur oder am Libretto das Gegenteil beweist, kriegt er von mir jeden Tag lebenslang einen Kasten Bayreuther Freibier - anderenfalls aber muß er zur Strafe lebenslang Bücher schreiben und sich von seinen alten Wagner-Märlein zäh ernähren. Er, Köhler, wird aber garantiert nichts weiter rausbringen als dies alte Wahre: daß sich Wagner für seine Oper bei der Sozialrevolution genauso bedient hat wie später bei den Reichsgermanischen, bei der Kapitalismuskritik wie fast gleichzeitig (»Ring« und »Parsifal«) bei den Katholischen und Rom-Fans - Genaueres und Charakterstabileres ist bei diesem Chamäleon, bei diesem restlos kunstpragmatischen Amalgamierer und Eklektiker nicht drin - die »Meistersinger« und Teile des »Ring« und des »Tristan« sind doch gleichwohl frappant kunstreine und fast kunstkeusche Werke und als solche fast Weltneugeburten. Das Geschwätz über sie und ihre Hintergründe aber wird, Goethes Wort über den

Mozartschen Don Juan schmerzlich variierend , vermutlich noch ganze Generationen von besitzhabenden Fafnern und besitzgierigen Alberichen fast gleich prächtigst im Fleische stehen lassen.

Und mit dem letztlich komplett kunstfern ahnungslosen Engführungsgefuchtel Hitler-Wagner (oder bisweilen als dritter Depp vom Dienst: Nietzsche) halten sich vermutlich nächstens auch noch die nach 1975 geborenen Wissenschaftsdiener ziemlich über Wasser. Oder hoffen gar noch auf Unsterblichkeit. »Wagners Hitler«: schon recht mutig, die zwei dumpfsten aller deutschen Reizvokabeln, »Hitler« und »Wagner«, mittels eines Genitivs dummdreist aneinandergepappt - und frappanterweise »hat er gepaßt« (Karl Valentin), der Firmling in den Anzug, der Wagner in den Hitler.

Schon genial. Und dabei noch volksfürsorglich. Denn die ältere Demenz »Hitlers Wagner«, die hat ja bei uns psychokitzlig wirklich längstens ausgedient.

Gottfried Wagner: *Wer nicht mit dem Wolf heult. Autobiographische Aufzeichnungen eines Wagner- Urenkels.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 1997, *400* Seiten, *45* Mark

Joachim Köhler: *Wagners Hitler. Der Prophet und sein Vollstrecker.* Karl Blessing Verlag, München 1997, *512* Seiten, *44,80* Mark

Konkret 06/97, S. 60

Joachim Rohloff

»Ach, Adolf!«

Die beliebte »Querdenkerin« Sibylle Tönnies, ehemals RAF-Anwältin und jetzt Rechtsprofessorin in Bremen, plädiert für einen starken Staat, Arbeitslager und »echte Ethik«

Damals, 1968, war auch Sibylle Tönnies dabei, als RAF-Anwältin und Mitglied sogenannter »Basisgruppen« in Kiel und Hamburg: »Man sah sich auf der Seite der Zukunft, des Fortschritts; als Zahn mit einem Rad, das sich mit naturwissenschaftlicher Gesetzlichkeit unaufhaltsam vorwärtsdreht.« Nun ist das Rad endgültig ab, der Zahn aber, der so begnadet schreibt, darf den ehemaligen Genossen in der »Taz« ihre Geschichte und den Liberalismus erklären. Viele der Besten, die sich einst »in den dialektischen Materialismus, so sehr er praktisch schon damals diskreditiert war, eingefügt haben, um dem allgemeinen Guten eine solidere Stütze zu geben als das Nur-Moralische«, sind heute in der grünen Partei und haben »wieder nichts Verläßlicheres in der Hand.«

Ihnen Stecken und Stab in die Hand zu drücken, sie auf festen philosophischen Grund zu stellen, ihnen eine politische Perspektive und einen starken Bündnispartner zu verschaffen, fühlt Sibylle Tönnies, inzwischen Rechtsprofessorin in Bremen, sich berufen. Weil der »tote Hund« des Marxismus noch immer nicht tot genug ist, muß sie ihn immer wieder treten; aber auch mit dem Kommunitarismus und mit den Kriegstreibern in der eigenen Partei nimmt sie es jederzeit auf.

Nicht gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze, belehrt sie ihre alten Genossen, hätten sie 1968 gekämpft, sondern gegen den westlichen Universalismus, und damit hätten sie sich auf den »deutschen Sonderweg« begeben, der schon einmal zum Totalitarismus führte. »Wir müssen uns aber damit befassen, daß die Auflehnung gegen die >FdGO<, ... gegen die westliche Menschenrechtsideologie, der wir unsere besten Jahre gewidmet haben, ein Irrtum war.« Die Menschenrechtsideologie sei nämlich gar nicht ideologisch, sondern ein gutes Stück »echter Ethik«. Zurück zu Kant und zur Aufklärung, »wohin man uns im Gegenwartskundeunterricht der 50er und 60er Jahre hatte bringen wollen«, lautet deshalb das Gebot der Vernunft.

Noch immer wollten dagegen »die orthodoxen Restbestände des Sozialismus weismachen, die Idee des allgemeinen Guten sei ein Kind des Sozialismus«. Das wäre, wenn es denn stimmte, schlimm genug, hinderte aber Sibylle Tönnies auch nicht daran, diese Idee ausgerechnet staatlicher Obhut anzuvertrauen: »Die Altlinken müssen einerseits die unsolidarischen, aber in ihrer mobilisierenden Wirkung unentbehrlichen egoistischen Kräfte hinzunehmen lernen und andererseits über dieser Welt der antagonistischen Individualinteressen einen das Allgemeininteresse vertretenden Staat ertragen.« Sie hält das für liberal. Deshalb tut es weh, daß die »Taz« auf verspätete Liberale wie Frau Tönnies angewiesen bleibt und sich einen Lord Dahrendorf, der sein »Damaskus« bereits 1960 erlebte, noch nicht leisten kann. »Der Staat ist für Liberale immer bloß ein notwendiges Übel«, sagt Sir Ralf nämlich, und damit sagt er zwar auch nicht die Wahrheit, beweist aber wenigstens, daß er die liberale Ideologie einwandfrei intus hat. Dagegen klingt »die sittliche Idee, die vom Staat wahrzunehmen ist«, unangenehm nach Hegel und - es tut mir leid - nach »deutschem Sonderweg«. Kennt denn die Frau ihren Popper nicht? Ein Allgemeinwohl ist in der liberalen Staatsauffassung schon deshalb nicht vorgesehen, weil es keine Instanz gibt, die es verbindlich definieren könnte.,

Immerhin leugnet Tönnies die Existenz antagonistischer Interessen nicht, vielmehr sei deren Anerkennung ein entscheidender Vorzug liberaler Gesellschaften. »Die Offenkundigkeit des Antagonismus verhindert auch, daß der Staat heimlich zur Beute partikularer wirtschaftlicher Interessen w: -*, und* wenn das jetzt weitgehend der Fall ist, liegt das daran, daß die herrschende Ideologie weder rechts noch links einen Begriff vom Allgemeinwohl und der sittlichen Verantwortlichkeit hat, die nicht die Gesellschaft, sondern den Staat trifft.« Verhindert wird also, was der Fall ist, und man kann links einen Begriff haben und rechts noch einen, und dennoch sind beide allgemein. Und wenn sie nicht allgemein sind - wodurch unterscheiden sie sich vom je spezifischen Interesse?

Auf dieser philosophischen Grundlage treibt Sibylle Tönnies Politikberatung: »Will die SPD mehr im Auge haben als Gewerkschafts- und Unterschichtsinteressen, nämlich das Ganze, muß ihr am Wohlergehen der Wirtschaft liegen. Tatsächlich hat die SPD diesen Umschwung vorgenommen; sie hat aber dabei ihr Gesicht verloren und schleppt noch einen verschwommenen, scheinhaften Antikapitalismus mit.« Wohlgemerkt, das sagt nicht der Barbier der »FAZ«, sondern die Tönnies der »Taz«. Und das auch: »Die Grünen brauchen ein Gedankengut, das über den ökologischen Ansatz hinausgeht und das Allgemeinwohl nicht nur durch Naturschutz zu wahren sucht. «Wieder einmal schwingt sich der Kleinbürger zum Wahrer des Menschheitsinteresses auf. Daß Tönnies ihre pseudoliberale Zwangsvorstellung gerade den Grünen aufnötigt, hat offensichtlich sentimentale Gründe; ebensogut könnte sie dem CDU-Parteitag die Menschenrechte predigen, und sie hält denn auch »die Annäherung zwischen den Grünen und der CDU« für »eine der spannendsten Entwicklungen«.

Wenn er heute bei Sibylle Tönnies lesen muß, daß der Manchesterliberalismus »gescheitert« sei, weil er »die Massen verelenden ließ«, und daß »der internationale Marmeladenboykott gegen Südafrika zu der Herstellung gerechter Verhältnisse in diesem Land entscheidend beigetragen hat«, so erinnert sich vielleicht mancher »Taz«-Leser wehmütig

daran, in einem früheren Leben doch irgendwie schlauer gewesen zu sein. Denn »Objektivität - Unparteilichkeit - ist ein Wert, zu dem eine von Adorno beeinflußte Generation nur schwer zurückfinden kann. Das erweist sich in den gegenwärtigen Diskussionen, wo man die Partei der Ausländer, der Frauen, der Behinderten usw. vertreten sieht, niemals aber den objektiven Standpunkt, den des Ganzen.« Frau Tönnies ist halt Philosophin und versteht nicht viel von politischer Strategie. Das Ganze vertritt doch schon der Innenminister Kanther! Von diesem müssen sich die Grünen, um der Wählerstimmen willen, deutlich unterscheiden. Sitzen sie aber erst in den Ämtern, stellt Objektivität sich ganz von selber ein.

Zwar hieße es, wie gesagt, »einen toten Hund treten, wenn man den Marxismus noch desavouieren wollte; in Hinblick auf Adorno aber, dessen Zivilisationskritik sich aus dem marxistischen Absturz hat herausretten können, gibt es noch einiges wegzuräumen. « Wie fängt sie das nun wieder an? Ganz einfach: »Würde man die *Dialektik der Aufklärung* mit halbgeschlossenen Augen querlesen, würde man merken, in welchem Maße sie sich mit >Tötung der eigenen Kinder und Gattinnen, Prostitution und Sodomie< und anderen Schweinereien befaßt.« Adorno war nämlich schwer regressiv; dennoch bleibt uns eine psychoanalytische Deutung seines Werks glücklicherweise erspart. »Lassen wir bei der Beschäftigung mit den Schweinereien, die Adorno faszinierten, das Sexuelle außen vor. Es verdient eine besondere Untersuchung.«

Wenn Adorno vom Motiv des Blutopfers in der antiken Mythologie spricht, fallen Tönnies die Nazis und deren Blut und Boden ein, und schon hat sie die Totalitarismusthese ein weiteres Mal bewiesen. Wenn Adorno vom Warenfetisch spricht, unterstellt sie ihm, er wolle, weil der Gebrauchswert so schön konkret und sinnlich sei, die Entfremdung durch Subsistenzwirtschaft überwinden: »Sein Ziel liegt vor dem Tausch und ist tief archaisch.« Aber »die Tatsache, daß der Tausch bis heute oft ungerecht, >schlechter Tausch(, ist, kann seiner Idee nicht angelastet werden. Es ist die Aufgabe der Weltgesellschaft, weiter daran zu arbeiten, daß sich im Tausch keine Machtverhältnisse verfälschend auswirken: Die Bekämpfung der Monopole, die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer wirken in diese Richtung. Durch sie muß der Tausch zu dem geführt werden, was er seiner Natur nach ist: das Hin- und Hergeben von Äquivalenten.« Ohne den blassesten Schimmer von seinem eigentlichen Problem zu erhaschen, wie nämlich Aufklärung nach Auschwitz zu denken sei, hat Sibylle Tönnies das alte Ferkel Adorno abgestochen, uns darüber belehrt, daß der Tausch eine Idee ist, die eine Natur hat, und nebenbei einen Kapitalismus ohne Mehrwert erfunden. Ob allerdings, wenn der Arbeiter für seinen Lohn genau das kaufen kann, was er produziert hat, der Kapitalist sich noch an die Börse bemüht?

Die soziale Not wächst; zum Glück hat Sibylle Tönnies reichlich Moral eingemacht. Jetzt »müssen die moralischen Reserven angegriffen werden, damit die wachsende soziale Not gewendet wird«. Denn »auch darin hat der Liberalismus recht: Die Erlangung eines arbeitslosen Einkommens wirkt sich auf Arbeitsfähige demoralisierend aus. « Damit ist natürlich nicht gemeint, wer von Zinsen und Dividenden lebt; in der Arbeitslosenstatistik kommt er ohnehin nicht vor und leidet deshalb nicht unter »einer psychischen Verfassung, die man als >Deformation des Selbstkonzepts< bezeichnet, einer Identitätsauflösung, die mit dem Verlust der Zeitstruktur einhergeht und Depression, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit nach sich zieht. Nur wenige Glückliche sind imstande, dem durch eine selbstentworfene Alltagsgestaltung zu entgehen.«

Nun soll es Leute geben, die arbeiten dürfen und trotzdem saufen. Der Forderung nach einer selbstentworfenen Arbeitsgestaltung aber erteilt Tönnies eine philosophisch fundierte Absage: »Nach richtiger, insbesondere von Marx vorgetragener Auffassung verwirklicht sich der Mensch in seiner Arbeit. Man muß daran nicht die Folgerung knüpfen, daß die Produktionsmittel zu enteignen seien. Auch ohne diese Konsequenz, die sich als Irrweg erwies, behält die Basisannahme von der zentralen Bedeutung der Arbeit ihre Richtigkeit. Es muß nicht, wie Marx meinte, die unentfremdete Arbeit sein; dieses Luxuskonzept ist in einer arbeitsteiligen Gesellschaft undurchführbar. ... Das Bedürfnis nach Unmittelbarkeit und Unentfremdetheit der Arbeit hat seinen legitimen Ort im Künstlerischen, im Hobby, im Schrebergarten und so weiter. Auf die Gesellschaft angewandt aber sind diese Ideen das, was Marx der Religion nachgesagt hat: Opium des Volkes« und natürlich »tendenziell totalitär«.

Liberal ist es hingegen, dem natürlichen Arbeitszwang des Menschen Zwangsarbeit zu verordnen. Denn heute braucht es zur Einrichtung von Arbeitslagern keine Nazis mehr; es reichen soziale Not, moralische Reserven und das Allgemeinwohl. »Das Gebot der Stunde ist Arbeitsbeschaffung, die sich nicht von herrschaftsfrei diskutierenden Bürgern, sondern nur von einem selbstbewußten Staat organisieren läßt.« Wohlgemerkt, Sie lesen immer noch die »Taz«, nicht die »Junge Freiheit«.

Sibylle Tönnies will arbeitslosen Jugendlichen die Sozialhilfe streichen, wenn sie nicht »Flüsse wieder in ihre natürlichen Flußbetten legen und so weiter«. In der »Zeit« klagte sie unter der Titelzeile »Arbeitslager? Warum nicht! «, die Nazis hätten diesen schönen Gedanken mißbraucht: »Ach, Adolf!« Dieser Seufzer verursachte auf Marion Dönhoffs Lieblingsdamast einen Teefleck, der bis heute nicht rausging. Doch es wäre ungerecht, Tönnies eine besonders innige Beziehung zum Führer nachzusagen. Denn so sind sie halt, die jungen Leute des Jahrgangs 44: Mit allen akademischen Weihen gepudert, können sie, wenn's sein muß, doch schreiben, als hätten sie ihre Diskursethik bei Tiedje & Boenisch gelernt. Ach, Adolf, das mit den Juden mußte nicht sein, aber der »Impuls für staatlich organisierte Arbeit« war eine gute Sache. »Seine weitreichendsten Wirkungen hatte er in der Kibbuz-Bewegung - eine Ironie der Geschichte: Während die

von scheinbar deutschem Gemeinschaftsgeist getragene Arbeitslagerbewegung hier letzten Endes Lager schuf, in denen Menschen ausgegrenzt (!) und umgebracht wurden, trug sie in Israel die schönsten Früchte. «

Ich weiß noch eine Ironie: Die Studentenrevolte schuf die Bremer Reformuniversität. Und dort fordern biedere Alternativmuttis nun, die verkommene Jugend ganz aufgeklärt und liberal ins Arbeitslager zu stecken.

Konkret 06/97, S. 62

Michael Hahn

Buch & Deckel

Claus Leggewie: America first? Der Fall einer konservativen Revolution. Fischer Taschenbuch, Frankfurt a.M. 1997, 319 Seiten, 19,90 Mark

Claus Leggewie hat Schreibhemmung. Der Politologe, der in den vergangenen zehn Jahren ungefähr ebensoviele Bücher verfaßt und (nicht nur) die »Taz«-Leserschaft mit unzähligen Debattenbeiträgen (nicht nur) Ober Multikultur erfreut hat, schafft es nicht, zwei Wörter zu Papier zu bringen: Rassismus und Antisemitismus.

Im Januar ist Leggewies neuestes Buch erschienen. Es schildert die »konservative Revolution« in den von Bill Clinton und Newt Gingrich regierten USA. Leggewie, der 1995 von der Universität Gießen an die New York University wechselte, zeichnet nach, wie die Republikaner nach ihrem Wahlerfolg im November 1994 im US-Kongreß darangingen, bestimmte Kompetenzen des Bundesstaates systematisch einzuschränken - zum Nutzen der großen Konzerne, die von der Deregulierungs-Offensive nur profitieren können. Dabei beschreibt Leggewie ausführlich die rechtspopulistische Massenbasis: christliche Fundamentalisten, Waffennarren, Wehrsportgruppen (»Militias«). Er stellt dar, wie fließend die Übergänge zwischen Konservativen und nazistischen Rechten in den USA geworden sind. Als »Wendepunkt« (zum Schlimmeren) bezeichnet er zu Recht den Beinahe-Wahlsieg des Nazis David Duke im November 1991 in Louisiana (s. KONKRET 3/92).

Aber spätestens bei Dukes Gevatter Pat Buchanan schlägt die Schreibhemmung wieder zu. Leggewie versucht verzweifelt, das Prädikat »antisemitisch« zu vermeiden, und schreibt: »kontrasemitisch«. Immerhin fällt auch ihm auf, daß Buchanan mit Vorliebe »jüdische« Nachnamen aufzählt (Goldman, Greenspan, usw.), wenn er gegen »Wall Street« wettert. Aber Leggewie liegt falsch, wenn er solche Ressentiments nur an der rechtspopulistischen Basis der Republikaner erkennt. Auch der Mainstream beherrscht den Code. Wenn der »seriöse« Robert Dole gegen die »liberale Elite in New York und Hollywood« Wahlkampf führt, dann weiß er, daß der Stammtisch in Kansas dies mit »Jew York« und »jüdische Filmstudios« übersetzt.

Auch die im vergangenen Sommer verabschiedete Wohlfahrtsreform bedient rassistische Ressentiments. Leggewie selbst sitzt den Propaganda-Lügen auf. Wohlfahrtsempfänger seien »in der Regel Schwarze«, die ihre mageren Schecks als »Daueralimentierung« verstünden. Mit derartigen Konstruktionen zimmern Dole und Clinton politische Mehrheiten aus »weißen Steuerzahlern« gegen »schwarze Taugenichtse«.

Weil er vom Antisemitismus und Rassismus nichts wissen will, verkennt Leggewie die eigentliche Triebkraft der rechtspopulistischen Revolte. Die konservativen Revolutionäre sind nicht einfach gegen »den Bundesstaat« oder »die Bürokratie«. Der Staat ist willkommen, wenn er Knäste baut und Scharfrichter bezahlt. Bürokraten werden geschätzt, solange sie sich nicht um die Wohlfahrt der unnützen Esser, sondern um den Wohlstand in den Suburbs kümmern, solange sie nicht Schwarze »daueralimentieren«, sondern Eigenheime von der Steuer befreien.

Der Haß gegen »Washington« (bzw. gegen das Zionist Occupational *Government,* wie es rechts außen heißt) speist sich aus Rassismus. Er richtet sich gegen den Bundesstaat, weil der Sozialhilfe auszahlt und Antidiskriminierungs-Maßnahmen beschließt - jedenfalls bis vor kurzem. Seit die Bürgerrechtsbewegung das allgemeine Wahlrecht erkämpft hat, haben Afroamerikaner Positionen im bürgerlichen Staat erobert, die ihnen nicht mehr genommen werden können.

Der Schlüssel für die republikanische Hegemonie liegt in den Südstaaten, in denen die Mehrheit der weißen Wähler offensichtlich immer noch nicht akzeptieren will, daß Schwarze gleichberechtigt am politischen Leben teilnehmen (»Überfremdungsangst« nennt dies Leggewie). Deswegen stimmen dort nicht nur die Bosse, sondern auch weiße Proleten gegen die Nigger-loving-Demokraten und für die republikanischen Reaktionäre im Kongreß - und helfen so mit, daß sich »südliche« Verhältnisse (Rassismus, niedrige Löhne, niedrige Steuern) in den USA noch weiter ausdehnen.

Daß sich diese Proleten damit ins eigene Fleisch schneiden, ist die Tragik der US-Geschichte: Schon im 19. Jahrhundert zerbrach die US-Arbeiterbewegung am Rassismus der Weißen (und nicht an »ethnischer Zersplitterung«, wie es Leggewie nennt), die in den befreiten Sklaven und einwandernden Chinesen keine Klassengenossen, sondern nur Konkurrenten erkennen wollten. An den Folgen leidet die US-Linke bis heute.

Die unnützen Wahltabellen im Anhang sollen dem Verlag wohl als Beweis dienen für die Aktualität des erst nach den Novemberwahlen fertiggestellten Buches. Für ein gründliches Lektorat blieb da anscheinend nur wenig Zeit, sonst hätte man Leggewie vor etlichen Fehlern (z.B. war Mario Cuomo nicht Senator, sondern Gouverneur des Staates New York) und sprachlichen Fehlgriffen wie »restriktive Eindämmung der Einwanderungspolitik« bewahren können.

Konkret 06/97, S. 62

Ralf Schröder

Buch & Deckel

Noam Chomsky / Heinz Dieterich: Globalisierung im Cyberspace. Märkte, Demokratie und Erziehung. Horlemann Verlag, Bad Honnef 1996, 213 Seiten, 24 Mark

Zwei Dinge können jede Erkenntnis verhindern: Ideale und Wut. Die ins Schriftwort übersetzte Wut erzeugt emotionsdurchtränkte Pamphlete mit bestenfalls agitatorischem Wert, und wer die Wirklichkeit an Idealen mißt, statt letztere als Teil der ersteren zu begreifen, dem wird die analytische Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse regelmäßig mißraten. Das war bisher exemplarisch am Schriftgut der autonomen Szene nachzuweisen, doch haben Noam Chomsky und Heinz Dieterich mit ihrem Buch *Globalisierung im Cyberspace* nachgelegt, wobei Chomsky eher für die Wut und Dieterich für die Ideale zuständig ist. In seinem fünfundzwanzigseitigen Aufsatz weist Chomsky folgendes nach: Daß die US-Politik schon immer von Schweinehunden gemacht wurde und der Kalte Krieg nicht wirklicher Anlaß, sondern nur ein neuer Vorwand war, allerhand Verbrechen zu begehen; daß »freie Märkte« nie wirklich existiert haben, sondern immer schon vom (US-)Protektionismus unterminiert waren: »Wäre es den Marktkräften erlaubt worden zu funktionieren, gäbe es heute keine US-Stahl- oder Automobilindustrie mehr.« Insofern sei es »ein gutes Stück Irreführung«, die globale soziale und ökonomische Krise den »unerbittlichen Marktkräften« zuzuschreiben. Die staatlichen Agenten des - vor allem gegen die Dritte Welt gerichteten - Protektionismus firmieren unter dem Etikett »wirklich kriminell«: »Liebe für die Reichen, Brutalität für alle anderen.« »Spekulanten« und eine »enorme Explosion des unregulierten Finanzkapitals« spielen irgendwo auch eine Rolle, mit der Folge, daß angesichts sinkender Löhne und notwendiger »Überstunden« die »Zeit für Kontakte zwischen Eltern und Kindern radikal zurückgeht«: »Ein kinder- und familienfeindlicher Geist« mache sich breit, angetrieben durch »riesige Propagandaeinichtungen« des »Indoktrinieungssystems«, das »enormes Kapital und viel Energie darauf verwendet, Menschen in atomisierte Konsumenten und gehorsame Werkzeuge der Produktion zu verwandeln.«

Was ist daraus zu lernen?

»Das quasi-merkantilitische System des transnationalen Korporations-Kapitalismus ist voll von der Art von Herrschaftsverschwörungen (conspiracies of masters), vor denen Adam Smith so ausdrücklich gewarnt hat.« Damit wären wir vollends bei den Idealen: Heinz Dieterich analysiert den vorherrschenden Neoliberalismus umstandslos und durchweg als »reaktionären Staatskapitalismus«, dessen Kennzeichen der wachsende unmittelbare Einfluß der transnationalen Konzerne (TNK) auf die Politik ist. Und zwar auf die Weltpolitik: »Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Gruppe der G-7, die Nato, die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank usw. sind konstituierende Elemente des weltkapitalistischen Protostaats, der begonnen hat, normative und repressive Funktionen im Interesse der transnationalen Konzerne weltweit zu erledigen, bis der definitive globale Staat der Weltbourgeoisie installiert werden kann.«

Das ist, gelinde gesagt, Unfug - zumal als Leitmotiv: Die genannten Institutionen fungieren noch allemal vorrangig als Vermittlungsorte für die widerstreitenden Interessen nationaler : Bourgeoisien, die Verhandlungszimmer sind Ersatz fürs Schlachtfeld, womöglich dessen Vorstufe. Geht die imperialistische Konkurrenz in der Globalisierung unter, wird alles andere schräg: Bei Dieterich, der sich als Liebhaber »autochthoner Strukturen« und »nationaler Selbstbestimmung« ausweist, findet das Motiv von der »Weltbourgeoisie« seine Entsprechung in einer : von den TNK »gewünschten Anthropologie des Cyberspace«: »Die Mediensozialisation einer ihren Traditionen entwurzelten Bevölkerung, die der neuen visuellen Kommunikation (Bildkultur) ohne objektive Interpretationsmuster der Wirklichkeit und historisches Bewußtsein ausgeliefert ist, stellt das Opium für jene dar«, die in den »Elendsvierteln, Slums und Favelas der Dritten Welt« endlos fernsehen. Heraus kommt der »semiotische Mensch« und eine »homogenisierte Weltkultur«, die sich im TV-Sektor im »sicheren Dreischritt zum Profit der Aktionäre« outet: »Sport, Gewalt, Sex.«

Ganz unappetitlich wird die konservative Kulturkritik nicht nur durch die ständige Anrufung Huxleys & Orwells, die ständige Verwendung des Terminus »Fünfhundertjähriges Reich«, den Vergleich von Armen-Ghettos mit »Konzentrationslagern«, sondern auch durch die unmotivierte Verwendung einer religiösen Metaphorik: »Ist im Mythos der jüdischchristlichen Schöpfungsgeschichte die Welt geschaffen nach dem Bild des Demiurgen, so gilt dies für die Realität der neuen Genesis in besonderem Maße. Die neue Ökumene wird konstruiert auf der Basis der Vorstellungen und Interessen einer Handvoll transnationaler Unternehmen ... « usw. Dieterich konfrontiert das schlechte Jetzt mit Demokratie-Klassikern und kommt zu dem gewohnt falschen Ergebnis, im »modernen Parlament« habe »die instrumentelle Rationalität der Interessen und Machtvorteile den Platz der Argumente eingenommen«. So haben bürgerliche Parlamente immer funktioniert, Dieterich will dennoch eine »Bewegung« aus »kritischen Intellektuellen und gesellschaftlichen Massen«, die »aus der Perspektive des Humanismus und der Solidarität den Kampf gegen das Wertgesetz wieder aufnimmt«. Das wird kaum gehen, denn Humanismus und kapitalistisches Wertgesetz bilden eine historische Einheit, die allein mit, sagen wir,

dem Kommunismus aufzubrechen wäre.

Konkret 06/97, S. 63

Martin Krau

Buch & Deckel

Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden. VSA Verlag, Hamburg 1997, 208 Seiten, 34,80 Mark

»Grau ist alle Theorie, maßgebend ist auffem Platz«, hat Adi Preißler von Borussia Dortmund in den fünfziger Jahren als maßgebliches methodisches Postulat hinterlassen. Da er statt »Platz« genauso gut »Feld« hätte sagen können, muß er in der Retrospektive durchaus als kompatibel zum französischen Soziologen Pierre Bourdieu gelten.

Der Begriff des »Feldes« spielt bei Bourdieu nämlich eine zentrale Rolle. Im Mittelpunkt seines Verständnisses von emanzipatorischer Politik stehen nicht die großen Apparate, also der Staat etwa oder die Parteien oder Gewerkschaften, in denen man mittun oder die man bekämpfen kann, die aber meist ahistorisch als irgendwie existierend und unveränderlich begriffen werden, sondern das historisch entstandene »Feld« als dauernder Kampfplatz, wo Macht stets konstruiert, destruiert und rekonstruiert wird. »Der Daseins- und Bestimmungsgrund einer Institution (oder einer administrativen Maßnahme) und ihrer sozialen Effekte«, schreibt er in dem neu erschienen Sammelband *Der Tote packt den Lebenden,* »ist nicht im >Willen< eines Individuums oder einer sozialen Gruppe, sondern im Feld antagonistischer oder komplementärer Kräfte zu finden.« Erst mit diesem historisierten Gesellschaftsverständnis und der Zurückweisung funktionalistischer Vorstellungen von omnipotenten gegnerischen Mächten ist es nach Bourdieu möglich, zu einer emanzipatorischen Praxis zu gelangen. »Dies Prinzip der fortwährenden Bewegung, die das Feld durchzieht, hat seinen Sitz nicht in irgendeinem ersten unbewegten Beweger«, argumentiert Bourdieu gegen die Idee, alles Üble dieser Welt sei von einem zynischen Strategen ausgetüftelt worden, »sondern findet sich im Kampf selbst, der, von den konstitutiven Strukturen des Feldes produziert, dessen Strukturen, die Hierarchien, reproduziert.«

Der Vorzug dieser Herangehensweise liegt m.E. darin begründet, daß sie dem Wissenschaftler die Möglichkeit der Intervention eröffnet. So äußert sich Bourdieu mit dem gleichen theoretischen Ernst gegen die von der französischen Regierung beschlossene Senkung des Berufsanfängerlohns oder diskutiert einen alternativen Ökonomiebegriff, der mit Kategorien wie politisches oder kulturelles Kapital versucht, Ökonomismus zu überwinden, ohne von der Kritik der politischen Ökonomie zu lassen. Oder befaßt sich mit den Gefahren des »Modells Tietmeyer«, d.i. die deutsche Hegemonie im europäischen Integrationsprozeß.

In dem Band *Der Tote packt den Lebenden,* der - leider mitunter holprig übersetzt - vorliegt, finden sich sehr unterschiedliche Aufsätze und Interviews von und mit Bourdieu. Gerade als Lektüre für diejenigen, die sich bisher mit Bourdieu und seinen zentralen Begriffen »Feld« und »Habitus« nicht so sehr beschäftigt haben und Bände wie *Die feinen Unterschiede* oder *Homo Academimcus* zu dick oder zu kompliziert finden, scheint mir dieser von Margareta Steinrücke herausgegebene Band empfehlenswert.

Und was das mit Adi Preißler zu tun hat? Auch Bourdieu ist die Praxis wichtig, auch Bourdieu verweist auf die vielfältigen Optionen, die dem Individuum bei aller Einschränkung durch gesellschaftlich entstandene Strukturen immer noch bleiben, und auch Bourdieu hat sich schon oft mit Sport befaßt - nur leider nicht in diesem Buch.

Konkret 06/97, S. 64

Jens Hoffmann

Charmante Kritik! Räuberpistole!

Zwei Autoren haben Wolfgang Pohrts Bandenstudie »Brothers in Crime« gelesen. Und sind nicht einer Meinung

Erfreulich am insgesamt unerfreulich fortdauernden Kapitalismus ist, daß im Rückblick präzisere Bewertungen seiner Entstehungsbedingungen und der von ihm hervorgebrachten Phänomene möglich werden. Besonders beliebt ist diese friedliche und in der Regel praktisch konsequenzlose Tätigkeit nicht, weil die so oder so Lebenden dadurch an Ereignisse erinnert werden, die sie aus Selbstschutz- und Selbsterhaltungsgründen auszublenden gelernt haben. Der Boden, auf dem sie stehen, ist ihnen lieb und teuer. Vielleicht gerade weil es einer aus zerstampften Knochen ist. Wer rekonstruiert, wie die Knochen dort hingekommen sind, gilt als Stänkerer und wird nach Möglichkeit gemieden. Leute, die im Geschäft bleiben wollen, können sich keine energiefressenden Betriebsstörungen leisten. Die vom »Manager«-Magazin zum Thema Kündigung in Umlauf gebrachte Parole »Probleme, die man nicht lösen kann, muß man loswerden«, ist schon lange fester Bestandteil des gesellschaftskonformen, durchschnittlich brutalen Alltagsbewußtseins.

Die Weltsicht, die Wolfgang Pohrt in seinem jüngsten Buch präsentiert, ist, wie immer bei diesem Autor, vollständig unvollständig. Die Jungs kämpfen, tun und rackern pausenlos, schmieren die Angeln der Welttürchen, machen sich in Kriegen gegenseitig tot, bewähren sich als Zuhälter und Theoretiker, während Frauen - abgesehen von Hannah Arendt, Bonnie Parker und Balzacs Esther - offensichtlich aus unsichtbarem Material zusammengesetzt sind. Mit lustiger Regelmäßigkeit taucht in Pohrts Texten eine Frau auf, die sich, weil Supermann gerade Zigaretten holt oder im Schützengraben hockt, »mit einem anderen tröstet«. Dieser femina obscura wird in *Brothers in Crime* jetzt auch zusätzlich der Spaß »am Alleinleben« gestattet. Doch ansonsten ist, wo bei Pohrt »Mensch« steht, ausschließlich »Mann« drin. Logisch ist, daß ein Teil des potentiellen Publikums von solch beschränkten theoretischen Perspektiven erst gar nichts wissen will. Feministische Fortschritte sind vom Autor wohl nicht unbedingt zu erwarten.

Pohrts Stärke hingegen liegt in der charmanten Pulverisierung pro- beziehungsweise antikapitalistischer Legenden und in der Produktion von begründeter Ratlosigkeit. Der mit *Brothers in Crime* vorgelegte Bericht unterscheidet und kommentiert für den Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart drei sich überschneidende, soziale Entwicklungsstufen in den westlichen Gesellschaften:

1. Die in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts trotz des allerorts propagierten freien Unternehmertums sichtbar werdende Schwächung der gesellschaftlichen Eliten. Die Subjekte »ängstigen sich vor der Einsamkeit, ihr Leben ist bestimmt durch die Flucht vor einem Grauen. Aber der Drang, die Spaltprodukte in der Bande wiederzuvereinigen, dominiert noch nicht.« Im Unterschied zu den Figuren Balzacs spielen etwa Maupassants Helden das große Gesellschaftsspiel »ohne Begeisterung und triumphale Gefühle. Gruppen und Einzelne bestehen fort, aber ihr Verhältnis zueinander besitzt keine Spannung mehr ... « - »Schwere Gefühlskonflikte belasten sie nicht.« Der Held von *Bel Ami* kann den erschwindelten häuslichen Prunk nicht genießen, »weil er die Gegenstände nicht erreicht. Ein Teil seines Lebens werden sie nicht, die Person bleibt daher inmitten von allem Luxus arm.« Beziehungslos und asozial ist auch das Verhältnis der Personen untereinander: »Keine Sekunde hält einer sich mit Trauern auf, keine Sekunde ruft der Tod eines nahestehenden Menschen Distanz zum eigenen Alltag hervor. Der Tod bewirkt kein Innehalten, keine Unterbrechung.« Selbst die Wohlhabenden sind »den Verhältnissen restlos ausgeliefert, alle sind schutzlos, einsam und schwach«.

2. Die im Deutschland der Jahrhundertwende als Reaktion auf die aussichtslose Vereinzelung der Subjekte entstehende todessehnsüchtige Jugendbewegung mit ihren einander ausschließenden, irrwitzigen Weltanschauungsgemeinden. »Man möchte Banden bilden, aber es mißlingt. ... Was unter Bandenbildung wirklich läuft, ist Zelten mit Lagerfeuer und Geländespiel als Zeitvertreib.« Die fatalistischen Schüler und Abiturienten mögen an eine andere, bessere Welt nicht mehr glauben. Überzeugt vom unveränderlichen, ewigen Kreislauf der Materie und fasziniert von der Macht des Schicksals formieren sie sich schon in Friedenszeiten als Selbstmordkommando. »Nicht aber, wie vielfach angenommen, in den Kampfspielen der Halbwüchsigen selber kündigt der bevorstehende Krieg sich an, sondern in der Tatsache, daß Halbwüchsige zum Indianerspielen große Organisationen und erwachsene Anführer brauchen. Aus eigener Kraft bilden sie keine Banden. Die kleine Gruppe ist sich selbst nicht genug, weil der asoziale Impuls, der sie ins Leben rief, sie auch schwächt. Sie weckt in den Einzelnen den Wunsch, im großen Ganzen aufzugehen, vor dem sie zurückgewichen sind. Der Grund dafür ist, daß sie nirgends die gesuchte Nähe und Wärme finden. Sie werden nie satt, sie hungern immer weiter, in der kleinen Gemeinschaft nach der ganz großen, aus deren Beziehungslosigkeit sie in die kleine Gruppe geflüchtet waren.« Sie ließen sich von der Armee kassieren und in die Schlachten des Ersten Weltkrieges werfen. Die Toten nachträglich »als Opfer von überdrehtem Patriotismus und überzogenem Heldenkult auszugeben«, hält Pohrt für falsch. »Wahrscheinlicher ist, daß sie gestorben sind, weil sie sterben wollten.« - »Die Menschen verhalten sich, als wenn sie wüßten, daß gegen Einsamkeit im Alter der frühe Tod ein besseres Mittel als die frühe Ehe ist. «

3. Schließlich die während der 20er Jahre in den Elendsvierteln US-amerikanischer Großstädte entstehenden, rivalisierenden Banden mit engen Geschäftsbeziehungen zu staatlichen Instanzen und lokalpolitischen Repräsentanten. »Statt außerhalb der Gesellschaft zu stehen, sind die neuen Banden ein Teil von ihr.« Die Reviere sind nichts mehr als »kleine Käfige im großen«, in denen die Gangboys »unentwegt ... die gleichen Plätze ab(grasen) wie Wachpersonal beim Rundgang.« - Die Jungs streifen umher, ständig die Nase im Wind, ständig auf der Suche nach was Neuem, wie urlaubender Mittelstand heute nach Fun, Action und Event. Obgleich sie dabei viel rumkommen, entsteht keineswegs, was als ein Leben voller Spannung und Abenteuer zu bezeichnen wäre, sondern eher entsteht das genaue Gegenteil davon.« Sie »sind immer unterwegs und kommen nicht von der Stelle.« Und im Rückblick beweise der kurzzeitige politische Erfolg des ehemaligen Slumkindes Al Capone nur, »daß seine Methoden sich durchgesetzt haben. ... Andere, die mächtiger sind als er, werden sich dieser neuen Methoden bedienen, und irgendwann sind sie Standard.« Als dann 1933 das Bundes-Prohibitionsgesetz außer Kraft trat, war die heroische Zeit des Bandenwesens endgültig vorbei. »Man brauchte kein Held mehr zu sein, um Gangster zu werden. Denn alles war Bande, und das Ensemble, das die Banden bildeten, nennt sich heute zum Beispiel Pluralismus. Der Ausdruck bedeutet, daß die Gesellschaft sich aufteilt in Gruppen, deren Bildung keiner Logik gehorcht. ... Ihr einziger Daseinsgrund ist der Wille der koalierenden Einzelnen, beim Verteilen der Beute nicht zu kurz zu kommen.«

Pohrt schließt mit der Vermutung, daß »mit der Befähigung zur Bandenbildung ... die zur Herrschaft generell zurück(geht), weil Staatsmann und Gangsterboß von den gleichen Grundqualifikationen zehren.« Es »scheint die Kraft zu fehlen, welche nötig ist, wenn man die Einzelnen fürs Kollektiv begeistern will. Tendenziell kämpft jeder gegen alle und nur für sich.«

Im Untertitel seines Berichts hat Pohrt die Überflüssigkeit der Menschen als ihre augenfälligste Gemeinsamkeit bezeichnet. Sinnvoll wird diese Bestimmung, da Menschen entweder immer oder nie überflüssig beziehungsweise notwendig waren und sind, erst in konkreten Verhältnissen. Im Vergleich mit den von Pohrt so sehr geschätzten Helden Balzacs etwa, »die nicht aus Berechnung handeln, sondern aus Leidenschaft«, die »Distanz bewahren zu dem, was sie notgedrungen treiben«, deren »Sarkasmus die Haltung des Ohnmächtigen ist, der seine Würde verteidigt«, mögen die zerquälten Penner Maupassants und die in Revierkäfigen rotierenden, schwer bewaffneten Gangster der Gegenwart überflüssig sein. Nur ist die Frage, ob die Lebenden die auch so schon bedrohten Reste spekulativer Phantasie mit dem Hochhalten von Begriffen verschwenden sollen, die nach Parfumwerbung und sentimentalem Wertkonservatismus klingen. Derselbe Wertkonservatismus übrigens hält Pohrt regelmäßig dazu an, Scheidungsstatistiken als Indiz für die Beziehungsunfähigkeit der Individuen zu zitieren.

In der schönsten Passage von *Brothers in Crime* tauchen angemessen schemenhaft einige Leute auf, von denen auch bei Pohrt bislang noch nichts zu hören war. Von Leuten, die ungeeignet sind »zur Ausübung von Herrschaft«, ist da die Rede. Leute, die sich zurückziehen, wenn ein Ziel erreicht ist, und nicht im Triumphmarsch einmarschieren und Beute machen mögen. Dementsprechend bleiben sie unsichtbar in *Brothers in Crime.* Und vielleicht sind sie ja auch bloß ein Druckfehler. Mit der aus Vergangenheit und Gegenwart bekannten heiligen Guerilla, die Pohrt in diesem Zusammenhang auf sehr sympathische Weise kritisiert, haben sie jedenfalls nichts zu tun.

Ob es nun eine Tatsache oder nur eine als Tatsache verpackte, leicht verbitterte Wahrnehmung des Autors ist, »daß die Menschen einander mit den Augen von Plünderern taxieren«, mögen diejenigen Pro- und Contra-Pohrts entscheiden, die das Entscheiden nicht lassen können. Wer unbedingt gesellschaftstheoretische Glaubenssätze finden will, wird sie auch bei Pohrt finden. Möglich immerhin, daß *Brothers in Crime* eines Tages eine ähnliche Bedeutung wie Kracauers Angestellten-Studie von 1929 haben wird.

Wolfgang Pohrt: *Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliquen, Banden, Rackets und Gangs.* Edition Tiamat, Berlin 1997, 224 Seiten, 32 Mark

Konkret 06/97, S. 64

Jan Pehrke

Charmante Kritik! Räuberpistole!

Zwei Autoren haben Wolfgang Pohrts Bandenstudie »Brothers in Crime« gelesen. Und sind nicht einer Meinung

Die Weltgeschichte ist nach Wolfgang Pohrt eine einzige Räuberpistole mit der ursprünglichen Akkumulation als ökonomischem Sündenfall und kriminellen Vereinigungen als historischen Subjekten. Der Staat stellt die Spätform der Verbrecherbande dar, so wie die Verbrecherbande im Erfolgsfall die Frühform des Staates verkörpert. In der molekularen Struktur von Banden, Gangs und Rackets sucht ein jeder Unterschlupf, der alleine nicht existieren kann und doch nicht in der amorphen Masse aufgehen will.

Damit kann sich das Genre des Kulturpessimismus um eine weitere düstere Diagnose reicher wähnen. Die Mühe, sein Werk von Bocksgesängen, Untergang-des-Abendlandes-Litaneien und anderen rechten Denk-Apokalypsen abzugrenzen, macht Pohrt sich nicht. Im Gegenteil, er tut's noch darunter und schöpft alles ab, was derzeit an medialen Wehs, Achs und Stöhns so im Umlauf ist. Als da wären: der Werteverfall, der Mob, die Russenmafia, der Verlust der Bindungen, der Niedergang der politischen Kultur, das Pulverfaß Balkan und die scheinbaren Tutsi-Hutu-Unübersichtlichkeiten. Und er versucht noch zu toppen: »Dabei stellen die Vielen im Gefängnis nur einen kleinen Bruchteil derer da, die dort eingesperrt sein müßten, damit man draußen wieder sicher ist.«

Pohrts Banden-Strukturalismus sieht überall identische Muster, die zusammengenommen aber keine einförmige Ordnung, sondern ein heilloses Durcheinander produzieren. Der Räuber ist wie der Gendarm, der Politiker wie der Kriminelle, das Leben wie der Tod und die polynesische Familie wie die Belegschaft einer modernen Fabrik. Überall ist dieselbe kriminelle Energie am Werk - die Bezeichnung »Baader-Meinhof-Bande« paßt dem Autor wunderbar ins Konzept -, und überall versucht man vergeblich, lebenslangen Urlaub vom Ich zu nehmen, das zu nichts mehr nutze ist. Ob dafür die Jugend-, Lebensreform-, Arbeiter-, Gewerkschafts-, NS-, Protest- oder die Friedensbewegung auserkoren wird, fällt nicht weiter ins Gewicht.

Den Tiefpunkt linker Misogynie erreicht Pohrt, wenn er seine Gleichheitszeichen auch zwischen KZ-Wärter und KZ-Insassen setzt. Aus der Tatsache, daß es in den Lagern ein kulturelles Leben gab, bestehend aus Theater-Aufführungen, Vorträgen und Konzerten, leitet er einen universellen Spieltrieb der »Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit« (Buch-Untertitel) ab: »Den Deutschen gefiel es, die Juden zu deportieren und zu töten, einen Grund dafür oder einen Nutzen davon hatten sie nicht. Auschwitz, ihr Gesamtkunstwerk, war der Triumph des gleichen spielerischen Willens, der aus Lagerinsassen Amateurschriftsteller machte.«

Nur einmal blitzte für den Autoren Morgenrot am Horizont der Geschichte auf: als das bürgerliche Zeitalter anhob und dem Einzelnen die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit fernab von gesellschaftlichen Zwängen verhieß. Aber damit war es nicht weit her. Lehnten sich die Figuren Balzacs, emanzipatorisch angeweht, noch heroisch gegen die Zwänge der Gesellschaft auf, so nahmen die Helden des spätbürgerlichen Maupassant in Bei Ami schon gar keine tragische Kluft zwischen sich und der Welt mehr wahr und gingen klaglos im Allgemeinen auf. Der 1. Weltkrieg besiegelte diesen historischen Kurzausflug dann endgültig, indem er mit seinen Schlachten wieder zum »Business as usual« der Zeitläufte aufschloß.

Daß uneingelöste bürgerliche Ideale den Fixpunkt von Pohrts Kulturpessimismus bilden, ist zwar politisch überraschend, methodisch aber konsequent, denn nur jemand, der affektiv an die annoncierten Werte einer Gesellschaft gebunden ist, kann von »Verfall« sprechen, wo andere nur den ganz alltäglichen Kapitalismus waten sehen. Aus einem enttäuschten Kulturoptimismus wird so Kulturpessimismus, ein Idealismus »without a cause«.

Der Titel eines in dem Buch zitierten Reemtsma-Aufsatzes, der sich mit den Schwierigkeiten beschäftigt, im Libanon, in Peru und in Serbien noch die Guten auszumachen, illustriert diesen amputierten Manichäismus gut: Er lautet in Abänderung von Sergio Leones »The good, the bad and the ugly« einfach »... the bad and the ugly« (womit Reemtsma noch nicht dem Kulturpessimismus zugeschlagen werden soll). Und nur wer emphatisch an die Blüte des Individuums geglaubt hat, kann mit der soziologischen Triade aus Ich, Masse und der Bande als Zwischenglied ein Modell entwickeln, das ein negatives Abbild dieses Glaubens darstellt.

Sich nicht aus der Vorstellungswelt ihrer Klasse lösen zu können, der von ihr fabrizierten Wirklichkeit aber fremd gegenüberzustehen, ließ auch die deutschen Bildungsbürger am Ende des 19. Jahrhunderts zu Nihilisten werden. Von Bismarcks schnöder Realpolitik ebenso vor den Kopf gestoßen wie vom seelenlosen Maschinenpark, den ihnen die fleißigen wirtschaftsliberalen Klassenbrüder vor die Nase gesetzt haben, und obendrein noch vom Sozialismus als Feind auserkoren, blieb ihnen scheinbar nur das Nichts als Exil - bis ihr Heil mit Hitler kam.

Man möchte wünschen, daß Wolfgang Pohrts Ansatz keine Schule und als möglicher philosophischer Überbau antinationaler Positionen und der linken Goldhagen-Rezeption keine Karriere macht.

Wolfgang Pohrt: *Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliquen, Banden, Rackets und Gangs.* Edition Tiamat, Berlin 1997, 224 Seiten, 32 Mark

Konkret 06/97, S. 67

Boris Gröndahl

Fame, money and beautiful lovers

Die Kommunikationsguerilla will die herrschende Ordnung untergraben. Entsprechende Anleitungen dazu gibt es jetzt im Handbuch

Ausgesuchte Mitglieder der Elite der italienischen Gesellschaft erhielten 1975 eine Broschüre mit dem umständlichen Titel »Wahrhafter Bericht Ober die letzten Chancen, den italienischen Kapitalismus zu retten«, deren Verfasser mit dem Pseudonym »Censor« gezeichnet hatte. »Censor« begründete darin, daß die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung des durch autonome Streiks und Studentenrevolten erschütterten Landes darin bestehe, die kommunistische Partei PCI in die Regierung einzubeziehen. Ängste vor dem PCI seien unangebracht. Die revolutionären Tendenzen im PCI seien bloße Rhetorik, tatsächlich hatte die Partei ein eigenes Interesse an der Kanalisierung und Bürokratisierung der Proteste.

Bezeichnenderweise erhob der PCI selbst keinen Widerspruch gegen die Aussage von »Censors« »Bericht«. Die bürgerliche Presse beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Rätselraten um die wahre Identität des Verfassers, ohne seine Analyse in Zweifel zu ziehen. Vom Autor wurde angenommen, daß er selbst ein Mitglied der italienischen Elite sein müsse, oder daß er im geheimen Auftrag des PCI gehandelt habe.

Fake- und Camouflage-Aktionen wie diese gehören seit langem zum Repertoire der Linken. Sie seien ein Versuch, sich dem Problem zu stellen, daß »politische Inhalte nicht nur wegen ihrer Richtigkeit ... akzeptiert werden«, erklärt das soeben erschienene *Handbuch der Kommunikationsguerilla:* »Wo Aufklärung nicht ankommt, kann Kommunikationsguerilla die wirksamere Taktik sein. « Im geschilderten Fall bekannte sich der linksradikale Situationist Gianfranco Sanguinetti dazu, die Broschüre verfaßt und verbreitet zu haben, um damit die systemstabilisierende Rolle des PCI im Italien der 70er Jahre zu entlarven.

Spaßguerilla, Situationismus, Dada, Yippies, Kommune I - die Ahnengalerie der Kommunikationsguerilla und ihre Aktionen sind in der linken Bewegung bekannt, und sie werden in der Regel goutiert. Freilich haben sie stets den Geruch des nicht ganz ernst zu nehmenden Streichs, der zwar irgendwie lustig, aber doch keine wirkliche politische Arbeit ist. Ein Mißverständnis, das durchaus beiderseitig ist. Das patronistische Schmunzeln der traditionellen Linken quittierte die so verstandene Guerilla typischerweise mit relativ unzugänglichen künstlerisch-avantgardistischen Manifesten (Situationisten) oder mit einer nach rechts hin offenen Tendenz zum Unpolitischen (Kommune I), die beiden Seiten die beruhigende Überzeugung ließ, man habe letztlich nicht viel miteinander zu tun.

So einfach machen es sich die Autorinnen und Autoren des *Handbuchs* freilich nicht. Ihr Anspruch ist es nicht bloß, einen unterhaltsamen und anregenden Überblick Ober Gruppen und Aktionen zu liefern, sondern dieser Praxis eine Theorie an die Seite zu stellen und en passant einen »Beitrag für eine künftige Theorie der Subversion« zu liefern: »Kommunikationsguerilla will die Selbstverständlichkeit und vermeintliche Natürlichkeit der herrschenden Ordnung untergraben. Ihre mögliche Subversivität besteht zunächst darin, die Legitimität der Macht in Frage zu stellen und damit den Raum für Utopien überhaupt wieder zu öffnen.«

Die als Herausgeber des *Handbuchs* firmierende »autonome a.f.r.i.k.a gruppe« ist in den letzten Jahren selbst zum Markenzeichen für solche Attentate geworden. Aufsehen erregte etwa die Störung und schließliche Vereitelung des rituellen Maieinsingens der Tübinger Burschenschafter. Die Konfrontation zwischen den Burschis und den unvermeidlichen Gegendemonstranten hatte in der Vergangenheit ritualisierte Formen angenommen und war nicht mehr in der Lage, die Kundgebung der Burschis wirkungsvoll zu beeinträchtigen. Genau das gelang mit einem multimedialen Spektakel, in dessen Verlauf Dias von gehenkten Nazikriegsverbrechern auf Häuserwände am Schauplatz projiziert wurden, nackt umhertanzende Männer im polizeilich gesicherten Puffer zwischen Demonstranten und Burschenschaftern mit der Botschaft »Gott liebt euch alle« Verwirrung stifteten (untermalt von dem als Henry-Maske-Fanfare bekannten pathetischen Rock von Vangelis) - bis zum Finale, bei dem ein Lkw die Szenerie mit lautem Techno beschallte, die Burschenschafter die Sinnlosigkeit ihres Tuns einsahen und der Abend statt in »Der Mai ist gekommen« in einem Rave mündete.

Auf dem Kurs der Kommunikationsguerilla lauem zahlreiche Untiefen, die im *Handbuch* elegant umschifft werden. Weit davon entfernt, nun *die* neue Strategie für die Linke zu postulieren, sind sich die Autorinnen und Autoren der Beschränkungen solcher Praktiken bewußt: Sie seien »zwar subversiv, weil sie die Setzungen der Macht verändern, umdeuten und umnutzen, sie müssen aber nicht automatisch gesellschaftsveränderndes Handeln nach sich ziehen«.

Allfällige Versuche, die coole und lustige Kommunikationsguerilla gegen die uncoole und bierenste inhaltliche und organisatorische Arbeit oder gegen klassische Formen der Gegenöffentlichkeit auszuspielen, weisen sie zurück: Auf den erwartbaren Einwand, daß die Techniken der Verfremdung und Überidentifizierung, des Spektakels und der Camouflage, mit denen die Kommunikationsguerilla arbeitet, von der Werbung adaptiert und vom bürgerlichen Diskurs aufgesogen wurden und werden, antwortet die Gruppe mit einem charakteristischen Kunstgriff. Sie geben ihn einfach zu, nehmen ihn

als gegeben hin: Der Versuch, diese Taktiken »vor dem Zugriff der kapitalistischen Verwertung zu retten, ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt ... « Es gibt kein Rezept gegen die Integration subversiver Praktiken in den bürgerlichen Kommunikationsbetrieb. Aber: Diese Integration ist immer nur eine Reaktion. Dadurch gewinnen subversive Taktiken einen Vorsprung, der freilich durch ständige Positionswechsel verteidigt werden muß: »Vielmehr liegt ihre Stärke darin, beweglich zu sein und immer neue Überlegungen anzustellen, wie Vereinnahmungsversuche wieder durch weitere Aktionen ad absurdum geführt werden können.«

Die fast schon mathematische Präzision, mit der das *Handbuch* gegen die möglichen Einwände der linken Debatte wasserdicht gemacht wurde, ist selbst schon ein Stück Guerilla-Arbeit. Jede Attacke aus den eigenen Reihen, so scheint es, erahnen die Autoren und Autorinnen im voraus und lassen sie geschickt ins Leere laufen.

Umso auffälliger freilich ist die einzige Leerstelle im *Handbuch:* Die Gruppe selbst und ihr individuelles Interesse. So konsequent, wie das Pseudonym »autonome a.f.r.i.k.a gruppe« in den letzten Jahren durchgehalten wurde, ist es zweifellos ein Markenzeichen für bestimmte (ziemlich gute, zugegeben) Aktionen geworden, und selbstverständlich weiß jeder, der ein bißchen mit der Szene vertraut ist, wer sich dahinter verbirgt. Daß die Gruppe bereits unter gewissen Starallüren leidet, ist keine neue Kritik, und sie wird im vorliegenden Band unfreiwillig eingestanden, wenn sich die Autoren und Autorinnen etwa darüber beschweren, eine lokale Szene hätte bei einer Aktion »nicht mitgezogen«.

Angesichts der übrigen Geschlossenheit des »Handbuchs« kann man nicht umhin, diese Auslassung zu bemerken. Einer Kritik, die der Gruppe unterstellen würde, es ginge ihr nur um Prominenz und darum, durch Markenbildung ihren baldigen Ausverkauf vorzubereiten, wird im *Handbuch* nichts entgegnet. Ein dummer Einwand wäre das allerdings trotzdem und das Motto des Buches weist immerhin bereits selbstironisch in die Richtung des Auswegs: »We have declared ourselves to be the famous and fabulous forerunners of *communication guerilla* because we desire fame, money and beautiful lovers.«

---

autonome a.f.r.i.k.a gruppe, Luther Blissett, Sonja Brünzels: *Handbuch der Kommunikationsguerilla.* Verlag Libertäre Assoziation, Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, Hamburg/Berlin/Göttingen 1997, 240 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 06/97, S. 68

Ralf Punkenburg

Melodie & Rhythmus

Versch.: El Che Vive! 1967-1997; Last Call Records, Arcade (Zusammenstellung: Egon Kragel, 1997)

Weil das Ding schließlich verkauft werden soll, zeigt das Cover das unvermeidliche Foto, millionenfach gesehen auf Postern und T-Shirts: Che Guevara, den roten Stern an der Mütze, blickt sehnsüchtig - über jedes Gegenüber hinweg - der leuchtenden Zukunft entgegen. Letzten Herbst hat Egon Kragel in Paris einige Lieder neu einspielen lassen, alte Aufnahmen aus den Jahren 1967 und 1968 aufgetrieben, alles frisch abgemixt, den Mitschnitt einer Rede Che Guevaras vor der UNO drangehängt, die Texte der Lieder ins Französische übersetzen lassen, ein paar Fotos zusammengeklebt und schließlich einen kleinen Text verfaßt: »Botschaft an Ernesto >Che< Guevara ... Hasta Siempre, companero guerrillero, Dein Egon Kragel.«

Jetzt, rechtzeitig zum Jahrestag, könnte man das Ding kaufen, um es vielleicht an alte Freunde von früher (ach, früher) zu verschenken. Die Titel der Songs lauten: »Lied vom neuen Menschen«, »Sähe dein Licht«, »Das Ewige«, »Sein Name brannte wie Stroh« usw. Auch Egon Kragel hat ein Werk beigesteuert (»Che Esperanza«). Das beginnt so: »Schlaf, schlaf, Indiokind/Hier kommt der Commandante/Mit dem Rauch seiner Zigarre/streut er Sterne in die Nacht ... «

»Carlos Puebla y sus Tradicionales« sind vier Männer aus der kubanischen Provinz, der Maschinenschlosser Carlos, der Bäcker Santiago, der Schuster Pedro (der mit der hohen Stimme und den rhythmischen Maracas) und Rafael, der Zeitungsverkäufer, die Anfang der fünfziger Jahre als Kneipenmusikanten in Havanna zusammenfinden. Für jeden Anlaß und zu jeder Zeit haben sie ein Lied parat. Carlos behauptet später: ».la, klar, mit den politischen Liedern und den Liebesliedern waren es ungefähr zweitausend Lieder.« Vier davon, darunter natürlich das weltbekannte »Hasta siempre«, sind auf der CD. Rappelige Aufnahmen vom Januar 1968 aus Havanna, im Hintergrund klirren Gläser und murmeln Menschen; man hört vier Stimmen, zwei Gitarren, Maracas und Marimba, die ungeschönte Akustik einer Kneipe, es riecht nach fettigem Schweinebraten, nach Knoblauch und pappigem Reis mit Bohnen.

Wer damals da sang und lebte, ist allerdings mit anderen Maßstäben zu messen, als jemand, der 1997 »Che Esperanza« ins Plastik pressen läßt. Solche haben auch hierzulande wohlbekannte Vorgänger. Ein namhafter deutscher Liedersänger formte zur Melodie von »Hasta siempre« folgenden deutschen Vers: »Sie fürchten dich, und wir lieben/dich vorn im Kampf, wo der Tod lacht/wo das Volk Schluß mit der Not macht/Nun bist du weg und doch geblieben.« Wer war's, und was macht der heute?

Konkret 06/97, S. 68

Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus

John Lee Hooker: Don't look back; Pointblank/Virgin

John Lee Hooker ist immer auf dem Teppich geblieben. Der Grand Old Man des grandiosen nimmeralten Blues hat sich aus Stilempfinden, Klugheit und aus guten Gründen verkniffen, den Maxen zu markieren, obgleich er gegenüber nicht eben seltenen Riesenarschlöchern des Musikbusiness dazu allen Grund gehabt hätte. Unter Pseudonym schrieb er in den fünfziger und sechziger Jahren Songs sonder Zahl - zu gute, zu erfolgreiche: »Ich war zu produktiv für einen Nigger«, erzählt Hooker heute, »die Weißen wollten nicht, daß wir Schwarze Geld verdienten. Sie vermarkteten uns, stopften sich die Taschen voll und ließen uns schuften, eine moderne Form der Versklavung.«

Hooker wird dieses Jahr achtzig. »Don't look back« vermeidet allerdings jeden - andernorts mittlerweile gerne genommenen - trantütigen Rückblick aufs eigene oft weniger spektakuläre, vielmehr mehltütenfade Leben resp. Lebenswerk. Wie auf »The Healer« (1989) und »Boorn Boom« (1992) covert sich Hooker mit dem Einstiegstitel »Dimpies« zunächst einmal selbst und fügt dann zahllose Stehgreifkompositionen hinzu, die unfaßbar relaxt daherkommen, legendär gelassen, »slow«. Beziehungsweise cool. Des weiteren wird viel gelacht, die Orgel bepatscht, der »rainy day in my heart« verflucht und das ein oder andere Mikrosolo hingefegt: im Sitzen selbstredend, ohne jede Anstrengung und mit der linken Hand auf die d-Saite gehämmert.

Aus der Schlaghand improvisiert Hooker seine exklusiv wahren und wahrhaftig richtigen Texte über »das Mysterium Liebe« (M. Ringel), und eingeladen hat er neben einem bravourösen Feinmechaniker-Ensemble, in dem Louie Pdrez das Instrument mit Namen »Was there« bedient, als Produzenten, Autor und Duett-Kollegen den ja nicht minder begrüßenswerten Van Morrison. »Thank you, fellows!« wirft John den einen hin, »Thank you, Van Morrison!« dem anderen. »Thank you, John«, repliziert jener, »those days never come again« geht es fort, »yeah, well«, »It's the future, not the past.«

Freundschaftlich, zuvorkommend, offenherzig und human ist, was hier tönt. Keine Mätzchen werden und erst recht kein Zirkus wird veranstaltet, kein Klagehans aufgeführt und kein dümmlicher Protz gegeben. Schier kaum anderes mehr möcht' man hören als »Spellbound«, eine Lehrveranstaltung in Sachen Dynamik, oder das Hendrix-Stück »Red House«, auf dem die zweitverstimmteste Gitarre der Musikgeschichte (führend immer noch Dr. Feelgood) zum Einsatz gelangt - ausführlicherer Gründe bedarf es nicht, damit ein Kaufhaus-Animateur wie der Bluesimitationsnichtsnutz Gary Moore endlich seinen Instrumenten-Koffer packt.

Andererseits lasse sich die Musikindustrie laut und vernehmlich hinter die Ohren brüllen: Man muß nicht immer den angeblich allerakutesten Rotz unters Konsumentenpack peitschen! Macht mal Pause! Urlaub vom Modeentwerfen! Und hört euch an, was einer zu sagen hat, der was zu sagen hat: »Ich bin ein ziemlich reicher Sack geworden... Ich halte diese Entwicklung für fair... Ich habe mir in den letzten Jahren zwei Häuser mit Grundstücken gekauft, dazu 15 Limousinen, auch ein Mercedes und ein BMW sind darunter, falls dich das interessiert. Und ich fahre die Dinger alle, obwohl ich keinen Führerschein habe.«

Konkret 06/97, S. 68

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Body Count: Violent Demise: The Last Days; Virgin

Wenn auch vieles an dieser neuen Body-Count-Platte sich der eindeutigen Bewertung entziehen mag, eins ist klar: Es konnte schon zum Zeitpunkt dieser Niederschrift bei nur einer Gegenstimme festgelegt werden, daß es *die* lustigste Platte des Jahres ist. Und das will was heißen.

Ice T hat auf »Violent Demise: The Last Days« den längst fälligen Schritt zum reinen Mützenständermetal vollzogen; es wird weniger gerappt, dafür mehr gebrüllt, das paßt dann auch besser zu den Massakerriffs, die es Ernie C gelang, aus den Saiten zu knobeln, und die es obendrein gelang, dem Hörer in einer nahezu optimalen Klangqualität zu übermitteln. Nicht, daß hier behauptet werden kann, Ernie C habe das Produzieren von Black Sabbaths »Forbidden«-Album unter gerontologischen Aspekten zugesetzt, nein, das Lehrer-Schüler-Verhältnis ist hier seit Monden klar. Aber Ice Ts »kompromißlose« Lyrics verlangten einfach nach einer ebenso »kompromißlosen« Vertonung. Und da hören wir neben den Sah Four auch Anleihen bei Biohazard und, nicht lachen, Motörhead heraus, bis die Mützen brennen.

Nun wäre es reichlich überzogen, Body Counts Endzeitvisionen einen wahren »Tiefschlag in das gute Gewissen Amerikas« zu bezeichnen, wie es die Packungsbeilage will. Mal abgesehen davon, ob es bildlich stimmig ist, hieße das, Popmusiktexte, ja den ganzen Gangsta-Kontext ernst nehmen zu wollen. Selten aber war die Streudichte von motherfucker-, bitch-, I-want-my-dick-sucked-, fuck-, pussy- und I-ram-it-in-your-ass-right-now-Passagen so dicht und ins Komische überhöht. Müßig, danach zu fragen, ob das Böse-Buben-Image nach allen Seiten wasserdicht ist, oder ob hier nicht dem Markt etwas vorgeflunkert wird. Damit die weißen Milchziegenbärte wieder etwas zum Staunen haben.

Wer sich darauf nicht verständigen mag, der nimmt es als, wie eingangs schon erwähnt, lustigstes Album des Jahres, Den Wanderpokal dürfen sie übrigens entgegennehmen von der Combo Manowar. Nur war den weißen Kraftpaketen auf deren 1996er Output »Louder Than Hell« schon erkennbar der musikalische Dampf ausgegangen. Body Count jedoch haben für ihr neues Album die Kohlen mit der Aktivistenschaufel zugelegt.

Konkret 06/97, S. 69

Gerhard Fischer

Melodie & Rhythmus

J. Roth (Hg.): Wir rufen G□ nther Koch! Ausgew□ hlte Radioreportagen; Rough Trade/H□ rstur□

Es gibt Fußballfans, die es sich, wie sie sagen, zum Erhalt der Spannung verbieten, am Samstag nachmittag zwischen halb vier und viertel nach fünf Radio zu hören. Weiß der Teufel, was sie unter Dramaturgie verstehen und mit welchen Clubs sie fiebern. Denn nicht erst seit der als »Wiedergeburt der Fußball-Hörfunkreportage« gefeierten Live-Übertragung vom Spiel Bayern beim CF Barcelona am 16. April letzten Jahres dürfte eines klar sein: »Babbel, Babbel, Babbel, Babbel«, gibt es nur im Radio. Und Günther Koch, den allein dieses Stakkato hoffentlich unsterblich macht, ist der King unter denjenigen, die den Fans vor den Radios die Tore ihrer Mannschaft aussingen.

Für alle, die zu verschroben sind, Koch live anzuhören, gibt es ihn jetzt auf CD. Jürgen Roth, der angibt, er sei Koch-Narr, seit er mit vierzehn gelernt habe, ein Radio zu bedienen, traf aus gut 2.000 Reportagen die Auswahl »Wir rufen Günther Koch!« Daß darauf Tore en masse bejubelt werden, liegt auf der Hand, denn darum geht es den Spielern, folglich auch den Reportern. Doch wie im Match so auch bei der Live-Reportage verfeinert die Inszenierung der Tore den Genuß. »Ja, liebe Freunde«, wie Koch seine Auftritte einzuleiten weiß, das aber ist die große Kunst des Fußball-Hörfunkjournalismus, die dem Fernsehen mit seinen steifen Konzepten der Floskeln und Pointen verborgen bleibt. Kommen dann noch Glück, Sehergabe und die Frechheit, trotz eines Rückrufs der Sendeanstalt einfach »draufzubleiben«, hinzu, fallen Wembley '66 und San Siro '90 auf einen Tag; zuletzt geschehen am 28. Oktober 1995, als Günther Koch das Spiel FC Bayern München gegen VFB Stuttgart schilderte: acht Tore, »traumhafter Spitzenfußball der Schwaben«, Sieg für Bayern - »Fußball ist ein so tolles Spiel«.

Bleibt schließlich nur noch die Frage: »Wer putzt eigentlich Ihre Fußballschuhe, Herr Matthäus?« Doch auch darauf gibt es eine Antwort, vorausgesetzt »Wir rufen Günther Koch!«

Konkret 06/97, S. 69

Christian Schmidt

Melodie & Rhythmus

Bianca Shomburg: Zeit, Zeit, wo bleibt nur die Zeit; Grand Prix Eurovision

Irgendwie peinlich!« findet es Manfred Meier, daß »wir Deutschen« beim diesjährigen Grand Prix Eurovision schon wieder eine Standortschlacht verloren haben, und schaut dabei wie ein gerade aufgetauchtes Flußpferd aus dem Porträtfotokasten neben seinem »Bild«-Zeitungskommentar heraus. Dann trompetet er unter der Überschrift: »Die Deutschen ohne Ton« weiter: »Nur wir Deutschen, Volk großer Sänger und berühmter Komponisten, haben die Zeichen der Zeit verschlafen. Wir schicken 3. Wahl an den Start und ernten einen 19. Platz.«

Der Sprecher des Oberkommandos der »Bild«-Zeitung hat natürlich »irgendwie« recht: Der Auftritt der deutschen Interpretin hatte schon etwas Peinliches bis Peinigendes: Die Knodelstimme, die Rüschenärmel ihres Kleides, der Text ihres Liedes (»Zeit, Zeit, wo bleibt nur die Zeit«), das Mopsgesicht samt die an die frühe Joy Flemming gemahnende Frisur, die postexpressionistische Gestik, all das wirkte so, als hätten fanatische Europagegner Bianca Shomburg in die Show geschmuggelt, um im Ausland Stimmung gegen eine EU unter deutscher Führung zu machen. Doch wie kann das sein, wo doch »wir Deutschen« erstmal selbst per TED eben diese Sängerin ausgewählt hatten, damit sie uns in Dublin vertrete? Sind wir nicht mehr ganz dicht? Wollen wir uns partout vor der ganzen Welt lächerlich machen?

Von wegen! Die Lösung liegt woanders! Um sie zu finden, muß man bloß einmal das Abstimmungsverhalten »Deutschlands« in Dublin betrachten. »Zwölf Punkte, twelve points, douze points« gaben »wir Deutschen« der »schönen Türkin Sebnem Paker« (M. Meier). Warum? Eben weil »wir Deutschen« auch bei der Grand-Prix-Endausscheidung erstmals per TED abstimmten. »Wir Deutschen«? Tatsächlich riefen wohl hauptsächlich - so erklärte es auch der Grand-Prix-Kommentator in Deutschland lebende Türken beim TED an, die damit »Deutschland« zwangen, der Türkei die höchste Punktzahl zu geben.

Bei der nationalen Grand-Prix-Vorentscheidung wird sich ähnliches abgespielt haben. Keineswegs »wir Deutschen« stimmten für Bianca Shomburg und »Zeit«, sondern die in Deutschland lebenden Türken. Um potentielle deutsche Konkurrenz auszuschalten! Um uns zu blamieren! Aus Deutschenhaß! Oder einfach aus Spaß! Und ihre Rechnung ging auf: Am Ende belegte die Türkei, Turkey, La Turquie Platz 3, Deutschland, Deutschland, Deutschland aber nur den blamablen 19ten. Aber eben nicht, weil »wir Deutschen« die »Zeichen der Zeit verschlafen« haben, Herr Meier! Sondern weil wir das Opfer großangelegter Sabotage wurden, einer Verschwörung, organisiert vom Welttürkentum! Decken Sie das auf, Meier! Sofort! Sonst sind wir Deutschen bald nicht nur ein Volk ohne Ton, sondern auch ohne »Bild«-Zeitung. Und Sie berichten wieder aus Stuttgart!

Konkret 06/97, S. 70

Stefan Ripplinger

In der Geisterbahn

Peter Handke ist geheilt und dichtet wieder, wie es sich gehört

Interessanter als *In einer dunklen Nacht ging ich aus meinem stillen Haus,* Peter Handkes neuer Roman, ist das, was über ihn geschrieben wird. Der neurechte Tilman Krause behauptet im »Tagesspiegel« nach Durchsicht der Rezensionen, nur die »Mitglieder im Club der toten Avantgarde-Dichter« könne der Text beeindrucken. Für die Nicht-Mitglieder sei dessen »Scheitern« »leicht zu belegen«: Der Romancier habe sich »auf ein bestimmtes Erzählmodell verpflichtet«, nämlich das des Ritterromans, habe aber gar keinen Ritterroman vorgelegt. Zum Beweis zitiert Krause seine eigene Rezension. Darin wirft er Handke vor, »Abenteuer« verheißen, aber keine geliefert zu haben. Es seien Handke auch gar »keine Konflikte eingefallen«. Jedenfalls nicht die Abenteuer und Konflikte, die Krause vorschweben.

Ein weiterer Gewährsmann Krauses, Jens Jessen von der »Berliner Zeitung«, weiß gar nicht, wo er *In einer dunklen Nacht* hinstecken soll; es sei ein Bildungsroman, aber auch wieder nicht, ein »Entwicklungsroman ohne Entwicklung; man könnte ihn auch einen Abenteuerroman ohne Abenteuer oder einen Liebesroman ohne Liebe nennen«. Krause zuliebe hätte er noch anfügen können: ein höfischer Roman ohne Hof, ein Ritterroman ohne Ritter. Es würde ebenso zutreffen.

Der dritte Zeuge Tilman Krauses, Werner Fuld von der »Woche«, beklagt sich: »Die einzige Bewegung in diesem Roman entsteht beim Umblättern der Seiten. Zwar wird viel gelaufen und gefahren, aber es sind Bewegungen auf der Stelle. Vieles geschieht, doch alles bleibt ohne Zusammenhang und Folgen.« *Quel dommage!* Sie wollten Action sehen, statt dessen werden nur »im Vorbeilaufen« ein paar Mountain bikers erschlagen.

Wolfgang Höbel empört sich im »Spiegel«: Soll das nun ein »salzburgischer Indiana Jones« sein? Handke hätte seinen Stoff zu einer »spannenden Gruselstory« formen können, Höbels wegen auch zu einem »Psychogramm eines von Schuld und Lebensverzweiflung gebeutelten Mannes - oder zu einer zauberhaften Liebesgeschichte«. Aber, nüscht: Der Autor ist »jeder Form abhold«, die Höbel in Schwung bringt. »Der ganze Roman liest sich, als habe der Autor die halluzinierende Wirkung gewisser Pilzsorten probiert«, anstatt sich ordentlich zuzukoksen wie das *brat pack* von Austs buntem Nachrichtenmagazin.

Man muß es zugeben: Es gibt keine »Bewegung in diesem Text«, weil Texte sich nicht bewegen. Daß sich aber auch bei Krause, Jessen, Fuld und Höbel nichts bewegt hat, liegt nicht etwa daran, daß Handke keine Handlung böte. Verglichen mit seinem ersten Roman, *Die Hornissen (1963/64),* überstürzt sich in diesem neuesten die Handlung geradezu. Seine drei Protagonisten - der Apotheker von Taxham und dessen Reisegefährten, ein ehemaliger Spitzensportler und ein erfolgloser Dichter - befinden sich auf einer »Geisterbahnfahrt«, in deren Fortgang Gestalten der eigenen Vergangenheit auftauchen und wieder verschwinden, während der man in Hinterhalte gerät und auf wundersame Weise wieder gerettet wird, Tiere sprechen, Pflanzen beseelt sind und Orte, Länder, Kulturen, Sprachen und Jahreszeiten ineinander verschwimmen. Und doch bleibt es eine »Geisterbahnfahrt«, »bei der der Ausstieg gleich neben dem Einstieg zu liegen schien. Aufgebrochen ins große, abenteuerliche Ausland, fand man sich am Ende wie vor der eigenen Haustür.«

Man reist und bleibt doch zu Hause in Taxham, einem Ort nahe Salzburg, der wie jener Landsitz im *Decamerone,* wo »sieben Damen und drei junge Männer« sich ihre Geschichten erzählen, »nach allen Richtungen ein wenig von unseren Landstraßen entfernt« liegt - ein Topos der narrativen Literatur. Von deren Topoi nimmt Handke noch viele auf, um sie - mit Elisabeth Lenk zu sprechen - in einer »traumförmigen« Struktur miteinander zu verschmelzen. In diesem Prozeß verändern sich natürlich die klassischen Muster. Etwa wird die Geschichte des Apothekers von Taxham, der Hauptfigur, nicht von diesem selbst berichtet, sondern - wie in den phantastischen Romanen des *19.* Jahrhunderts - von einem am Geschehen unbeteiligten Erzähler. Aber anders als in jenen Romanen gelobt der Erzähler nicht, die Geschichte getreulich wiederzugeben, sondern wird am Ende vom Helden sogar ermuntert, sie »in einem großen Bogen« nach seinem Gusto nachzuerzählen. »Es lebe der Unterschied zwischen Rede und Schrift«, d.h. die Dissoziation von Erzähltem und Erzähler gehört hier selbst zur Erzählung dazu und hält sie »in der Schwebe« - wie der Apotheker und die Poesie fordern.

Ein anderes Beispiel: Der Apotheker trägt auf der Stirn ein Geschwür, das er als Zeichen seiner Verfehlung interpretiert. Ihm wird geweissagt: »Du hast in einem unrechten Zorn deinen Sohn verstoßen. Dafür ist dir auf deiner Stirn ein Mal gewachsen, an dem du sterben wirst.« Ein Motiv, das wohl Heiligenlegenden entnommen ist, aber schon in J.A. Barbey d'Aurevillys Roman Un *Prétre mari* (1865), in dem es so ähnlich vorkommt, merkwürdig deplaziert wirkt. Handke löst diese Geschichte eher beiläufig als ironisch auf: Die histologische Analyse des aus dem Stirngeschwür entnommenen Gewebes trifft gegen Ende des Romans ein. Ergebnis? Wird vom Apotheker nicht verraten. Aber die gerechte Strafe bleibt aus, und der Sohn hat dem Vater ohnehin vergeben.

Der Autor montiert narrative Versatzstücke zu einer Pseudo-Geschichte, aber nicht in der Radikalität, mit der er dies in *Der Hausierer* (1965/66) unternommen hat. Zusammenhang und Identität stiftet stets der Apotheker, ein Einsamer, dessen

Familie die Pilze sind und dessen Bibliothek die Steppe ist. In dieser Steppe, keineswegs eine »trostlos-trockene Nature morte«, wie Thomas E. Schmidt (»FR«) glaubt, nämlich keine Wüsten-, sondern eine Hochland- oder Krautgrassteppe mit bemerkenswerter Vegetation, fühlt er sich daheim. Und da möchte man ihn auch gerne sitzen und schwärmen lassen.

Wer nun glaubt, Zustimmung finde Handke - da der »Club der toten Avantgarde-Dichter« seit langem geschlossen ist - ausschließlich bei den Naturfreunden, sieht sich getäuscht. Freundlichen Applaus spendet Iris Radisch in der »Zeit«, und nicht, weil sie die »plustriggelben Beinchen« von Handkes Steppenbienen so entzückend findet: »Der Apotheker aus Taxham hat den Dichter geheilt. ... Und so wurde aus dem kriegswütigen Dichter am Ende ein König.« Handke hatte nämlich »im Krieg« seinen »Kopf verloren« (gemeint sind seine Jugoslawien-Reportagen). Er litt an hysterischer Kriegswut. Er, nicht etwa die »Zeit«, die zur Befeuerung der deutschen »Friedensmission« die »Rampe von Srebrenica« beschwor. Da er nun von seinem Wahnsinn kuriert ist und dichtet, wie es sich gehört, bietet ihm eine »Zeit«-Gouvernante ihre Hand zur Versöhnung. Das ist tatsächlich noch widerlicher als das actiongeile Gefasel der Neurechten.

Peter Handke: *In einer dunklen Nacht ging ich aus meinem stillen Haus.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1997, 320 S., 48 Mark

Konkret 06/97, S. 71

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Fritz Eckenga. Die Anmerkungen zum vorerst letzten Fall des Schauspielers Harald Juhnke (»tss tss tss, wenn das der Führer wüßte«) in deinem schönen Lesebuch Kucken ob's tropft* kann ich, mit erbetenem Verlaub, nur theils teilen, denn du beschränkst dich da auf den Aspekt der Verwertung des Juhnkeschen Exzesses seitens deutscher Ecce!-Gängsta wie »Bild«-Zeitung und blendest den Verurer der Sache praktisch aus. Als Mitglied der Sekte »Nichtunterschätzer des subjektiven Faktors im objektiven Verlauf« darf mir dies indes nicht wurscht sein. Wie die Identität Jack des Rippers oder die jenes Handpaares, das die Mutterweimartöchter erstickte, wird auch der Verlauf Dessen, dessen Part Juhnke war, in Amerika, in diesem Hotel, nachts, mit der weißen Frau und dem schwarzen Mann, nicht restfrei erhellt werden können, denn es ermangelt des zeugenschaftsintegren, mit ungetrübtem Gesicht, absolutem Gehör und perfektem Remembering gebenedeiten Dritten. Die Indizienblume jedoch, lieber Kollege Eckenga, steht in voller Pracht. Denn - was denn für was anderes kann Juhnke, Star eines mit einer der hinterfragenswertesten kriminellen Vereinigungen, nämlich dem sog. Publikum, aufs affi wie raffi und zwar niertst verbandelten Berufsstandes, dessen Mitglieder, mehrheitlichst frei von der Fähigkeit des rationalen Forecheckings, atmende Glückssteine mit sich rumschleppen oder (noch weniger richtig tickend) das der Göttin Kali geweihte Zyan, Unterschriften unter Listen leisten, wo die Enge der Broilerhaltung mit Buchenwald in eins getan oder Kopfab für Pädophile gefordert wird, was (Luft holn, dann geez wieder) kann Juhnke, als Vollmitglied dieser alt + großdeutschen Rotte von Grimassören, stockbesoffen von zwei Droogen, dem Alk und dem Unterhaltungsgott in sich, angefaßt vom schwarzen Mann in Amerika, anderes gesagt haben, und zwar in diesem eminenten Berlinerisch, für das die Ohren dieser Welt extra geschaffen wurden, als:::: »Paß ma uff Männeken, ick bin keen Unmensch, dett hätzte woh gern, wa, aber wenn de mir unter Adolf so anjefaßt hättest, denn hättense dir vergaaast.« Soo hat ers gesagt und nicht anders. Und das, lieber Kollege Eckenga, wollen wir doch einmal sicherheitshalbm festhalten. Und es giebt da auch sonst nicht die Bohne zu exculpiern bei Einem, der in fürchterlichster Fortsetzung des Suffs mit dem anderen Mittel, nämlich der Nüchternheit, das letzte Atoom seiner Individualität verhuurend, wörtlich sagt: »Wichtig ist für mich, daß mein Regierender Bürgermeister mich verteidigt hat.« Was für eine Liederlichkeit, lieber Kollege Eckenga, die Fittiche eines Diepgen in den Mund zu nehmen, ja - in den Mund. Und: Wer seine Frau, nur weil sie keine Halbjüdin ist, eine »Halbchinesin« nennt aufs Öffentlichste, und, ganz rassentoleranter und ausländerfreundlicher Papaa, mit seinem Sohn als »Viertelchinesen« hausieren geht, der, lieber Kollege Eckenga, ist Rassist. Wie, beziehungsweise wie, er es auch anstellt.

---

*Fritz Eckenga: *Kucken ob's tropft.* Trockene Geschichten und dichte Gedichte. Edition Tiamat, Berlin 1997, 128 S., 24 Mark

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Pressereferat, Frau Ningelgen - Fax 0228/3373066

82284 Wildenroth, 15.05.1997

»In einer Gesellschaft, in der es leichter ist, eine Ehe zu scheiden, als ein Mietverhältnis aufzuheben, ist etwas faul.«

Was, sehr geehrter Herr Bundesminister für R/Ordnung, B/Wesen und S/Bau, wollen Sie mit diesem dieser Tage fallengelassenen Kalenderspruch sagen? Namentlich uns, dem »Deutschen Bundesverband geschiedener oder in Scheidung lebender abhängig zur Miete wohnender Männer und Frauen«? Meinen Sie, ungeheuerlicherweise, im Ernst, daß die deutsche Ehe ihr Schmerzpensum nicht erledigt, ihr Leidenssoll nicht erfüllt? Wollen unterstellen Sie, daß der deutsche Gatte beim erstbesten unaufgetauten oder verbrannten Essen oder dem überraschenden Weihnachtsfeierseitensprung der Angetrauten die Frauenhausfrage stellt? Daß die deutsche Ehefrau schon nach dem lediglich dritten oder elften Vollrausch oder in Zusammenwirkung mit vorgenannten erzwungenem Beischlaf seitens ihres Manns zum Scheidungsfachanwalt rennt? Ich will als Bundesvorsitzender unseres Verbandes Ihnen mal folgendes und das mit Nachdruck sagen: Jedes unserer Mitglieder ist tapfer durch die zweierbundbedingte Dreierschritthölle von Streit/Versöhnung/Streit gegangen, hat den Krug der Eifersucht bis zum Grund geleert, hat jede hoffnungslos tränenüberschwemmte Nacht bewußt durchwacht und das Nichtmehrgeliebtwerden bis zur Neige ausgeduldet. Jedes unserer Mitglieder, und: wir zähln nach Millionen, Herr!! ist bis ans Limit gegangen, bis schlußendlich das Ende der Stange mit der Fahne dran da und der Sprung in den freien Fall namens TreN/Nung nicht weiter hinauszögerbar war. Ach - und wie oft waren da gemeinsame Kinder da, Pflanzen, Automobile, Rentenanwartschaften und Tiere, auch das eine oder andere Wasserbett; und - mußten, dem Tischtuch gleich, zerschnitten werden, schmerzvoll, in zwei von keinem als gerecht empfundene Teile. Und das - und daß man den Kosenamen des einst vergötterten Partners, das Schatzl, das Schpatzl und das Sweetfratzl, numero in den schwarzen Zwölfer der Hölle verwünscht - das alles soll leichter sein als ein Mietverhältnis aufzulösen? Sie haben doch, Mann!, Töpfer!! nullnada Ahnung von der Partie!!! Wissen Sie, was uns, und zwar riälli, faul dünkt in diesem unserm existentiellen

Leasing?!: Daß jemand wie Sie, ein ausgesorgter Prof. mit türkischem Edeldatschenanschluß, sich, mooraalanmaßenderweise, in das Abbruchgeschehen von Ehen mischt, statt sich, als krißtlicher Minister fürs Unterkunftwesen, mit der Wucht einer Fundamentramme in die Bresche eins der mit am heiligsten Sakramente: den bezahlbaren Mietwohnraum! zu schmeißen. Töpfertöpfer! Sie waren doch genau wie ein jeder von uns einmal ein ganz normales Kind. Und dann das. Töpfertöpfer! Töpfer, Töpfer!

Dr. Peter Struck, »Sozialdemokrat«, MdB

Bonn, Fax 0228/1686255 Hamburg, 29.04.1997

Bitte, prego, glauben Sie mir, daß ich kontraerregt bin, daß mein Puls ausgeruht ist, daß ich nicht unter Drogen stehe, daß mir, auf die Sechzig zugehend, auch schon einiges untergekommen ist in Nachnazideutschland, das mich kalt gelassen hat

Aaber, mein lieber »Sozialdemokrat«, wie Sie da gestern Abend während der xten »SozialUmbauEinpeitschTalkshow« in Nord III dem evangelischen Nazi Hamer very theilnahmsvoll zuhorchen, also wie der erzählt, wie sein Papa, ein Nazipfaffe, arbeitslose Proleten an einem Steinhaufen auf ihre Arbeitswilligkeit getestet

(Also tragen sie Steine von einem Ort zum andern, dann sind sie arbeitswilig, fassen sie sie nicht an, dann sind es welche, denen man Beine machen muß)

Also wie Sie diesem evangelischen Nazi theilnahmsvoll zuhorchen

Und von Ihrem werthen Antlitz nicht der Hauch einer Irritation abzulesen ist

Also, daß es Ihnen da an Erkenntniskraft mangelt, dieses Beispiel des evangelischen Nazis Hamer den KZ-Steinbrüchen zuzuordnen und dem Naziprogramm der Vernichtung durch Arbeit

Also wie Sie da einfach vom Munde her Affen feilhalten

statt dem evangelischen Nazi

unerregt

eiskalt

präzis

beispielhaft

eins überzubraten

Also das, mein lieber »Sozialdemokrat«, hat mich denn dann doch ein klein wenig angerührt

Und sonst? Skat? Tennis? Die Frau? Der Vino?

Alles okay? Na das is ja schön

Machen Sie weiter so, lieber »Sozialdemokrat«

Unsereiner draußen im Lande schaut ihnen gern derbei zu

Konkret 06/97, S. 72

Max Annas

Film & Theater

When We Were Kings

Regie: Leon Gast u. Taylor Hackford; USA 1996; 85 Min.; seit 22. Mai im Kino

Le Damier - Papa National Oyé!

Regie: Balufu Bakupa-Kanyinda; mit Dieudonn, Kabongo Bashila, Yves M'Ba; Frankreich/Gabun 1996; 40 Min.; Vertrieb: Myriapodus Films, 78 Rue Rambuteau, 75001 Paris, Tel./Fax 0033-1-42336244

»When We Were Kings«, den jüngst oscarprämierten Dokumentarfilm über den Boxkampf zwischen Muhammad Ali und George Foreman in Kinshasa im Jahr 1974, würde man vielleicht anders sehen, wenn nicht seit mehr als einem halben Jahr der afrikanische Staat Zaire ein beliebtes Thema auch der bürgerlichen Medien wäre. Krieg, Hunger und Seuchen werden ja gerne bearbeitet, wenn sie denn in Afrika stattfinden, schließlich gibt es nicht wenige Medienschaffende, die so was als originär afrikanische Themen ansehen. Die Leute in der Presseabteilung der PolyGram Film Entertainment GmbH in Hamburg haben aber offenbar dermaßen alle Hände voll zu tun, daß sie in den letzten Monaten nicht einmal in der Lage waren, sich über die »Tagesschau« wenigstens einen getrübten Blick auf die Dinge des Tages und der Welt zu verschaffen.

Im Presseheft heißt es: »In dem kleinen Land Zaire auf dem wenig beachteten Kontinent Afrika zogen zwei amerikanische Boxer die Aufmerksamkeit der Welt auf sich.« Soviel Selbstüberschätzung rührt. Geht möglicherweise auf eine Vision von Deutschland vor Stalingrad zurück. Zaire ist mehr als sechseinhalb Mal so groß wie die Bundesrepublik.

»The Untold Story of the Rumble in the Jungle« ist der Untertitel zu »When we were Kings«. »Untold« will darauf verweisen, daß ein großer Teil des Films aus Material besteht, das seit damals nicht mehr - oder nur in Ausschnitten - zu sehen war, denn die Geschichte aus dem September und Oktober 1974 ist natürlich mehr oder weniger bekannt. »Untold« verweist aber unfreiwillig auch auf die innere Struktur des Films, denn soviel er (endlich?) erzählt , soviel hält er auch bewußt zurück. »When We Were Kings« ist in höchstem Maße von Amnesie befallen, einer Krankheit, die Heldengemälden naturgemäß innewohnt. Und auffallen tut das, weil die demonstrativ-lustvolle Mischung von Pop und Politik pointiert auf ihrer Schmalspur bleibt und sich die Filmemacher weigern, auch nur einmal ernsthaft zur Seite zu blicken.

»When We Were Kings« funktioniert zu etwa gleichen Teilen als Geschichte des spektakulärsten Boxkampfes dieses Jahrhunderts und als Biographie Muhammad Alis. Zwischen Bildern des jungen Cassius Clay, den Ausschreitungen der amerikanischen Justiz gegen Ali wegen seiner Kriegsdienstverweigerung, dem Entzug des Schwergewichtstitels und einigen Bemerkungen über Alis heutigen Gesundheitszustand, zum Besten gegeben von seinem Biographen Thomas Hauser, finden sich (gerade für Leute, die mit Alis Story oder dem Boxen nie etwas am Hut hatten) die nötigen Informationen, um die Bedeutung des Sportlers - gerade auch außerhalb des Boxrings - würdigen zu können.

Die Darstellung des Kampfes selbst ist der Showdown des Films. Es muß beinah unerträglich spannend sein, ihn ohne das Wissen um den Ausgang des Fights zu sehen. Gemütlich fast wird zunächst der Boden bereitet. Die Ankündigung, die Show werde in Zaire stattfinden; das Eintreffen dort; Foremans Augenbrauenverletzung; schließlich die Verschiebung des Kampfes; dann endlose sechs Wochen, die Ali, Foreman und ihre Teams im Lande verbringen...

Bei aller Dichte der Informationen, Bilder und Flashes verschweigt »When We Were Kings« etwas Wesentliches. Es ist nötig zu wissen, daß der Abenteurer Don King einen irren Plan hatte: Muhammad Ali und George Foreman sollten für eine Garantiesumme von jeweils 5 Millionen Dollar boxen. Vor allem wollte King - mit einer kriminellen Biographie wie der seinen hatte man in Zaire damals immerhin gute Chancen auf einen Platz im Massengrab - sich selbst mit solch einem spektakulären Akt ins Geschäft bringen. Präsident Mobutu kam ihm zu Hilfe.

Es ist schließlich keine Kleinigkeit, einem Massenmörder, stehe er auch an der Spitze eines Staates, die Legitimation für weiteres Morden und Plündern zu verschaffen. Die Tatsache, daß auch der CIA seit Beginn der 60er kräftig in Mobutu investiert hatte, macht die Sache noch pikanter. Hatte sich Muhammad Ali 1967 noch dem Kriegsdienst verweigert (»I ain't got no quarrel with the Viet Cong«) und damit dem imperialistischen Streben der US-Regierung, führt er in Zaire deren Politik kongenial fort. Der CIA hatte schon 1961 den damaligen Oberbefehlshaber der Armee, Mobutu Sese Seko, bei der Ermordung des Ministerpräsidenten Patrice Lumumba unterstützt.

Im Kurzspielfilm »Le Damier« sitzen vier Männer der Präsidialgarde nachts an einem Tisch unter freiem Himmel. Über ein Walkie Talkie registrieren sie, daß der Präsident, le *Président-fondateur-à-vie,* gegen den besten Damespieler des Landes ein ums andere Mal verliert und daß dieser ihn auch noch auf das Übelste verhöhnt und beschimpft. »Er ist ein

Kommunist!« meint einer am Tisch. Ein anderer erwidert ihm allerdings zweifelnd: »Der Präsident hat gesagt, die sind alle weg!«

Balufu Bakupa-Kanyinda, 1957 geboren, hat in den 90ern drei Filme machen können. Zwei Dokumentarfilme, die nur 13 und 26 Minuten lang sind, und den 40minütigen »Le Damier«, seinen ersten Spielfilm. Das übliche materielle Dilemma afrikanischer Filmemacher, die fast ausnahmslos keine Chance auf eine halbwegs freie Finanzierung haben, verstärkt sich in seinem Fall noch. Wer einen Paß der sogenannt frankophonen afrikanischen Länder hat, kann sich mit den Institutionen des französischen Staates ins Benehmen setzen und (relativ) beträchtliche Summen für die Produktion von Filmen einsacken. (Das ist vor allem eine gut funktionierende Ölung der französischen Filmwirtschaft.) Vor allem aber benötigt man als Voraussetzung für eine französische Förderung den Nachweis der Kooperation mit den nationalen afrikanischen Filmzentren. Man kann sich unschwer vorstellen, daß ein kritischer Kopf in einem System wie dem zairischen keine staatliche Unterstützung erhält, und damit entfällt die wichtige Zuzahlung aus Europa. Das ist eine nicht ganz blöde Idee zur strukturellen Unterdrückung zahlreicher afrikanischer Künstlerinnen und Künstler und unterstützt gleichzeitig die diversen frankophilen Diktatoren, die sich bis heute auf dem Kontinent haben : halten können.

Der *Président-fondateur-à-vie,* bis zu Zepter und Leopardenfellmütze ein Abbild Mobutus, ist voller Langeweile. TV und Video bringen nicht die nötige Entspannung, Schlaf will sich nicht einstellen. Die Damespieler, die ihm sein persönlicher , Adjutant besorgt, sind für ihn keine Herausforderung, er gewinnt immer. Den Chef der Präsidialgarde hat er auch immer wieder geschlagen. Er trägt dem Adjutanten auf, den besten Damespieler des Landes aufzutreiben. Der kommt und spielt, doch der Präsident ist nicht zufrieden, denn das Gewinnen ist nicht viel schwerer, als er es gewöhnt ist.

Erst als der Dame-Crack darauf hinweist, daß er seit langem nichts gegessen habe und nach der Mahlzeit noch etwas anständiges zu rauchen brauche, ändert sich die Situation. Zunehmend bekifft, findet er in eine Rolle, die ihm liegt. Er kontert den Präsidenten ein ums andere Mal aus und verhöhnt ihn, weil das zum Damespiel eben dazugehört: »Du willst der mächtigste Mann dieses Landes sein? Armes Land.« - »In den Slums würdest du nicht einmal einen Anfänger besiegen.« - »Schwachkopf.« Die mithörende Präsidialgarde ist auf hundertachtzig, sie wird sich den Schurken schon vornehmen. Wenn er herauskommt.

Der Präsident ist entsetzt und fasziniert zugleich. Wie kann so einer das wagen? Er löst das Problem, wie er viele andere zuvor auch gelöst hat. Er wird den Damespieler zu seinem persönlichen Minister ernennen. Doch er hat nicht mit dem Pflichtbewußtsein seiner Leibgarde gerechnet. Es geschieht ein bedauernswerter Unfall, die Ernennung muß ausgesetzt werden.

»Le Damier«, im letzten Jahr in Libreville, der Hauptstadt Gabuns, gedreht, präsentiert ein unserem Blick völlig ungewohntes Bild des Langzeitdiktators Mobutu. Kaum hat man sich in Europa daran gewöhnt, daß nach mehr als drei Jahrzehnten wohlwollender Duldung von Mord, Unterdrückung und Ausbeutung des Landes bis auf die französische alle westlichen Regierungen begonnen haben, das Monster ein Monster zu nennen, da macht ein zairischer Filmemacher aus Mobutu einen Gefangenen seiner eigenen Rolle.

Balufu Bakupa-Kanyinda transportiert neben Spott und Verachtung vor allem seine Fassungslosigkeit darüber, daß die zairischen Verhältnisse so unveränderlich scheinen. (Er hat den Film vor dem Beginn der Offensive der AFDL abgeschlossen.) Bakupa-Kanyindas Mobutu ist leidenschaftslos, weil es ihn nicht mehr reizt, noch eine weitere Dollarmilliarde einzusacken, wenn man schon fünf auf ausländische Konten geschafft hat. Wie sehr sich der Filmemacher mit dieser Darstellung des Diktators allerdings irrte, wurde spätestens Anfang Mai klar, als Mobutu Tag für Tag damit zubrachte, seine »privaten« Habseligkeiten außer Landes zu bringen. Ob alt oder krank, es hat sich gezeigt, daß seine Leidenschaft doch noch ausreichte für die sechste Milliarde.

»When We Were Kings« zeigt einen Mobutu, der eher ein Schatten ist statt des Hauptdarstellers, der er sein wollte und in der Tat ja auch war. Thomas Hauser, dem einige Worte über ihn zugestanden werden, konzediert: »Mobutu was an archetype sadist«, und erzählt eine Geschichte, die damals in Kinshasa kursierte. Die Polizei der Stadt soll im Vorfeld tausend ihnen bekannte Kleinkriminelle festgenommen und ins Stadion geführt haben, in dem später auch der Kampf stattfinden sollte. Dort seien willkürlich hundert von ihnen ausgesucht und sofort ermordet worden. Ob die Leichen dann unter dem Stadion vergraben worden sind, wisse man nicht so genau. Mobutu habe wohl dieses Milieu verunsichern wollen, und in der Tat sei Kinshasa im September und Oktober 1974 die wohl sicherste Stadt der Welt gewesen.

Das von Leon Gast 1974 in Kinshasa gedrehte Material hat zum Teil bis jetzt auf seine Veröffentlichung warten müssen. Gast hatte sich damals mehr für das Musik-Festival interessiert, das über mehrere Tage hinweg vor dem Kampf im Stadion stattfinden sollte. Ein großes »schwarzes Woodstock«, das zwischen James Brown und Hugh Masekela allerlei afroamerikanische und afrikanische Prominenz aufzuweisen hatte. Gast konnte nicht ahnen, daß er länger bleiben und schließlich weitaus interessanteres Material als das eines abgefilmten Konzertes haben würde.

Doch bei allem Respekt für die historischen Bilder - sie würden nicht funktionieren, wenn nicht zwei Zeugen vor der Kamera die Ereignisse in Kinshasa noch einmal durchleben würden. Da Ali wegen seiner Krankheit als Interviewpartner

ausfällt, übernehmen der Sportjournalist George Plimpton und der Schriftsteller Norman Mailer die tragenden Rollen. Man merkt deutlich, daß sie nicht Auskunft über ein x-beliebiges Ereignis geben, sondern daß ihnen ein Vierteljahrhundert nach Kinshasa noch das Fieber in den Kopf fährt.

Ihre Aussagen sind so montiert, daß der Höhepunkt ihrer Geschichten, der Kampf, der ja erst in den letzten Minuten des Films gezeigt wird, ganz langsam umkreist wird. Dabei macht sie ihre Präsenz und ihre emotionale Beteiligung zu gleichwertigen Hauptdarstellern neben Ali. Das einzige Foto, daß von Alis entscheidendem Punch gegen Foreman existiert, zeigt dann - bei genauer Betrachtung - Plimpton und Mailer, nebeneinander sitzend, mit dem exakt gleichen Gesichtsausdruck: weit aufgerissene Augen, sperrangelweit geöffneter Mund. Fast spiegelt sich dort Entsetzen darüber, daß Ali, dem sie den Sieg nicht zugetraut hatten, den stärkeren Foreman doch erwischt hat.

Daß sich Pressearbeit immer lohnt, sei sie auch noch so miserabel und idiotisch, kann befriedigt feststellen, wer die Kinderausgabe der eingegangenen Zeitschrift »Tempo«, die Stadtillustrierte »Prinz« liest, wo ein Uwe Kopf seinen Text zu »When We Were Kings« mit dem Satz aufmacht. »Ein Dschungelbuch, aber ohne Tiere. « Empörung über so viel Blödheit ist freilich fehl am Platze. Ein Kerker in Mobutus finsterstem Knast täte es vielleicht auch.

Konkret 06/97, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Vier Tage lang hat uns die »Bild«-Zeitung mit den schärfsten Erlebnissen des amerikanischen Models Michele Farrer im Palast des Sultans von Brunei verwöhnt. Am fünften Tag sah der Herr Sultan, daß es nicht gut war:

Seine Majestät der Sultan von Brunei - eine Richtigstellung

Vom 1. bis 4. April 1997 hat »Bild« in einer vierteiligen Serie über die angeblichen Erlebnisse des US-Models Michele Farrer im Palast des Sultans von Brunei berichtet, die eidesstattlich vorlagen. Eine Überprüfung dieser Geschichte auf Veranlassung des Sultans von Brunei hat ergeben, daß Frau Farrer nie im Palast des Sultans von Brunei war und dem Sultan nie begegnet ist. Wir entschuldigen uns bei dem Sultan von Brunei.

Wenn das einreißt, daß jeder mit seiner doofen Realität daherkommen kann und auch noch Erfolg hat, bleibt uns »Bild«-Lesern am Ende nichts als der Wetterbericht und das Aufgebot des Bundestrainers. (Petrus dementiert nicht, und Berti kann nicht schreiben.)

Gauweiler lügt:

Es gehört zum Wesen der westdeutschen Multi-Kulti-Hysterie, jeden, der sich einschlägigen »come-together«-Aufdringlichkeiten entzieht, als Halbfaschisten zu verunglimpfen.

Als einer, den Gauweiler meint, erkläre ich an Eides Statt: Von *Halb*faschisten habe ich nie geredet.

Daß des Professoren Michael Wolffsohn Profession die wissenschaftliche Vaterlandsverteidigung ist, geht mittlerweile auch ihm auf den Geist:

Wer »Menschenrechte« sagt, meint oft *gar nicht Moral,*

Ach! Und wer »Frieden« sagt? Und »Verteidigung«? Und »Freiheit«? Na? Verunsichert, Herr Professor? Stehn Se bequem: Wer »Kalbskopf« sagt, meint meistens was Gekochtes. Und nicht, was Sie denken.

Durch zweier Zeugen Mund wird manchmal sogar in der Hamburger Weltpresse die Wahrheit kund. Wenn der Leitartikler der »Morgenpost« schwört:

Mit einer vollen EU-Mitgliedschaft der Türkei würde Europa sich selbst und seine Werte nicht ernst nehmen

und sein Kollege von der »Bild«-Zeitung bezeugt:

Ungelöst blieb die Frage, ob die Türkei in die EU aufgenommen werden soll. Das ist auch gut so. Sonst würden die Brüsseler Subventionsmilliarden bis in die Täler Ostanatoliens branden. Und das macht der deutsche Steuerzahler dann doch nicht mit

entsteht aus den Teilmengen die Vereinigungsmenge, daß die Sache mit den europäischen Werten die ist, daß sie deutsche Wertsachen sind.

Wie in etwas, in das man lieber nicht greift, greift die »Hamburger Morgenpost« immer mal wieder ins Lateinische:

Leider half der HSV dabei in personam Richard Golz auch noch kräftig mit.

Das würde ich mir in persona des Herrn Golz weder vom HSV noch von der »Morgenpost« gefallen lassen, sondern dafür beiden in des jeweiligen Vereinspräsidenten personam hinein treten und zwar hinten.

In dem Buch »Achtung Aufnahme! Die Erfolgsgeheinmisse prominenter Fernsehmoderatoren« lüftet der Ansager Dénes Törzs vom Norddeutschen Rundfunk (Dichter der unsterblichen Zeile »Danke, liebe Kollegen«) das Geheimnis seiner glamourösen Karriere:

Ein Glücksumstand wollte es, daß ich vor Jahren eine Arbeit aber die Aufgabe der Satire geschrieben hatte, von Karl Krauss bis Dieter Hildebrandt.

Warum nicht von Georg Christoph Lichtenberger bis Wigald Boning? Das Erfolgsgeheimnis der Arbeit von Dénes Törzs über die Aufgabe der Satire aber bestand in dem Glücksumstand, daß er dem Karl Kraus mit einem zweiten S jene Schärfe

gab, die ihn als Satiriker erst mit dem Hildebrandt vergleichbar machte.

Die Zeitschrift »Eulenspiegel«, über deren Witz zu besseren Zeiten ein stolzes »Lachen mit dem MfS« schwebte, ist heute ein Humorverbrauchermarkt, der seine Nojoke-Witze als Halbfertigware aus Taiwan bezieht und von vogtländischen Batchwörkern in Heimarbeit zusammenstopfen laßt. Dabei kommt es vor, daß einer, er nennt sich Matthias Biskupek, den Ärmel am Halsloch ansetzt:

Horst Tomayer, der bayerische Hamburger, verfertigt für das Blatt KONKRET allmonatlich eine Kolumne »Tomayers ehrliches Tagebuch« Dieser zwei Seiten wegen bin ich versucht, das Blättchen zu kaufen, in dem immer öfter ungenießbare Lehrgänge zur Geschichte der KPD (in Klammern: ABC-Schützen) von Herren, die sich Sahra Liebknecht und Rosa Wagenburg nennen, abgedruckt werden.

Der Humorist ist versucht, das Blättchen zu kaufen. Er laßt es dann lieber doch sein, weil dort nicht selten sondern immer öfter ungenießbare Lehrgänge abgedruckt werden, und so wird er nie erfahren, daß Tomayers Kolumne, derentwegen er in Versuchung geriet, allmonatlich keine zwei Seiten lang ist. Auch die Spritzer auf die Herren Sahra Liebknecht und Rosa Wagenburg riechen nach guter alter Hausarbeit für arbeitgebende Partei, ein wenig sächsisch-streng, nach Matjes Pißkubeck eben.

Daß Kunst von Können komme und nicht von Wollen, weil sie sonst Wulst hieße, war eine sprachkünstlerische Münze, die in den Anstalten öffentlichen Bedürfnisses gern als Trinkgeld gegeben und genommen wurde. Dana Horakova, die Kulturredakteurin der »Bild«-Zeitung, hat daraus einen Obolus gemacht, den man direkt in die Schüssel werfen kann:

Kunst kommt von Können, nicht von Kassieren. Sonst hieße sie ja Kasst.

Kunst, Gnäfrau, kommt von: Kunst mi am Oarsch lecken.

Kohls Kanzleramtsminister hat auszählen lassen, wieviel Worte welcher Text hat: der Satz des Pythagoras 24, das Archimedische Prinzip 67, die zehn Gebote 300 und Paragraph 19a des deutschen Einkommensteuergesetzes 1.862. Was wollte der Minister damit sagen? Daß die Würze in der Kürze liegt? Weshalb Kohl und sein Bohl noch viermal besser sind als Archimedes und Pythagoras?

Wenn ein Bundespräsident sagt, was alle Leitartikler sagen, nennen die Leitartikler ihn »mutig«. Wenn ein Autor im Feuilleton mit Artikeln und Fotos noch seiner heimischen Couch die Rolle übernommen hat, die Lothar Matthäus im Sportteil spielt, nennt das Blatt, für das er's tut, ihn einen Eremiten:

Den Kontakt zu Botho Strauß hielt »Spiegel«-Redakteur Volker Hage. Hage zählt zu den wenigen Auserwählten, mit denen der scheue und zurückgezogen lebende Autor spricht.

Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt. Das ist nicht von Lothar, sondern von dem anderen Matthäus. Seinem Sohn hat der zurückgezogene Scheue, damit keine Zeitung die Nachricht verpaßt, den unauffälligen Eremitennamen Diurno gegeben, was, wie die »Uz«, das Berliner Diurnal, behauptet, »der tags Gezeugte« heißen soll. Wie aber wird der Auserwählte heißen, der den Kontakt zu Diurno halten darf und seinen ersten scheuen Milchzahn in die Zeitung bringt, da der Vater für sich schon auf einem germanischen Doppelwhopper aus Volker und Hagen bestand? Wolfhard von Wülpensand? Bödwild Dietleib? Dankwart Eckefried? Giselher Wirsing? Gunnar Sohn? Loki von Helmnot? Frank Schirrmacher? Oder einfach Dana Horakova bzw. Stefan Aust?

Wie heißt der Künstler, über den die »Frankfurter Allgemeine« wahrlich kongenial daherorgelt?

Noch ist er zweifach behaust, unter vertrauten Feinden und fremden Freunden, und »unglaublich froh, daß Deutschland auf neue Weise zerrissen ist«. Die guten alten schlechten Zeiten..

Der erste Einsender der richtigen Antwort erhält eine Schallplatte des Künstlers mit persönlicher Widmung an den Verf. dieser Kolumne. Wer zu spät kommt, den verschont das Leben.

Nie waren so viele Frauen arbeitslos. Was sagt die Zeitschrift der deutschen Damenbewegung dazu?

Trotz aller Hürden werden Frauen immer berufstätiger

Vielleicht weil sie immer kinderloser werden. Oder Frau Schwarzer immer schwärzerer.